

Ziele für nachhaltige Entwicklung

Bericht 2021



Inhalt

	Vorwort.....	2
	Der Weg aus der Pandemie.....	3
	In Daten investieren.....	4
	Überblick.....	8
Ziel 1	Keine Armut.....	26
Ziel 2	Kein Hunger.....	28
Ziel 3	Gesundheit und Wohlergehen.....	30
Ziel 4	Hochwertige Bildung.....	34
Ziel 5	Geschlechtergleichheit.....	36
Ziel 6	Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen.....	38
Ziel 7	Bezahlbare und saubere Energie.....	40
Ziel 8	Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum.....	42
Ziel 9	Industrie, Innovation und Infrastruktur.....	44
Ziel 10	Weniger Ungleichheiten.....	46
Ziel 11	Nachhaltige Städte und Gemeinden.....	48
Ziel 12	Verantwortung bei Konsum und Produktion.....	50
Ziel 13	Maßnahmen zum Klimaschutz.....	52
Ziel 14	Leben unter Wasser.....	54
Ziel 15	Leben an Land.....	56
Ziel 16	Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen.....	58
Ziel 17	Partnerschaften zur Erreichung der Ziele.....	60
	Hinweise für Leserinnen und Leser.....	62
	Regionale Gruppen.....	63



**Ziele für
nachhaltige
Entwicklung
Bericht 2021**

Vorwort

Die Weltgemeinschaft ist bei der Verfolgung der Ziele für nachhaltige Entwicklung an einem entscheidenden Punkt angelangt. Die globale Pandemie dauert seit mehr als einem Jahr an und hat Millionen Menschenleben gefordert. Ihre menschlichen und wirtschaftlichen Folgen sind beispiellos, und die Wiederherstellungsmaßnahmen sind bisher ungleichmäßig, unausgewogen und nicht ausreichend auf eine nachhaltige Entwicklung gerichtet. Die aktuelle Krise gefährdet Jahrzehnte des Fortschritts im Entwicklungsbereich, verzögert den dringenden Übergang zu grüneren, inklusiveren Volkswirtschaften noch mehr und rückt die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele in noch weitere Ferne.

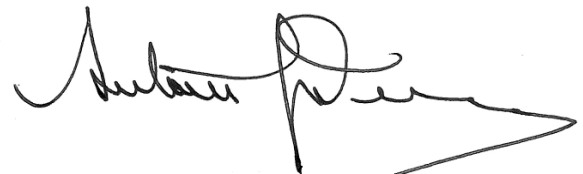
Wäre der mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung angestrebte Paradigmenwechsel in den letzten sechs Jahren vollzogen worden, wäre die Welt besser auf die Krise vorbereitet gewesen – mit leistungsfähigeren Gesundheitssystemen, erweitertem Sozialschutz, einer aus größerer gesellschaftlicher Gleichheit erwachsenden Resilienz und einer gesünderen Umwelt. Die Erreichung der Ziele lag unglücklicherweise schon vor COVID-19 nicht auf Kurs. Zwar gab es Fortschritte bei der Armutsbekämpfung, der Gesundheit von Müttern und Kindern, dem Stromzugang und der Geschlechtergleichstellung, doch waren sie zu gering, um die Ziele bis 2030 zu erreichen. In anderen wesentlichen Bereichen wie der Verringerung der Ungleichheit, der Senkung des CO₂-Ausstoßes und der Bekämpfung des Hungers kennzeichneten Stagnation oder Rückschritte die Lage.

Dieser Bericht zeigt einige der sich in vielen Bereichen bereits abzeichnenden gravierenden Folgen der anhaltenden Pandemie auf. So stieg die extreme Armut weltweit erstmals seit über 20 Jahren, und 119 bis 124 Millionen Menschen fielen 2020 in die extreme Armut zurück. Eine Generationenkatastrophe droht in der Bildung, denn mit zusätzlichen 101 Millionen Kindern, die die Mindestkompetenz im Lesen nicht erreichen, könnten zwei Jahrzehnte des Fortschritts im Bildungsbereich dahin sein. Frauen sehen sich verstärkt häuslicher Gewalt ausgesetzt, die Kinderheirat dürfte nach dem Rückgang der letzten Jahre wieder steigen, und un- und unterbezahlte Betreuungsarbeit wird zunehmend und über Gebühr Frauen und Mädchen aufgebürdet, was sich auf ihre Bildungs- und Einkommenschancen und ihre Gesundheit auswirkt. Trotz der weltweiten Konjunkturlaute steigt die Konzentration der wichtigsten Treibhausgase weiter an. Mit einer globalen Durchschnittstemperatur, die um etwa 1,2 °C über vorindustriellem Niveau liegt, sind wir mittendrin in der Klimakrise, und ihre Auswirkungen sind in aller Welt spürbar. Die Pandemie hat außerdem insbesondere die Entwicklungsländer vor enorme finanzielle Herausforderungen gestellt. Die Überschuldung ist erheblich gestiegen, und ausländische Direktinvestitionen und Handel sind drastisch zurückgegangen.

Dennoch können die Länder die Agenda 2030 und das Übereinkommen von Paris über Klimaänderungen (2015) noch verwirklichen, wenn sie der globalen Solidarität ein Schub verleihen und Führungsstärke auf höchster politischer Ebene zeigen. Ein dringender erster Schritt ist ein globaler Impfplan, aufgestellt und umgesetzt von den Ländern, die Impfstoffe entweder bereits herstellen oder dies mit entsprechender Unterstützung bald tun können.

Darüber hinaus bedarf es zwingend einer erneuerten Verpflichtung von Regierungen, Städten, Unternehmen und Branchen auf einen Wiederaufschwung, bei dem der CO₂-Ausstoß gesenkt, die natürlichen Ressourcen geschont, bessere Arbeitsplätze geschaffen, die Gleichstellung der Geschlechter gefördert und wachsende Armut und Ungleichheit bekämpft werden. Wie dieser Bericht zeigt, sind auch hochwertige Daten unabdingbar, denn sie helfen den Verantwortlichen zu verstehen, wo Investitionen am wirksamsten sind. Die Datenerhebung lässt sich jedoch nur verbessern, wenn mehr Finanzmittel aus internationalen und inländischen Quellen dafür bereitgestellt werden.

Die Herausforderungen sind enorm, doch besteht auch Grund zur Hoffnung. Die COVID-19-Krise stellte die bewundernswerte Resilienz von Gemeinschaften unter Beweis, zeigte die heroischen Anstrengungen systemrelevanter Arbeitskräfte in einer Vielzahl von Berufen und gab den Anstoß für die rasche Ausweitung des Sozialschutzes, die Beschleunigung des digitalen Wandels und eine bisher einzigartige weltweite Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Impfstoffen. Eine bessere Zukunft ist möglich. Wir müssen die Krise nutzen, um unsere Welt umzugestalten, die Agenda 2030 zu verwirklichen und unser Versprechen gegenüber der heutigen und kommender Generationen zu halten.



António GUTERRES
Generalsekretär der Vereinten Nationen

Der Weg aus der Pandemie: Harte Realitäten und maßgebliche Entscheidungen

Die COVID-19-Pandemie, die in ihr zweites Jahr geht, ist eine Krise enormen Ausmaßes mit katastrophalen Folgen für Leben und Existenzgrundlagen der Menschen und die Verwirklichung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Pandemien haben schon früher politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel angestoßen, und daran hat sich nichts geändert. 2021 fällt die Entscheidung, ob die Welt den nötigen Wandel vollziehen und das Versprechen, die Ziele bis 2030 zu erreichen, halten kann. Die Folgen betreffen uns alle.

Der Bericht 2021 über die Ziele für nachhaltige Entwicklung zeigt anhand der neuesten verfügbaren Daten und Schätzungen die verheerenden Folgen der Krise für die Verwirklichung der Ziele sowie die Bereiche, die dringend koordinierte Maßnahmen erfordern. Er wurde von der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten in Zusammenarbeit mit mehr als 50 internationalen Stellen verfasst.

Über Jahre und Jahrzehnte erzielte Fortschritte wurden gebremst oder aufgehoben. 2020 sah den seit über 20 Jahren ersten globalen Anstieg der extremen Armut. Hunderte Millionen Menschen fielen in extreme Armut und chronischen Hunger zurück. Die COVID-19-Pandemie hat grundlegende Gesundheitsdienste unterbrochen und birgt über die eigentliche Erkrankung hinaus ernste Gesundheitsgefahren. Sie hat weltweit verheerende Folgen für Bildung und Wohlergehen von Kindern und bürdet Frauen einen übermäßigen Teil der Arbeitsplatzverluste und der Mehrarbeit in der häuslichen Betreuung auf.

Die Pandemie hat in und zwischen Ländern bestehende Ungleichheiten offenbart und verstärkt. Die Ärmsten und Schwächsten tragen ein höheres Ansteckungsrisiko und die Hauptlast der wirtschaftlichen Folgen. Die Krise hat die Existenz von 1,6 Milliarden Erwerbstätigen in der Schattenwirtschaft bedroht. Der Einbruch des internationalen Tourismus trifft kleine Inselentwicklungsländer besonders stark. Auch bei der Impfstoffverteilung bestehen enorme Diskrepanzen: Bis 17. Juni 2021 hatten in Europa und Nordamerika rund 68 von 100 Menschen eine Impfdosis erhalten; in Afrika südlich der Sahara weniger als 2.

Die Welt steckt trotz der Pandemie weiter in einer Klima-, Biodiversitäts- und Verschmutzungskrise. Die Treibhausgaskonzentrationen steigen weiter, obwohl die Emissionen 2020 durch Schließungen, Ausgangsbeschränkungen und andere Maßnahmen gegen COVID-19 vorübergehend sanken. Die Welt ist noch immer weit davon entfernt, das Übereinkommen von Paris einzuhalten. Die Biodiversität schwindet, und die Schädigung der Landökosysteme schreitet erschreckend schnell voran. Weltweit werden jede Minute 1 Million Plastikflaschen gekauft, und jedes Jahr wandern 5 Billionen Plastiktüten in den Müll.

Die COVID-19-Pandemie hält der Welt einen Spiegel vor. Sie bringt tief verwurzelte gesellschaftliche Probleme zum Vorschein: unzureichender Sozialschutz, schwache öffentliche Gesundheitssysteme, Deckungslücken in der Gesundheitsversorgung, strukturelle Ungleichheiten, Umweltzerstörung und Klimawandel.

Widerstands-, Anpassungs- und Innovationsfähigkeit stimmen optimistisch. Angesichts enormer Herausforderungen haben viele Regierungen, der Privatsektor, Hochschulen und Gemeinschaften rasch reagiert, enorme Kreativität bewiesen und neue Formen der Zusammenarbeit erprobt. Zwischen dem 1. Februar und dem 31. Dezember 2020 kündigten Regierungen in aller Welt mehr als 1.600 neue Sozialschutzmaßnahmen zur Bewältigung der Krise an. Die Wissenschaft hat in weltweiter Zusammenarbeit in Rekordzeit lebensrettende Impfstoffe und Behandlungen entwickelt. Die Pandemie hat den digitalen Wandel in Staat und Unternehmen beschleunigt und sie hat von Grund auf verändert, wie wir interagieren, lernen und arbeiten.

Es bedarf eines tiefgreifenden Wandels, für den die Nachhaltigkeitsziele den Fahrplan bieten. Die Krise zeigt, dass die verschiedenen Dimensionen der Nachhaltigkeit – von Gesundheit und Wohlergehen über sozialen und wirtschaftlichen Wohlstand bis hin zu Klima und Ökosystemen – voneinander abhängen und miteinander verknüpft sind. Um die durch die Pandemie aufgedeckten Schwachstellen zu beseitigen, sollten die Regierungen und die internationale Gemeinschaft strukturelle Veränderungen einleiten und auf der Grundlage der Nachhaltigkeitsziele gemeinsame Lösungen erarbeiten. Dazu gehören eine erhebliche Stärkung der Sozialschutzsysteme und öffentlichen Dienstleistungen (darunter Gesundheits- und Bildungssysteme, Wasser- und Sanitärversorgung und andere Basisdienstleistungen), höhere Investitionen in Wissenschaft, Technologie und Innovation, die Schaffung von Haushaltsspielraum in den Entwicklungsländern, Konzepte für eine grüne Wirtschaft, Investitionen in saubere Energie und Industrie und der Übergang zu nachhaltigen Ernährungssystemen.

Investitionen in Daten- und Informationsinfrastruktur sind unverzichtbar. Die Pandemie hat gezeigt, dass Schwachstellen in Daten- und Informationssystemen die Entscheidungsverantwortlichen vor enorme zusätzliche Herausforderungen stellen. Nach einem Jahr der Pandemie verfügten nur etwa 60 Länder über Daten zu COVID-19-Infektionen und -Sterberaten, die nach Alter und Geschlecht aufschlüsselbar und öffentlich zugänglich waren. Diese Datenlücken haben ernste Folgen für das Leben der Menschen. Maßnahmen, Programme und Ressourcen, die die Menschen in dieser schwierigen Zeit schützen sollen, werden zwangsläufig zu kurz greifen, wenn Daten fehlen, anhand deren Interventionen gezielt ausgerichtet werden können. Investitionen in Daten- und Informationssysteme sind keine Geldverschwendung. Statistikämter in aller Welt haben durch innovative Konzepte und Partnerschaften die Datengrundlage für fundierte Entscheidungen verbessert. Höhere Investitionen in die nationalen Daten- und Statistiksysteme und zusätzliche internationale und nationale Ressourcen sind für ein gestärktes Hervorgehen aus der Krise und die raschere Erreichung der Nachhaltigkeitsziele unabdingbar.

Ein besserer Wiederaufbau erfordert wirksamen Multilateralismus und die volle Teilhabe aller Gesellschaftsbereiche. Die globale Krise erfordert gemeinsame globale Maßnahmen. Angesichts der zahlreichen Herausforderungen ist es wichtiger denn je, dass das multilaterale System einer gemeinsamen Vision kohärenter, koordinierter und umfassender Maßnahmen folgt. Da die Pandemie alle Menschen und Weltregionen betrifft, müssen alle Gesellschaftsbereiche, von staatlichen Stellen aller Ebenen über den Privatsektor und die Wissenschaft bis hin zu der Zivilgesellschaft und Einzelnen – insbesondere Jugendliche und Frauen – aktiv an Lösungen mitwirken.

Wir stehen an einem Scheidepunkt der Geschichte. Unsere heutigen Entscheidungen und Handlungen werden für künftige Generationen folgenswer sein. Die Lehren aus der Pandemie werden uns für aktuelle und künftige Herausforderungen wappnen. Nutzen wir dieses Moment, um eine Dekade der Aktion, der Transformation und der Erneuerung einzuleiten, um die Nachhaltigkeitsziele zu erreichen und in Bezug auf das Klimaübereinkommen von Paris Wort zu halten.



Liu Zhenmin

Untergeneralsekretär für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten

In Daten investieren, um Leben zu retten und gestärkt aus der Krise hervorzugehen

Seit Beginn der COVID-19-Pandemie müssen Politikverantwortliche und führende Kräfte der Wirtschaft routinemäßig folgenschwere und zeitkritische Entscheidungen treffen, die den Unterschied zwischen Leben und Tod bedeuten können. Doch oft fehlen selbst grundlegende Daten zur Unterstützung von Entscheidungen in den Bereichen Gesundheit, Gesellschaft und Wirtschaft. Die Pandemie hat uns gezeigt, von welcher zentralen Bedeutung solche Daten sind. Sie hat auch für einen rascheren Wandel der Daten- und Statistiksysteme und der Wahrnehmung und Nutzung dieser Informationen durch die Öffentlichkeit gesorgt. Politische und andere Verantwortliche übten Druck auf die Datenanbieter aus, aktuellere und genauere Informationen bereitzustellen. Die nationalen Statistikämter und ihre Partner stellten sich dieser Herausforderung durch neue Kooperationen und alternative Datenlösungen und verstärkten zugleich ihre Anstrengungen zum Schutz und zur Vertraulichkeit von Daten.

Mit dem Andauern der Pandemie und dem wachsenden weltweiten Rückstand bei der für 2030 angestrebten Erreichung der Nachhaltigkeitsziele sind aktuelle und hochwertige Daten wichtiger denn je. Daten werden weithin als strategisch wichtig für einen besseren Wiederaufbau und eine raschere Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele anerkannt. Was jetzt gebraucht wird, sind neue Investitionen in die Daten- und Informationsinfrastruktur sowie in die Befähigung der Menschen, die Krise in den Griff zu bekommen und frühzeitigere Gegenmaßnahmen auszulösen, künftige Bedürfnisse vorherzusehen und die für die Verwirklichung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung dringend notwendigen Maßnahmen zu konzipieren.

Eine nie dagewesene Nachfrage nach Daten bewältigen

Trotz erheblicher Unterbrechungen der Statistikerstellung haben sich viele nationale Statistikämter schnell angepasst. Sie nutzen nun neue

Methoden und Instrumente zur Datenerhebung und spielen eine zentrale Rolle bei den Maßnahmen der Regierungen gegen COVID-19. Mit Stand von September 2020 erhoben 82 Prozent der nationalen Statistikämter Daten zu COVID-19 und seinen Auswirkungen, teils mit innovativen Methoden wie Online- und Telefonbefragungen und mittels Verwaltungs-, Kreditkarten- und Scannerdaten.

Das nationale Statistikamt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland hat dem dringenden Bedarf an Informationen über die Auswirkungen von COVID-19 auf die Bevölkerung mit Methoden wie dem Web Scraping von Google-Mobilitätsdaten und durch neue Erhebungen entsprochen. Gemeinsam mit Partnern stellte das Amt innerhalb weniger Tage eine Erhebung zu COVID-19-Infektionen auf, die sich zu einer unverzichtbaren Quelle für Pandemiedaten entwickelt hat und in deren Rahmen bis Juni 2021 2,4 Millionen Haushalte erfasst und 4,6 Millionen Abstrichtests durchgeführt wurden. Dabei wurde ein Anstieg der Neuinfektionen und der Prävalenz der sogenannten Delta-Variante festgestellt. Mitte Juni verschob der britische Premierminister Boris Johnson seine Pläne, die letzten pandemiebedingten Einschränkungen aufzuheben, um einen Monat. Dieser Aufschub sollte dem Gesundheitsministerium mehr Zeit zur Intensivierung seines Impfprogramms geben, das sich ebenfalls auf Daten stützte, nach denen die Neuinfektionen größtenteils von nicht vollständig geimpften Personen ausgingen.

Auch der Statistikdienst in Ghana wurde dem plötzlichen Anstieg der Datennachfrage gerecht. Als COVID-19 kam, „waren Zahlen plötzlich sehr gefragt“, sagt Omar Seidu, Leiter der Abteilung für Bevölkerungsstatistik und Koordinator für die Nachhaltigkeitsziele beim Statistikdienst des Landes. Neben der Zahl der neuen COVID-19-Fälle ging es auch um andere wichtige Fragen, beispielsweise welche Regionen dicht besiedelt sind, wie viele Menschen beengt leben und in welchen Landesteilen es kein Wasser zum Händewaschen gibt.



Durch die Zusammenführung eines breiten Spektrums von Daten in einer zentralen COVID-19-Datendrehkreuz konnte der Statistikdienst Ghanas mit Unterstützung durch ein Gemeinschaftsprojekt der Vereinten Nationen und der Regierung des Vereinigten Königreichs zur Überwachung der Nachhaltigkeitsziele (UNSD-FCDO-Projekt) die Politikverantwortlichen des Landes bei der Krisenbewältigung und der Erbringung von Diensten anleiten. Zudem half er über in Zusammenarbeit mit einem Mobilfunkanbieter gesammelte Mobilitätsdaten, die Einhaltung der Ausgangsbeschränkungen zu überwachen. Durch die Krise hat sich die Rolle der Statistik in Ghana erweitert. „In der Vergangenheit beschränkte sich unsere Aufgabe mehr oder weniger auf die Datenerhebung“, sagt Seidu. „Jetzt wollen die Ministerinnen und Minister und anderen Entscheidungsverantwortlichen, dass wir nicht nur in den COVID-19-Arbeitsstäben, sondern auch bei allgemeinen entwicklungspolitischen Fragen mit am Tisch sitzen.“

Fortschritte im Datenbereich fördern, um die Nachhaltigkeitsziele zu überwachen und das Leben der Menschen zu verbessern

Heute sind wesentlich mehr international vergleichbare Daten zu den Nachhaltigkeitszielen verfügbar. Die Anzahl der Indikatoren in der globalen Datenbank zu den Nachhaltigkeitszielen stieg von 115 im Jahr 2016 auf rund 160 im Jahr 2019 und 211 im Jahr 2021.

Wenn mehr Daten verfügbar sind, wirkt sich das direkt auf das Leben der Menschen aus. Sugarmaa Batjargal wurde an einem kalten Februartag im Bezirk Alag-Erdene in der Mongolei geboren. Ihre gute Gesundheit verdankte sie der Hebamme, die ihre Mutter während der Schwangerschaft besuchte und ihr beibrachte, wie ein Baby unter rauen Witterungsbedingungen am besten zu ernähren und zu versorgen ist. Diese Schwangerschaftsvor- und -nachsorge wurde eingerichtet, nachdem Daten auf ein hohes Kindersterblichkeitsrisiko in der Region hindeuteten. Zwischen 1990 und 2019 sank die Neugeborenensterblichkeit in dem Land deutlich – von 30 auf 8 Todesfälle je 1.000 Lebendgeburten. Nur die richtigen Daten geben staatlichen Stellen Aufschluss darüber, welche Kinder besonders gefährdet und wie sie am besten zu erreichen sind.

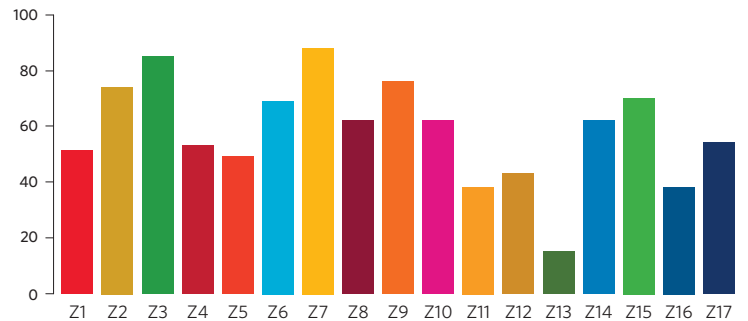
Datenlücken ermitteln

Jeder Erfolgsgeschichte wie der von Sugarmaa stehen viele weitere Geschichten von Entbehrungen und Ungerechtigkeit gegenüber – Kinder, die nicht erreicht werden, weil es schlicht keine Informationen über sie gibt. Wenn Daten fehlen, kann ein Staat Kinder und ihre Familien weit schlechter erreichen, um sicherzustellen, dass sie die ihnen zustehenden Dienste, Chancen und Wahlmöglichkeiten haben, um ihr Leben voll ausschöpfen zu können. Für durchschnittlich 74 Prozent der auf Kinder bezogenen Nachhaltigkeitsindikatoren liegen entweder keine ausreichenden Daten vor, oder die Fortschritte sind zu gering, um die globalen Zielvorgaben bis 2030 zu erreichen.

In allen Bereichen der Nachhaltigkeitsziele weisen die Daten im Hinblick auf den geografischen Erfassungsbereich, die Aktualität und den Aufschlüsselungsgrad trotz Verbesserungen weiter große Lücken auf. Es muss mehr getan werden, um diese Lücken zu schließen. In der globalen Datenbank für die Zielindikatoren liegen für 5 der 17 Nachhaltigkeitsziele für weniger als die Hälfte der 193 Länder oder Gebiete international vergleichbare Daten vor. Dieser Mangel an landesbezogenen Daten ist für Ziel 13 (Klimaschutz) besonders besorgniserregend. Hier liegen im Schnitt nur für etwa ein Sechstel der Länder Daten vor. Auch in den Bereichen nachhaltige Städte und Gemeinden (Ziel 11), Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

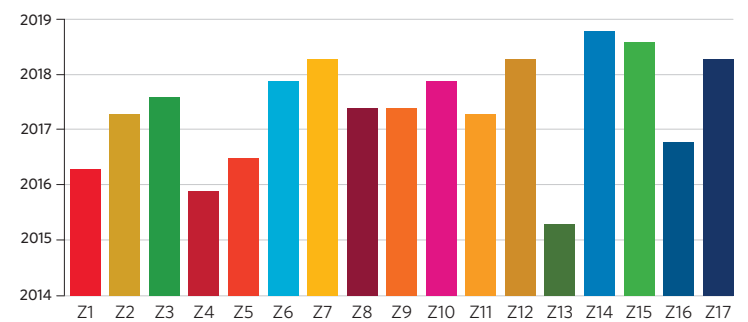
(Ziel 16), Nachhaltigkeit in Produktion und Konsum (Ziel 12) sowie Geschlechtergleichstellung (Ziel 5) bestehen erhebliche nationale Datenlücken. Die Datenerhebung wurde im Jahr 2020 noch dazu stark durch die zur Eindämmung von COVID-19 verhängte Einschränkungen behindert, was die Disparitäten zwischen den Ländern in ihrer Fähigkeit zur Berichterstattung über viele der Indikatoren weiter vergrößert hat.

Anteil der Länder oder Gebiete, für die Daten vorliegen – nach Ziel (in Prozent)



Anmerkung: Aufgrund von Änderungen am Rahmen globaler Indikatoren für die Nachhaltigkeitsziele und an der Berechnungsmethode sind die Daten in dieser Grafik nicht mit denen im Bericht 2020 über die Ziele für nachhaltige Entwicklung vergleichbar. Der Indikatorenrahmen für die Nachhaltigkeitsziele wurde 2020 umfassend überprüft und überarbeitet, woraus sich 36 größere Änderungen an den Indikatoren in Form von Ersetzungen, Änderungen, Hinzufügungen und Streichungen ergaben.

Letztes verfügbares Jahr (gewichteter Durchschnitt nach Indikator) – nach Ziel



Anmerkung: Aufgrund von Änderungen am Rahmen globaler Indikatoren für die Nachhaltigkeitsziele und an der Berechnungsmethode sind die Daten in dieser Grafik nicht mit denen im Bericht 2020 über die Ziele für nachhaltige Entwicklung vergleichbar. Der Indikatorenrahmen für die Nachhaltigkeitsziele wurde 2020 umfassend überprüft und überarbeitet, woraus sich 36 größere Änderungen an den Indikatoren in Form von Ersetzungen, Änderungen, Hinzufügungen und Streichungen ergaben.

Auch veraltete Daten erschweren die Überwachung der Nachhaltigkeitsziele. So stammen der letzte verfügbare Datenpunkt zu den Indikatoren zum Klimawandel (Ziel 13) von 2015 und die neuesten verfügbaren Daten zu Armut (Ziel 1) und Bildung (Ziel 4) im Mittel aus dem Jahr 2016.

Die Resilienz der Daten- und Informationsinfrastruktur erhöhen

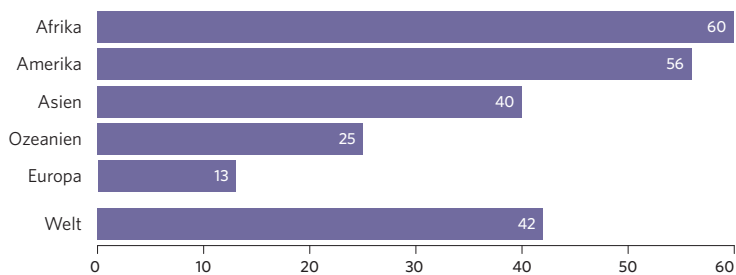
COVID-19 hat noch deutlicher gezeigt, wie verwundbar nationale Daten- und Informationsinfrastrukturen sind. Eine scheinbar einfache Frage wie „Wie viele Menschen sind an COVID-19 gestorben?“ lässt sich in vielen Ländern nicht beantworten, da ein vollständiges und gut funktionierendes System der Personenstandsregistrierung fehlt. In den Jahren 2015-2019 hatten nur 62 Prozent aller Länder ein zu mindestens 75 Prozent vollständiges System zur Registrierung von Todesfällen. Von den Ländern Afrikas südlich der Sahara waren es nicht einmal 20 Prozent.

Ein weiteres Problem während der Pandemie war in vielen Ländern die Unterbrechung der Datenerhebung durch Ausgangsbeschränkungen. Oft wurden persönliche Befragungen eingestellt und Statistikdienste reduziert. Dort, wo die Daten- und Informationsinfrastruktur den Einsatz alternativer Datenerhebungsmethoden (etwa Online- oder

Telefonbefragungen) nicht zuließ, war die Datengewinnung stärker beeinträchtigt. Länder mit integrierten und gut funktionierenden Systemen für Haushaltserhebungen waren dagegen krisenfester. Laut einer von der Intersekretariellen Arbeitsgruppe für Haushaltserhebungen betreuten Zusammenstellung nationaler Erhebungen zu den Folgen von COVID-19 nutzten nur 43 Prozent von rund 180 Ländern eine aktuelle Haushaltserhebung als Auswahlgrundlage für Telefonbefragungen. In den übrigen Ländern fehlte eine brauchbare Auswahlgrundlage.

Wichtige Maßnahmen wie Volkszählungen waren in aller Welt stark beeinträchtigt. Einer Umfrage unter nationalen Statistikämtern zufolge mussten etwa 42 Prozent der Länder ihre für 2020 oder 2021 vorgesehenen Volkszählungen um mindestens ein Jahr verschieben. Europäische Länder, die gewöhnlich eher Einwohnerregister als herkömmliche Volkszählungen verwenden, waren weniger betroffen. In den europäischen Ländern waren nur 13 Prozent der Volkszählungen beeinträchtigt, in Afrika hingegen 60 Prozent.

Anteil der Länder, die ihre für 2020 oder 2021 angesetzten Volkszählungen verschoben haben



Insgesamt waren Länder mit der notwendigen IT-Infrastruktur und -kompetenz widerstandsfähiger, und ihre statistische Arbeit war weniger betroffen. Mitte 2020 waren 20 Prozent der nationalen Statistikämter aufgrund unzureichender IT-Ausstattung oder -Infrastruktur nur eingeschränkt zu Fernarbeit in der Lage. In drei Vierteln der Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen beeinträchtigte die Pandemie die Erstellung von Monats- und Quartalsstatistiken. In zwei Dritteln der Länder mit hohem Einkommen, für die Daten vorlagen, war die Erstellung kurzfristiger Statistiken hingegen völlig unbeeinträchtigt, da sie verstärkt administrative Datenquellen und Ferndatenerfassung nutzten. Diese Diskrepanz unterstreicht die Notwendigkeit kluger Investitionen in den Aufbau notwendiger Infrastruktur und Kompetenzen in allen nationalen Statistiksystemen, um Fernarbeit, Aus- und Fortbildung sowie die Datenerhebung und -speicherung zu unterstützen. Solche Investitionen sind unerlässlich, wenn die nationalen Statistikämter in Krisenzeiten funktionieren und die Innovationen und den Wandel anstoßen sollen, die zur Deckung des Datenbedarfs während der Erholungsphase und zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele notwendig sind.

Innovationen fördern, um die Nachhaltigkeitsziele voranzubringen

COVID-19 hat die nationalen Statistiksysteme in vielfacher Weise beeinträchtigt, die Länder aber auch veranlasst, neue Wege zu gehen. So ergab eine Umfrage unter den nationalen Statistikämtern, dass 58 Prozent der Länder telefonische statt persönlicher Befragungen zur Überwachung der Auswirkungen von COVID-19 durchführten. Im Mai 2021 gaben 58 Prozent der befragten nationalen Statistikämter an, dass sich ihre Fähigkeit zum Einsatz von IKT in den vorangegangenen sechs Monaten insgesamt deutlich verbessert hatte.

Auch innovative Methoden wie die Integration von Geoinformationen und Daten aus Haushaltserhebungen kommen zum Einsatz, um stärker aufgeschlüsselte und aktuellere Daten zu gewinnen. In Kolumbien nutzt die Nationale Verwaltungsabteilung für Statistik Satellitenbilder und Haushaltserhebungen, um auf kommunaler Ebene Daten zu mehrdimensionaler Armut zu gewinnen. Dieses von der Initiative „Data for Now“ unterstützte Projekt hat neue Einblicke in Entscheidungsprozesse zur Armutsbekämpfung geliefert.

Darüber hinaus können Algorithmen des maschinellen Lernens in Verbindung mit den Sozialwissenschaften die öffentliche Wahrnehmung von Themen wie Diskriminierung verständlicher machen. COVID-19 hat weitere innovative Datenerhebungsmethoden angestoßen, etwa die Messung der Einhaltung von Abstandsvorgaben anhand von Handydaten und die Erkennung von Mustern in der Krankheitsübertragung mittels Apps zur Kontaktverfolgung.

Solche Innovationen sind zwar ermutigend, aber nicht ohne Risiko. Es muss eine geeignete Datenaufsicht eingerichtet werden, die die Privatsphäre personenbezogener Informationen schützt. Ebenso sollten Daten und Algorithmen auf mögliche Vorurteile überprüft werden, damit Ungleichheiten nicht weiter verschärft werden.

Kooperation und Partnerschaften nutzbringend einsetzen

Um die Datennachfrage auch bei unzureichender Dateninfrastruktur zu decken, arbeiten Partner auf nationaler und internationaler Ebene eng zusammen. Bei der Volkszählung 2019 in Kenia hat sich das Nationale Statistikamt in Zusammenarbeit mit der Nationalen Menschenrechtskommission um die Gemeinschaften bemüht, die in der Vergangenheit zurückgelassen wurden. So wurden erstmals auch intersexuelle Menschen, Menschen mit Albinismus, indigene Völker und Staatenlose in der Volkszählung erfasst. Dies ermöglichte nicht nur eine gezielte Bereitstellung staatlicher Dienste, sondern es zeigte den Angehörigen dieser Gruppen auch, dass sie zählen. „Als ich gezählt wurde, ließ ich mir das ‚I‘-Feld [für intersexuell] zeigen. Der Anblick hat mich sehr bewegt,“ erinnert sich eine befragte Person aus Kajiado, die ein intersexuelles Kind hat. „Wir stehen am Anfang eines langen Weges in die richtige Richtung.“

In Neuseeland helfen von Privatpersonen gesammelte Daten, Menschen mit Behinderungen das Leben ein wenig zu vereinfachen:

Bürgerliches Engagement für gesellschaftlichen Wandel mithilfe von Daten

Die missbräuchliche Nutzung von Behindertenparkplätzen war in Neuseeland in den letzten 10 Jahren weit verbreitet. Daraufhin wurde eine App entwickelt, über die Privatpersonen freie oder missbräuchlich genutzte Behindertenparkplätze melden können. Die Initiative wurde von *CCS Disability Action*, der größten Organisation des Landes für Unterstützung und Interessenvertretung für Menschen mit allen Arten von Behinderungen, in Zusammenarbeit mit *Statistics New Zealand* und *SaferMe* gestartet. Diese App liefert über Crowdsourcing Daten zur Verfügbarkeit und Barrierefreiheit von Behindertenparkplätzen in Parks und Freiflächen und trägt dazu bei, deren missbräuchliche Nutzung zu verringern.

Auf internationaler Ebene arbeitete eine Fachberatungsgruppe mit Mitgliedern aus Epidemiologie, Biostatistik, Demografie und nationalen Statistikämtern unermüdlich daran, die WHO und die Mitgliedstaaten mit korrekten Schätzungen der der Pandemie zuzuschreibenden Todesfälle zu versorgen. Die Gruppe wurde von der WHO und der Hauptabteilung für Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten der Vereinten Nationen einberufen.

Statistikkapazitäten wirksamer und nachhaltiger aufbauen

Die durch COVID-19 entstandenen Herausforderungen haben viele nationale wie internationale statistische Stellen zum Überdenken ihrer Schulungsprogramme veranlasst. Gemäß dem [Global Calendar of Statistical Events](#) der Statistikabteilung der Vereinten Nationen, der Informationen der wichtigsten internationalen Stellen enthält, wurden 2020 mindestens 75 Prozent aller Veranstaltungen zum Aufbau von Statistikkapazitäten online abgehalten. 2019 waren es nur etwa 5 Prozent.

Da Fernkurse sehr wirksam sind, werden sie voraussichtlich erhalten bleiben, eventuell in Kombination mit Präsenzangeboten. Offen ist bislang, welche anderen Strategien den Aufbau von Statistikkapazitäten wirksamer und nachhaltiger machen können. Eine vom *Global Network of Institutes for Statistical Training (GIST)* geleitete Studie zu nationalen Schulungsprogrammen im Bereich Statistik in 15 Ländern ergab, dass viele Länder bei der Ermittlung des Schulungsbedarfs ihres Personals und der Bereitstellung entsprechender Angebote proaktiv vorgehen. Eine Erkenntnis sticht besonders hervor: Kapazitätsaufbau ist dann besonders wirksam, wenn der interne Bedarf und nicht die Wünsche externer Partner Vorrang haben. Stark nachgefragte Bereiche, die bei herkömmlichen Statistikkursen jedoch oft übersehen werden, sind die Koordinierung des nationalen Statistiksystems, die Einbindung der Nutzer, die Verwaltung und die Finanzierung.

Internationale Partner können auch Lücken schließen helfen, indem sie Schulungsmaterialien leicht zugänglich machen. Beispiele hierfür sind das vom GIST koordinierte Lernportal für Statistik „UN SDG: Learn Statistics“ sowie Plattformen für den Erfahrungsaustausch zwischen den Ländern.

Wege zum Aufbau nationaler Statistikkapazitäten

Viele Statistikämter handeln proaktiv, um den Schulungsbedarf ihres Personals zu decken. Die folgenden Beispiele stammen aus dem Bericht des GIST *Sustainable Statistical Training Programs at National Statistical Offices*:

Irland ermittelte 13 Grundfertigkeiten zu je 5 Wissenstufen und verknüpfte sie mit den Stellenbeschreibungen des Personals. Jedes Jahr werden Defizite ermittelt, und Schulungsprogramme werden auf diesen Bedarf zugeschnitten.

Marokko förderte den Einsatz verfügbarer Fernkurse. Insgesamt wurden 65 Kurse verschiedener Anbieter ermittelt, und das nationale Statistikamt übernahm für alle Bediensteten die Kosten. Dieses Vorgehen hat sich besonders während der Pandemie bewährt.

Myanmar entwickelte einen Schulungsplan auf der Grundlage einer Defizitanalyse und legte den Entwicklungspartnern nahe, die Kurse auf den internen Bedarf zuzuschneiden.

Den Zugang zu Daten und Metadaten verbessern

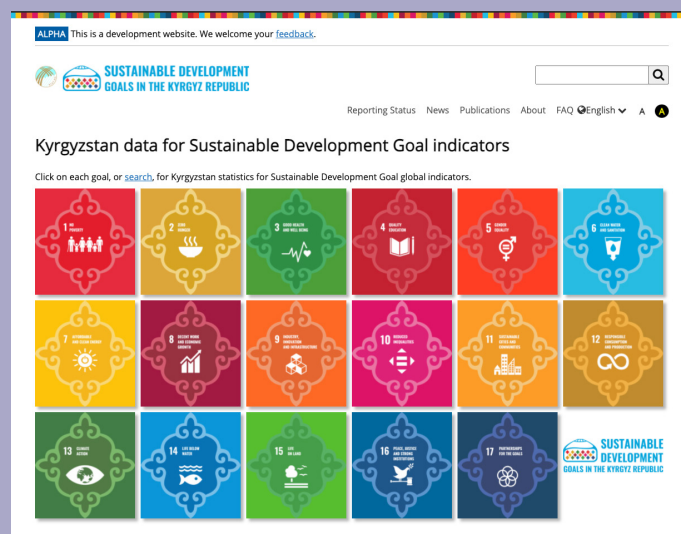
Zur Unterstützung einer schnellen und wirksamen Krisenabwehr bedarf es umfassender und integrierter Daten, die leicht zu generieren und aufzufinden sind und gegebenenfalls veröffentlicht werden können. Während der Pandemie stellten viele Länder tagesaktuelle Übersichten bereit, um die Ausbreitung der Krankheit zu beobachten. Einige, darunter Mexiko, erweiterten auch den Zugang zu Versorgungsdaten, etwa zu den Standorten wichtiger Dienste wie Supermärkte, Apotheken und Tankstellen.

Viele Länder haben nun offen zugängliche nationale Datenplattformen zu den Nachhaltigkeitszielen und werden dadurch dem unterschiedlichen Bedarf eines breiten Nutzerkreises besser gerecht. Der Nationale Statistikausschuss Kirgisistans war dabei einer der Vorreiter. Seine Plattform zu den Nachhaltigkeitszielen nutzt *Open SDG*, eine quelloffene Datenplattformlösung, die zum Teil vom Nationalen Statistikamt des Vereinigten Königreichs entwickelt und mit Unterstützung des UNSD-FCDO-Projekts umgesetzt wurde.

Öffnung der Daten zu den Nachhaltigkeitszielen für alle Nutzer in Kirgisistan

Die Plattform Kirgisistans für die Nachhaltigkeitsziele sowie andere dazugehörige Produkte wurden nach Nutzerwünschen gestaltet. „Die Nutzerinnen und Nutzer müssen die Daten selbst herunterladen, bearbeiten und analysieren können, während wir ihre Rückmeldungen sammeln und unsere Arbeit an ihren Bedürfnissen ausrichten“, sagt Nazira Kerimalieva, Leiterin der Abteilung für nachhaltige Entwicklung und Umweltstatistik im Nationalen Statistikausschuss des Landes. Sie führt aus: „Sobald jemand statistische Informationen anfordert – ob Studierende, Journalistinnen und Journalisten oder politische Entscheidungsverantwortliche – stehen wir bereit. Wir lehnen keine Anfrage ab und haben ein Ohr für die Bedürfnisse unserer Kundschaft.“

Die Plattform informiert über die Fortschritte bei den Nachhaltigkeitszielen und die Verfügbarkeit von Daten und nationalen Berichten zu den Zielen. In leicht verständlicher Sprache und mit anschaulichen Infografiken richtet sie sich an die breite Öffentlichkeit, während Datenfachleute Daten in offenen Formaten herunterladen können.



1 KEINE ARMUT



ARMUT IN ALLEN IHREN FORMEN UND ÜBERALL BEENDEN

COVID-19 HAT ZUM ERSTEN ANSTIEG DER EXTREMEN ARMUT IN EINER GENERATION GEFÜHRT

2020 WURDEN 119-124 MILLIONEN MENSCHEN ZUSÄTZLICH IN DIE EXTREME ARMUT GEDRÄNGT



DIE
WELTWEITE ARMUTSQUOTE
LIEGT LAUT PROGNOSEN

2030 BEI 7%



DAS ZIEL DER ARMUTS-
BESEITIGUNG WÜRDEN VERFEHLT



BIS APRIL 2021
MELDETEN 118 LÄNDER
NATIONALE UND/ODER LOCALE
KATASTROPHEN-
VORSORGESTRATEGIEN.
2015 WAREN ES NUR 45.



REGIERUNGEN IN ALLER WELT ERLIESSEN
1.600 KURZFRISTIGE SOZIALSCHUTZMASSNAHMEN,
UM COVID-19 ZU BEGEGNEN,

DOCH SIND 4 MILLIARDEN MENSCHEN WEITER OHNE SOZIALSCHUTZ



DEN HUNGER BEENDEN, ERNÄHRUNGSSICHERHEIT UND EINE BESSERE ERNÄHRUNG ERREICHEN UND EINE NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT FÖRDERN

DIE GLOBALE PANDEMIE VERSCHÄRFT DEN

HUNGER AUF DER WELT

DIE PANDEMIE HAT WOHL DAZU GEFÜHRT, DASS 2020 WELTWEIT 70-161 MILLIONEN MENSCHEN ZUSÄTZLICH HUNGER LITTEN



WELTWEITE ZAHL DER UNTERERNÄHRTEN



VERSCHÄRFUNG DER FEHLERNÄHRUNG BEI KINDERN DURCH DIE PANDEMIE



22% (149,2 MILLIONEN)

DER KINDER UNTER 5 JAHREN LEIDEN UNTER WACHSTUMSHEMMUNG



6,7% (45,4 MILLIONEN)

DER KINDER UNTER 5 JAHREN LEIDEN UNTER AUSZEHRUNG



5,7% (38,9 MILLIONEN)

DER KINDER UNTER 5 JAHREN SIND ÜBERGEWICHTIG (2020*)

*DIESE SCHÄTZUNGEN FÜR 2020 LASSEN DIE PANDEMIEFOLGEN UNBERÜCKSICHTIGT



FAST EIN DRITTEL ALLER FRAUEN IM GEBÄHRFÄHIGEN ALTER LEIDET UNTER ANÄMIE, ZUM TEIL WEGEN NÄHRSTOFFMANGELS



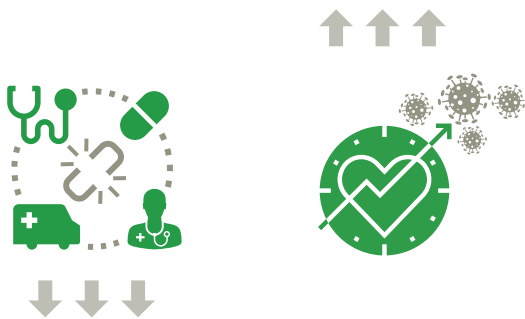
2,37 MILLIARDEN MENSCHEN HABEN NICHTS ZU ESSEN ODER SIND AUSSERSTANDE, SICH REGELMÄSSIG GESUND UND AUSGEWOGEN ZU ERNÄHREN (2020)



EIN GESUNDES LEBEN FÜR MENSCHEN JEDEN ALTERS GEWÄHRLEISTEN UND IHR WOHLERGEHEN FÖRDERN

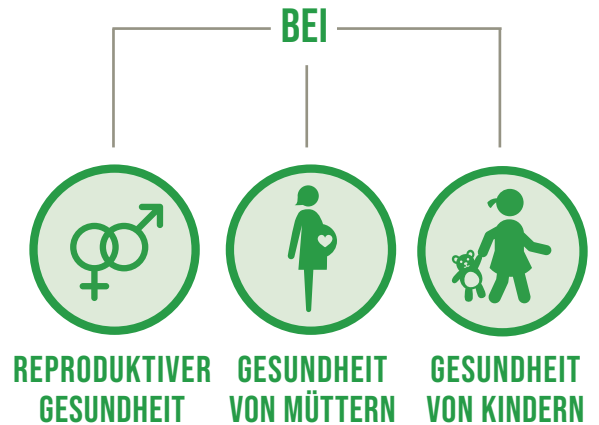
DIE PANDEMIE

**STOPPTE ODER ZERSTÖRTE DEN FORTSCHRITT IN
DER GESUNDHEIT UND SENKTE DIE LEBENSERWARTUNG**



**90 % DER LÄNDER MELDEN WEITER MINDESTENS EINE
UNTERBRECHUNG DER GRUNDLEGENDEN GESUNDHEITSDIENSTE**

ZEHN JAHRE DES FORTSCHRITTS



**KÖNNTEN ZU ENDE ODER DAHIN SEIN
AUFGRUND VON COVID-19**

EIN MANGEL AN DATEN

ERSCHWERT DAS VERSTÄNDNIS DER WAHREN FOLGEN VON COVID-19



LÄNDER MIT SYSTEMEN ZUR REGISTRIERUNG VON TODESFÄLLEN
MINDESTENS 75 % VOLLSTÄNDIG



(2015-2019)

GESUNDHEITSKRÄFTE

— IN VIELEN REGIONEN KNAPP —

SIND DURCH DIE PANDEMIE AN DER GRENZE
IHRER BELASTBARKEIT



PFLEGEKRÄFTE UND HEBAMMEN



NORDAMERIKA AFRIKA SÜDLICH DER SAHARA

(2013-2019)



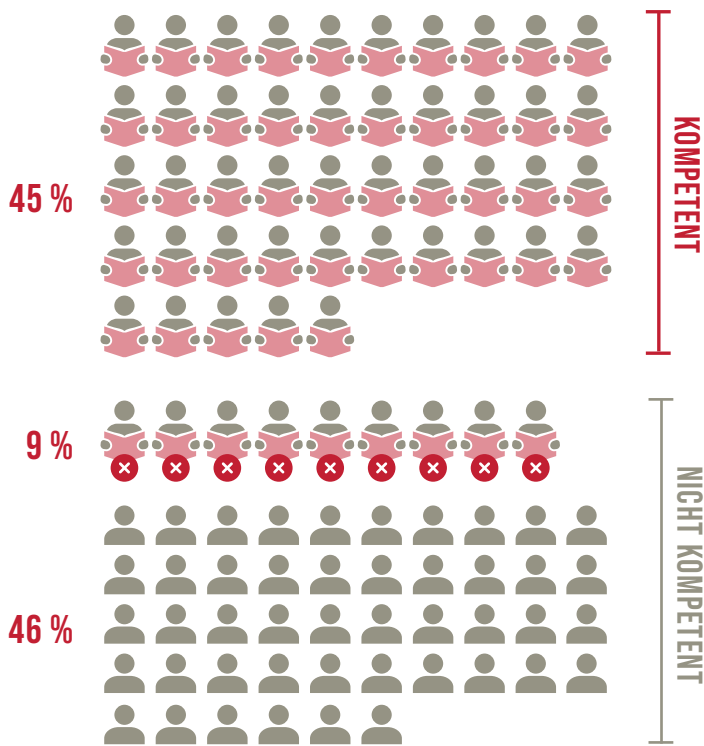
**HÖHERE INVESTITIONEN IN
ALLGEMEINE GESUNDHEITS-
VERSORGUNG SIND UNERLÄSSLICH**



INKLUSIVE, GLEICHBERECHTIGTE UND HOCHWERTIGE BILDUNG GEWÄHRLEISTEN UND MÖGLICHKEITEN LEBENSLANGEN LERNENS FÜR ALLE FÖRDERN

COVID-19 HAT 20 JAHRE AN FORTSCHRITTEN IN DER BILDUNG AUFGEHOBEN

ZUSÄTZLICHE 101 MILLIONEN ODER 9 % DER KINDER DER 1. BIS ZUR 8. KLASSE VERFEHLEN 2020 DIE MINDESTKOMPETENZ IM LESEN



DIE BETEILIGUNG AM ORGANISIERTEN LERNEN VOR DER GRUNDSCHULE STIEG VON 65 % (2010) AUF 73 % (2019)

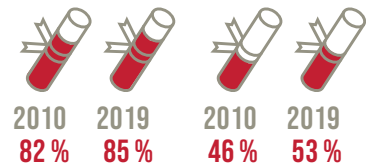
VIELE KLEINKINDER WERDEN JETZT GÄNZLICH ZUHAUSE BETREUT

FORTSCHRITTE BEI DER SCHULABSCHLUSSQUOTE DÜRFTEN SICH NOCH LANGSAMER EINSTELLEN



SCHULABSCHLUSSQUOTE

GRUNDSTUFE SEKUNDARSTUFE

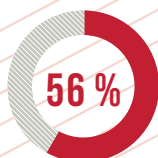


WELT

BASISINFRASTRUKTUR IN SCHULEN FÜR EINEN BESSEREN WIEDERAUFBAU FEHLT IN VIELEN LÄNDERN

ANTEIL DER SCHULEN MIT BASISINFRASTRUKTUR IN DEN AM WENIGSTEN ENTWICKELTEN LÄNDERN

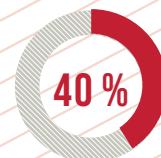
(2016-2019)



TRINKWASSER



STROM

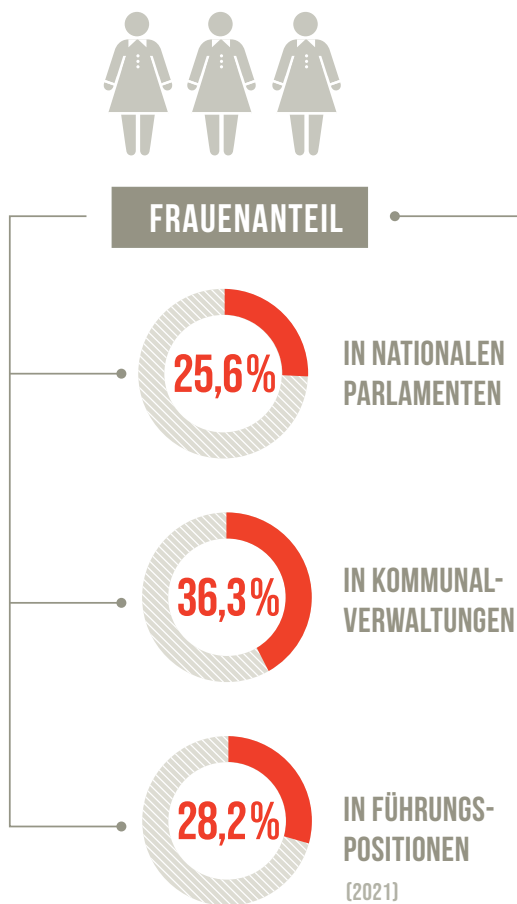


GELEGENHEIT ZUM HÄNDEWASCHEN



GESCHLECHTERGLEICHSTELLUNG ERREICHEN UND ALLE FRAUEN UND MÄDCHEN ZUR SELBSTBESTIMMUNG BEFÄHIGEN

GLEICHBERECHTIGTE TEILHABE DER FRAUEN AN ENTSCHEIDUNGSPROZESSEN IST FÜR DIE BEKÄMPFUNG UND ÜBERWINDUNG VON COVID-19 ENTSCHEIDEND, DOCH DIE GESCHLECHTERPARITÄT IST WEIT WEG



GEWALT GEGEN FRAUEN

IST NACH WIE VOR UNANNEHMBAR WEIT VERBREITET UND WIRD DURCH DIE PANDEMIE VERSCHÄRFT



1 VON 3 FRAUEN (736 MILLIONEN)

AB 15 JAHREN HAT **MINDESTENS EINMAL** IN IHREM LEBEN KÖRPERLICHE UND/ODER SEXUELLE GEWALT ERFAHREN (2000-2018)

BIS ZU 10 MILLIONEN

MÄDCHEN DROHT KINDERHEIRAT



UND ZWAR IN DEN NÄCHSTEN 10 JAHREN AUFGRUND VON COVID-19

ZUSÄTZLICH ZU DEN **100 MILLIONEN MÄDCHEN**, DENEN DIE **KINDERHEIRAT** SCHON VOR DER PANDEMIE DROHTE

AUFGRUND DER PANDEMIE LEISTEN FRAUEN NOCH MEHR **UNBEZAHLTE HAUS- UND BETREUUNGSARBEIT** UND WERDEN AUS DEM ERWERBSLEBEN VERDRÄNGT



FRAUEN VERBRINGEN OHNEHIN **ETWA 2,5-MAL** SO VIEL ZEIT MIT UNBEZAHLTER HAUS- UND BETREUUNGSARBEIT WIE MÄNNER

VERFÜGBARKEIT UND NACHHALTIGE BEWIRTSCHAFTUNG VON WASSER UND SANITÄRVERSORGUNG FÜR ALLE GEWÄHRLEISTEN

MILLIARDEN MENSCHEN HABEN NOCH IMMER KEINEN ZUGANG ZU SICHERER TRINKWASSER-, SANITÄR- UND HYGIENEVERSORGUNG

2020



2 MILLIARDEN MENSCHEN

26 %

OHNE SICHER VERWALTETE TRINKWASSER-VERSORGUNG



3,6 MILLIARDEN MENSCHEN

46 %

OHNE SICHER VERWALTETE SANITÄR-VERSORGUNG

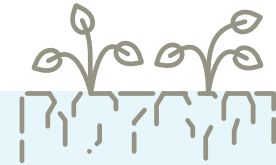


2,3 MILLIARDEN MENSCHEN

29 %

OHNE EINFACHE HYGIENE-VERSORGUNG

DER ALLGEMEINE ZUGANG IST UNVERZICHTBAR FÜR DIE ÜBERWINDUNG VON COVID-19

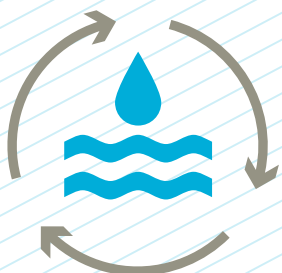


2,3 MILLIARDEN MENSCHEN
LEBEN IN
LÄNDERN MIT
WASSERSTRESS (2018)



ZWISCHEN 1970 UND 2015
SCHRUMPFTEN
NATÜRLICHE FEUCHT-
GEBIETE UM 35 %

3x STÄRKER ALS DER WALD



129 LÄNDER SIND NICHT AUF KURS FÜR NACHHALTIG BEWIRTSCHAFTETE WASSERRESSOURCEN BIS 2030

DAS AKTUELLE FORTSCHRITTSTEMPO MUSS SICH VERDOPPELN



ZUGANG ZU BEZAHLBARER, VERLÄSSLICHER, NACHHALTIGER UND MODERNER ENERGIE FÜR ALLE SICHERN

EIN DRITTEL
DER WELTBEVÖLKERUNG NUTZT
GEFÄHRLICHE UND INEFFIZIENTE
KOCHSYSTEME (2019)



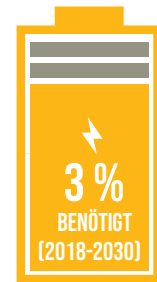
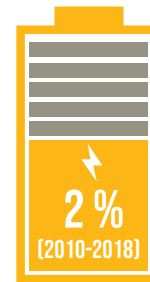
759 MILLIONEN MENSCHEN
HABEN KEINEN
STROMZUGANG



DREI VIERTEL
LEBEN IN AFRIKA
SÜDLICH DER SAHARA
 (2019)

DIE STEIGERUNGSRATE
DER ENERGIEEFFIZIENZ
MUSS RASCHER WACHSEN

JÄHRLICHE STEIGERUNGSRATE DER ENERGIEEFFIZIENZ



IN BEZUG AUF **MODERNE ERNEUERBARE ENERGIEN** IST RASCHERES HANDELN NÖTIG – INSBESONDERE IM WÄRME- UND VERKEHRSSSEKTOR

ANTEIL MODERNER ERNEUERBARER ENERGIEN AM GESAMTEN ENDENERGIEVERBRAUCH (2018)



DAUERHAFTES, INKLUSIVES UND NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM, PRODUKTIVE VOLLBESCHÄFTIGUNG UND MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT FÜR ALLE FÖRDERN

DIE PANDEMIE

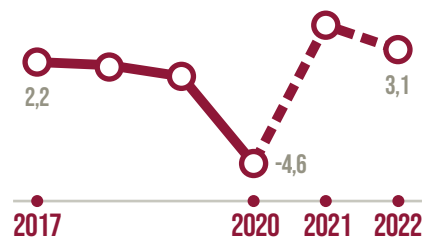
FÜHRTE ZUM VERLUST DES ÄQUIVALENTS VON **255 MILLIONEN VOLLZEITSTELLEN**



RUND **4X** SO VIELE WIE WÄHREND DER GLOBALEN FINANZKRISE (2007-2009)

DIE KONJUNKTURERHOLUNG IST IM GANG

GLOBALES REALES PRO-KOPF-BIP (2017-2022)



DOCH IN VIELEN LÄNDERN DÜRFTE DAS WIRTSCHAFTSWACHSTUM ERST 2022 ODER 2023 WIEDER AUF DEN STAND VON VOR DER PANDEMIE ZURÜCKKEHREN

DIE INTERNATIONALEN EINREISEN IM TOURISMUS

FIELEN VON 1,5 MILLIARDEN (2019) AUF 381 MILLIONEN (2020) -



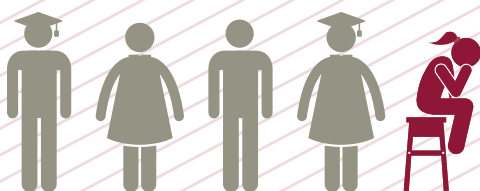
DER INTERNATIONALE TOURISMUS DÜRFTE ERST IN BIS ZU **4 JAHREN** WIEDER AUF DEM STAND VON 2019 SEIN



1,6 MILLIARDEN ERWERBSTÄTIGE IN DER SCHATTENWIRTSCHAFT

OHNE SOZIALES SICHERUNGSNETZ ERFUHREN ERHEBLICHE BEEINTRÄCHTIGUNGEN DURCH DIE PANDEMIE

DURCH DIE PANDEMIE WERDEN MEHR JUGENDLICHE WEDER ERWERBSTÄTIG NOCH IN DER SCHULE ODER IN AUSBILDUNG SEIN



JUNGE FRAUEN



ANTEIL DER JUGENDLICHEN, DIE NICHT IN BILDUNG, ERWERBSTÄTIGKEIT ODER AUSBILDUNG SIND (2019)

JUNGE MÄNNER



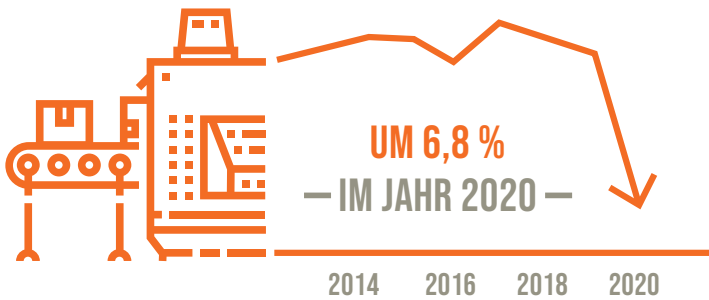


EINE WIDERSTANDSFÄHIGE INFRASTRUKTUR AUFBAUEN, INKLUSIVE UND NACHHALTIGE INDUSTRIALISIERUNG FÖRDERN UND INNOVATIONEN UNTERSTÜTZEN

DER GLOBALE AUSSTOSS DER VERARBEITUNGSINDUSTRIE FIEL



INFOLGE DER COVID-19-KRISE



DIE KONJUNKTUR-ERHOLUNG ENDE 2020 WAR VON PRODUKTEN MIT MITTLEREM UND HOHEM TECHNISIERUNGSGRAD GETRAGEN

4 % WACHSTUM GEGENÜBER DEM VORJAHR (4. QUARTAL 2020)

2020 WAR EIN KATASTROPHALES JAHR FÜR DIE NACHFRAGE NACH FLUGREISEN



PASSAGIERZAHLEN FIELEN VON 4,5 MILLIARDEN (2019) AUF 1,8 MILLIARDEN (2020), EIN RÜCKGANG UM 60 %

EINE VERSTÄRKTE ANBINDUNG AN LANDSTRASSEN

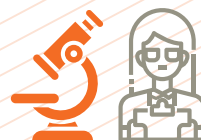
HILFT ARMUT ZU MINDERN



FAST 300 MILLIONEN VON 520 MILLIONEN LANDBEWOHNERN HABEN KEINEN GUTEN STRASSENZUGANG IN 25 LÄNDERN (2018-2019)

VERSTÄRKTE INVESTITIONEN IN FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG SIND UNERLÄSSLICH FÜR DIE SUCHE NACH LÖSUNGEN FÜR KRISEN WIE COVID-19

2,2 BILLIONEN USD GLOBALE INVESTITIONEN IN FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG (2018)



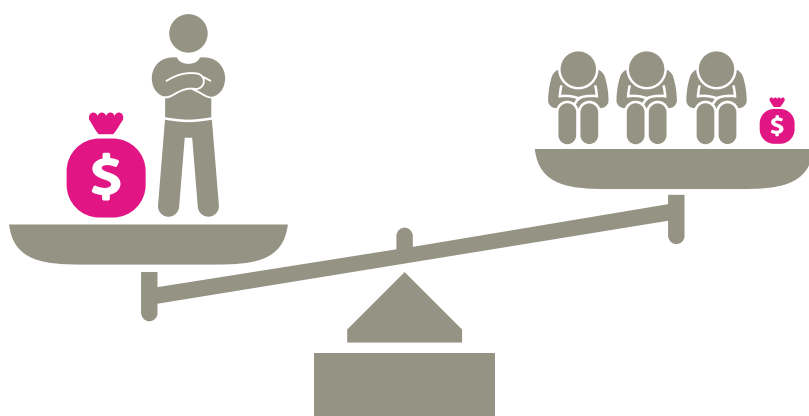
1.235 FORSCHUNGSKRÄFTE JE MILLION EINWOHNER (2018)



UNGLEICHHEIT IN UND ZWISCHEN LÄNDERN VERRINGERN

DIE PANDEMIE

DÜRFTEN DIE SEIT DER FINANZKRISE ERZIELTEN FORTSCHRITTE BEI DER VERRINGERUNG DER EINKOMMENSUNGLEICHHEIT AUFHEBEN



COVID-19

DÜRFTEN DEN DURCHSCHNITTLICHEN GINI FÜR SCHWELLEN- UND ENTWICKLUNGSLÄNDER UM 6 % ERHÖHEN



DER GINI-INDEX MISST EINKOMMENSUNGLEICHHEIT. ER LIEGT ZWISCHEN 0 UND 100, WOBEI 0 BEDEUTET, DASS DAS EINKOMMEN ZWISCHEN ALLEN MENSCHEN GLEICH VERTEILT IST, UND 100, DASS EINE PERSON DAS GESAMTE EINKOMMEN BEZIEHT



DER ANTEIL DER FLÜCHTLINGE AN DER WELTBEVÖLKERUNG HAT SICH SEIT 2010 MEHR ALS VERDOPPELT

AUF 100.000 MENSCHEN KOMMEN 311 FLÜCHTLINGE (2020)

KOSTEN FÜR RÜCKÜBERWEISUNGEN SIND MIT 6,5 % NIEDRIGER DENN JE (2020)



ZUR ERREICHUNG DER ZIELVORGABE VON 3% BEDARF ES WEITERER FORTSCHRITTE



NACHWEISLICH STARBEN ODER VERSCHWANDEN 4.186 MENSCHEN 2020 ENTLANG DER WELTWEITEN MIGRATIONSROUTEN

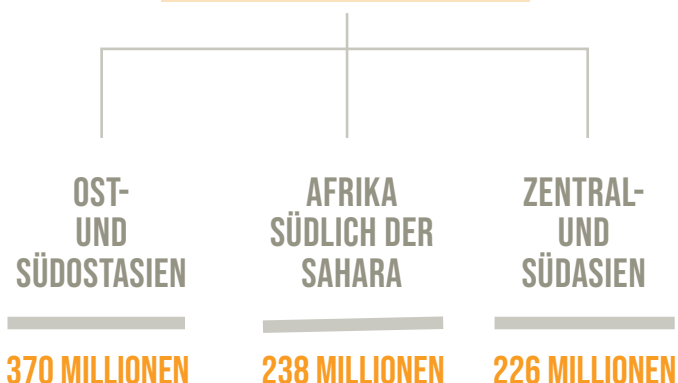


STÄDTE UND SIEDLUNGEN INKLUSIV, SICHER, WIDERSTANDSFÄHIG UND NACHHALTIG GESTALTEN

DIE PANDEMIE VERSCHLIMMERT DIE NOT DER SLUMBEWOHNER



DIE MEHRHEIT DER ÜBER **1 MILLIARDE SLUMBEWOHNER** LEBT IN DREI REGIONEN (2018)



16%

DER WELTDURCHSCHNITT DES FLÄCHENANTEILS IN STÄDTEN, DER STRASSEN UND ÖFFENTLICHEN FREIFLÄCHEN VORBEHALTEN IST, (2020)



LIEGT UNTER DER ZIELVORGABE VON 30 % (STRASSEN) UND 10-15 % (FREIFLÄCHEN)

156 LÄNDER HABEN NATIONALE STÄDTEPOLITISCHE KONZEPTE



DOCH **NUR DIE HÄLFTE** SIND IN DER UMSETZUNGSPHASE

NUR DIE HÄLFTE DER STADTBEWOHNER WELTWEIT HAT BEQUEMEN ZUGANG ZU ÖFFENTLICHEN VERKEHRSMITTELN (2019)



NACHHALTIGE KONSUM- UND PRODUKTIONS- MUSTER SICHERSTELLEN

DER GLOBALE „MATERIAL-FUSSABDRUCK“

WUCHS UM 70 %

ZWISCHEN 2000 UND 2017



1 MILLION
PLASTIK-TRINKFLASCHEN
PRO MINUTE
GEKAUFT



5 BILLIONEN
PLASTIKTÜTEN
PRO JAHR
WEGGEWORFEN

ENTWICKLUNGSLÄNDER HABEN EIN ENORMES UNGENUTZTES POTENZIAL FÜR ERNEUERBARE ENERGIEN

NEUE KAPAZITÄTEN ZUR ERZEUGUNG ERNEUERBARER ENERGIE



880 WATT PRO KOPF
ENTWICKELTE LÄNDER

- 4X -



219 WATT PRO KOPF
ENTWICKLUNGSLÄNDER

ELEKTROSCHROTT GREIFT WEITER UM SICH UND WIRD NICHT VERANTWORTUNGSVOLL ENTSORGT

JEDER MENSCH

ERZEUGTE ETWA
7,3 KILOGRAMM
ELEKTROSCHROTT



[2019]

DOCH NUR
1,7 KILOGRAMM
WURDEN WIEDERVERWERTET



TROTZ FORTSCHRITTEN
GEFÄHRDEN SUBVENTIONEN FÜR
FOSSILE BRENNSTOFFE WEITER
DIE VERWIRKLICHUNG DES
ÜBEREINKOMMENS VON PARIS
UND DER AGENDA 2030



432 MRD. USD (2019)

21 % WENIGER ALS 2018



BIS 2020
WURDEN UNTER DEM ZEHNJAHRES-PROGRAMM-
RAHMEN FÜR NACHHALTIGE KONSUM- UND
PRODUKTIONSMUSTER

INSGESAM 700 POLITISCHE
MASSNAHMEN UND UMSETZUNGS-
AKTIVITÄTEN GEMELDET

(VON 83 LÄNDERN UND DER EUROPÄISCHEN UNION)



UMGEHEND MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG DES KLIMAWANDELS UND SEINER AUSWIRKUNGEN ERGREIFEN

DIE KLIMAKRISE

HÄLT AN

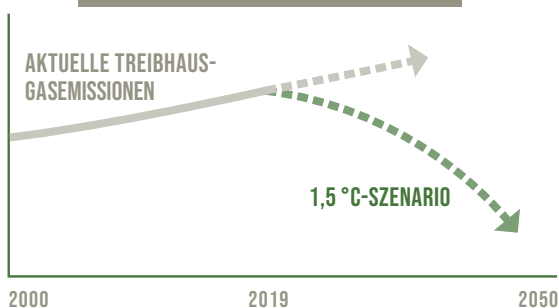
FAST UNVERMINDERT



DIE GLOBALE DURCHSCHNITTSTEMPERATUR LAG 2020 UM 1,2 °C ÜBER DEM VORINDUSTRIELLEN WERT

WEITAB VOM KURS, DIE 1,5 °C IM ÜBEREINKOMMEN VON PARIS NICHT ZU ÜBERSCHREITEN

STEIGENDE TREIBHAUSEMISSIONEN ERFORDERN ÜBERGANG DER VOLKSWIRTSCHAFTEN ZUR CO₂-NEUTRALITÄT



DIE KLIMAFINANZIERUNG STIEG



ZWISCHEN 2015-2016 UND 2017-2018 UM 10 % AUF DURCHSCHNITTLICH JÄHRLICH 48,7 MRD. USD

125 VON 154 ENTWICKLUNGSLÄNDERN ERARBEITEN UND VERWIRKLICHEN NATIONALE PLÄNE ZUR ANPASSUNG AN DEN KLIMAWANDEL

ZU DEN VORRANGBEREICHEN GEHÖREN

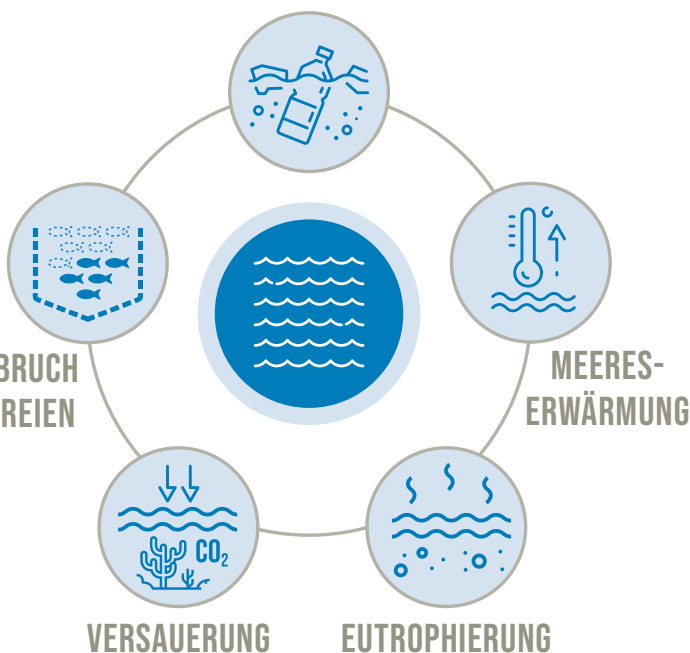
- ERNÄHRUNGSSICHERHEIT UND NÄHRUNGSMITTELPRODUKTION
- LAND- UND FEUCHTGEBIETSÖKOSYSTEME
- SÜSSWASSERRESSOURCEN
- MENSCHLICHE GESUNDHEIT
- WIRTSCHAFTLICHE SCHLÜSSELSEKTOREN UND -DIENSTLEISTUNGEN



OZEANE, MEERE UND MEERESRESSOURCEN IM SINNE NACHHALTIGER ENTWICKLUNG ERHALTEN UND NACHHALTIG NUTZEN

DIE NACHHALTIGKEIT UNSERER OZEANE IST STARK GEFÄHRDET

PLASTIK-/MEERESVERSCHMUTZUNG

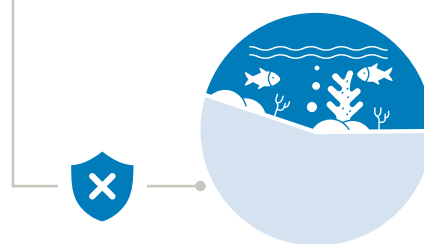


FÜR ÜBER 3 MRD. MENSCHEN IST DAS MEER DIE LEBENSGRUNDLAGE

TOTE ZONEN
WERDEN IMMER MEHR:
400 IN 2008, 700 IN 2019



ÜBER DIE HÄLFTE DER FÜR DIE BIODIVERSITÄT BESONDERS WICHTIGEN MEERESGEBIETE STEHT NICHT UNTER SCHUTZ



ETWA DIE HÄLFTE ALLER LÄNDER HAT KONKRETE INITIATIVEN BESCHLOSSEN, UM DIE KLEINFISCHEREI ZU UNTERSTÜTZEN



DURCHSCHNITTLICH SIND NUR 1,2 % DER NATIONALEN FORSCHUNGSHAUSHALTE DEN MEERESWISSENSCHAFTEN GEWIDMET

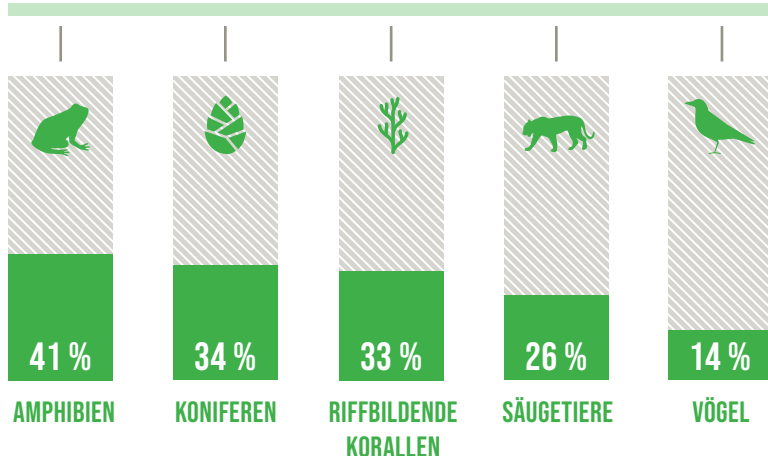




LANDÖKOSYSTEME SCHÜTZEN, WIEDERHERSTELLEN UND IHRE NACHHALTIGE NUTZUNG FÖRDERN, WÄLDER NACHHALTIG BEWIRTSCHAFTEN, WÜSTENBILDUNG BEKÄMPFEN, BODENDEGRADATION BEENDEN UND UMKEHREN UND DEM VERLUST DER BIOLOGISCHEN VIELFALT EIN ENDE SETZEN

MEHR ALS EIN VIERTEL DER ARTEN, DIE AUF DER ROTEN LISTE DER IUCN STEHEN, SIND VOM AUSSTERBEN BEDROHT

ANTEIL DER VOM AUSSTERBEN BEDROHTEN ARTEN



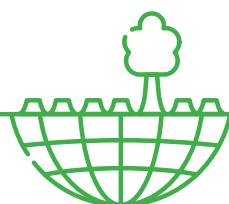
DIE ROTE LISTE DER IUCN

VERFOLGT DATEN FÜR MEHR ALS 134.400 ARTEN VON SÄUGETIEREN, VÖGELN, AMPHIBIEN, RIFFBILDENDEN KORALLEN UND KONIFEREN. MEHR ALS 37.400 ARTEN SIND VOM AUSSTERBEN BEDROHT.

BEI DER NACHHALTIGEN WALDBEWIRTSCHAFTUNG WURDEN FORTSCHRITTE ERZIELT,

DOCH SIND IN DEN LETZTEN 20 JAHREN WELTWEIT 100 MILLIONEN HEKTAR WALD

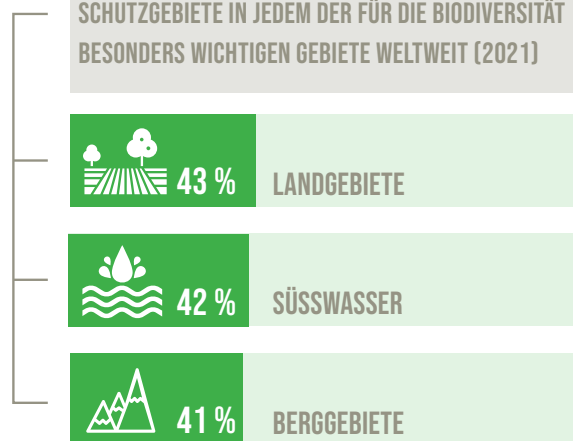
VERLORENGEGANGEN (2000-2020)



DIE ERHALTUNG DER FÜR DIE BIODIVERSITÄT BESONDERS WICHTIGEN GEBIETE IST IN DEN LETZTEN 5 JAHREN

NICHT VORANGEKOMMEN

DURCHSCHNITTLICHER ANTEIL AUSGEWIESENER SCHUTZGEBIETE IN JEDEM DER FÜR DIE BIODIVERSITÄT BESONDERS WICHTIGEN GEBIETE WELTWEIT (2021)



FAST ALLE LÄNDER HABEN RECHTSVORSCHRIFTEN ZUR VERMEIDUNG ODER EINDÄMMUNG INVASIVER GEBIETSFREMDER ARTEN



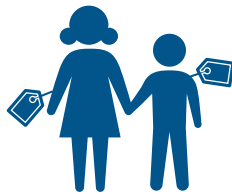
INVASIVE GEBIETSFREMDER ARTEN BEEINTRÄCHTIGEN DIE EINHEIMISCHE BIODIVERSITÄT UND KOSTEN DIE WELTWIRTSCHAFT JEDES JAHR MILLIARDEN.

FRIEDLICHE UND INKLUSIVE GESELLSCHAFTEN FÜR EINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG FÖRDERN, ALLEN MENSCHEN ZUGANG ZUR JUSTIZ ERMÖGLICHEN UND LEISTUNGSFÄHIGE, RECHENSCHAFTSPFLICHTIGE UND INKLUSIVE INSTITUTIONEN AUF ALLEN EBENEN AUFBAUEN

DIE PANDEMIE ERHÖHT FÜR KINDER DAS AUSBEUTUNGSRISIKO

DARUNTER

KINDERHANDEL UND KINDERARBEIT



1 VON 3

OPFERN DES MENSCHENHANDELS WAREN KINDER (2018)



KINDERARBEIT STIEG AUF 160 MILLIONEN FÄLLE (2020)

DER ERSTE ANSTIEG SEIT 20 JAHREN



2020 WURDE DIE TÖTUNG VON 331 MENSCHENRECHTSVERTEIDIGERN IN 32 LÄNDERN GEMELDET



EIN ANSTIEG UM 18% GEGENÜBER 2019

NUR 82 LÄNDER HATTEN

UNABHÄNGIGE NATIONALE MENSCHENRECHTSINSTITUTIONEN

IM EINKLANG MIT INTERNATIONALEN STANDARDS

(2020)



BESTECHUNG IST MINDESTENS FÜNFMAL HÄUFIGER



IN LÄNDERN MIT NIEDRIGEM EINKOMMEN 37,6 %

ALS IN VS

LÄNDERN MIT HOHEM EINKOMMEN 7,2 %



UMSETZUNGSMITTEL STÄRKEN UND DIE GLOBALE PARTNERSCHAFT FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG MIT NEUEM LEBEN ERFÜLLEN

NETTO-ODA
ERREICHTE DEN
REKORDWERT
VON
161 MRD. USD
(2020)

ODER
0,32 %
DES BNE
DER GEBER

LAG JEDOCH
UNTER DEM
ZIELWERT VON

0,7 %
DES BNE



ENTGEGEN DER VORHERSAGEN LAGEN
RÜCKÜBERWEISUNGEN
IN LÄNDER MIT NIEDRIGEM UND
MITTLEREM EINKOMMEN

2020 BEI **540 MRD. USD**



NUR UM
1,6 % UNTER
DEM STAND
VON 2019

AUSLÄNDISCHE DIREKTINVESTITIONEN SANKEN UM BIS ZU **40 %**

1,5
BILLIONEN
USD



UNTER
1
BILLION USD

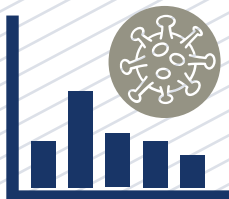
(2019)

(2020)

FAST DIE HÄLFTE DER WELTBEVÖLKERUNG
- **3,7 MILLIARDEN MENSCHEN** -
SIND NOCH IMMER NICHT ONLINE



TROTZ DES
ENORMEN ANBINDUNGSBEDARFS
WÄHREND DER PANDEMIE



63 % DER LÄNDER MIT NIEDRIGEM UND NIEDRIGEM MITTLEREM EINKOMMEN
BRAUCHEN MEHR MITTEL FÜR DATEN- UND STATISTIKZWECKE,
UM DEN HERAUSFORDERUNGEN DER PANDEMIE ZU BEGEGNEN

NIEMANDEN ZURÜCKLASSEN

DIE PANDEMIE VERSCHÄRFT UNGLEICHHEITEN IM GESUNDHEITSBEREICH



ÄLTERE MENSCHEN (65 JAHRE UND ÄLTER)



14%
DER BESTÄTIGTEN FÄLLE



JEDOCH
80%
DER TODESFÄLLE



IMPfstoffVERTEILUNG

(STAND: 17. JUNI 2021)

EUROPA UND
NORDAMERIKA
68 VON 100 MENSCHEN

AFRIKA SÜDLICH DER SAHARA
**WENIGER ALS 2
VON 100 MENSCHEN**

VON DEN MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN

ERFAHREN EIN DRITTEL

PERSÖNLICHE DISKRIMINIERUNG



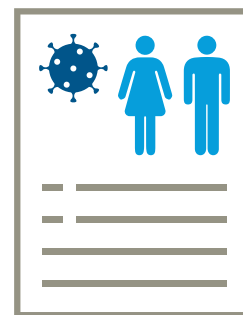
BEI DEN **FRAUEN** SIND ES NOCH MEHR

– DER DRASTISCHE RÜCKGANG –
DES INTERNATIONALEN TOURISMUS



TRIFFT DIE
KLEINEN INSELENTWICKLUNGSLÄNDER
BESONDERS HART

AUFGESCHLÜSSELTE DATEN
SIND FÜR DIE VERFOLGUNG VON
COVID-19 UNABDINGBAR



IN AFRIKA FEHLTEN BEI FAST ALLEN
MELDUNGEN VON COVID-19-FÄLLEN
ANGABEN ZU GESCHLECHT UND ALTER

(1/2020–4/2021)



Armut in allen ihren Formen und überall beenden

Die Pandemie der Coronavirus-Krankheit (COVID-19) hat mit ihren Folgen einen Großteil der Fortschritte bei der Verringerung der Armut zunichte gemacht, und die extreme Armut ist 2020 erstmals seit der Finanzkrise in Asien Ende der 1990er Jahre weltweit gestiegen. Schon vor der Pandemie lag die Welt nicht auf Zielkurs, die Armut bis 2030 zu beenden, und ohne sofortige umfangreiche Maßnahmen wird sich daran nichts ändern. Die Krise hat klarer denn je gezeigt, wie wichtig Katastrophenvorsorge und robuste Sozialschutzsysteme sind. Zwar verfügen jetzt deutlich mehr Länder über Katastrophenvorsorgestrategien, und in Reaktion auf die Pandemie wurden viele zeitweilige Sozialschutzmaßnahmen eingeführt, doch sind in beiden Bereichen stärkere Anstrengungen zum Schutz der Schwächsten nötig.



Die Familie Alimata lebt in der Centre-Region in Burkina Faso. Die Eltern arbeiten 103 Stunden pro Woche, um Lebensmittel kaufen zu können. In ihrem Einzimmer-Haus gibt es weder Strom noch eine Toilette. Sie verbringen wöchentlich 3,5 Stunden mit der Wasserbeschaffung und sie befeuern ihren Herd mit Holzkohle und Holz.

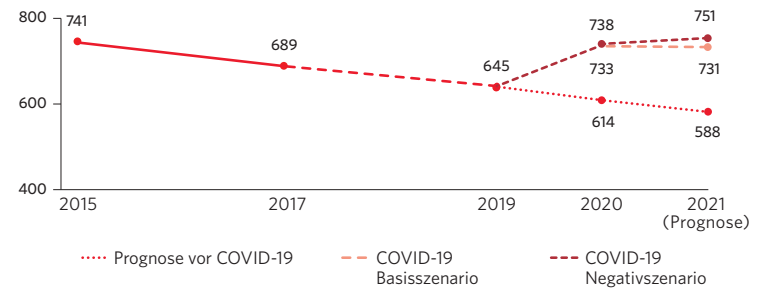
COVID-19 hat zum ersten Anstieg der extremen Armut seit einer Generation geführt

Vor der COVID-19-Pandemie war der in extremer Armut lebende Teil der Weltbevölkerung zwischen 2015 und 2017 von 10,1 auf 9,3 Prozent zurückgegangen. Damit sank die Zahl der Menschen, die von weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag lebten, von 741 auf 689 Millionen. Das Tempo dieses Rückgangs hat sich jedoch zwischen 2015 und 2017 auf weniger als einen halben Prozentpunkt pro Jahr verlangsamt, während es zwischen 1990 und 2015 noch bei einem Prozentpunkt pro Jahr gelegen hatte.

Die Pandemie hat die durch Konflikte und Klimaänderungen bedrohten Fortschritte nur noch stärker gefährdet. Die Zahl der weltweit in Armut lebenden Menschen dürfte 2020 um 119-124 Millionen gestiegen sein; 60 Prozent dieser Menschen leben in Südasien. Kurzfristprognosen deuten darauf hin, dass die Quote der extremen Armut erstmals seit 1998 gestiegen ist, und zwar von 8,4 Prozent (2019) auf 9,5 Prozent (2020), was die seit 2016 erzielten Fortschritte zunichtemacht. Die

Auswirkungen der Pandemie werden uns länger begleiten. Nach aktuellen Prognosen dürfte die globale Armutsquote 2030 bei 7 Prozent (etwa 600 Millionen Menschen) liegen, womit das Ziel der Beseitigung der Armut verfehlt würde.

Zahl der Menschen, die von weniger als 1,90 US-Dollar am Tag leben – 2015-2017, Kurzfristprognose 2018-2020 sowie Prognose vor und nach COVID-19 (in Millionen)



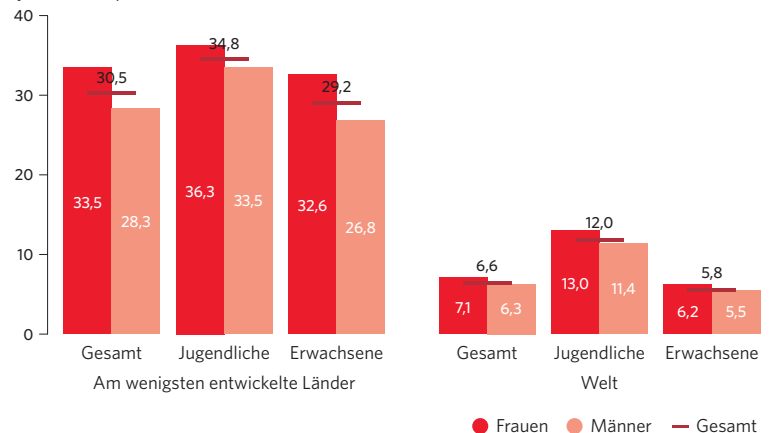
Erwerbsarmut trifft übermäßig Frauen und Jugendliche, was durch die Pandemie verschärft werden dürfte

Der Anteil der Erwerbstätigen, die weltweit in extremer Armut leben, sank zwischen 2010 und 2019 um mehr als die Hälfte (von 14 auf 6,6 Prozent). Die Ausgangssperren, Schließungen und sonstigen Maßnahmen des öffentlichen Gesundheitswesens gegen COVID-19 haben jedoch die informelle Wirtschaft, in der der weitaus größte Teil der Erwerbsarmen tätig ist, schwer getroffen. Die entsprechenden Einkommenseinbußen drohen die globalen Fortschritte bei der Verringerung der Erwerbsarmut aufzuheben.

Das Geschlechtergefälle in der Erwerbsarmut ist zwar über die Jahre weltweit zurückgegangen, in vielen Teilen der Welt, insbesondere in den am wenigsten entwickelten Ländern, aber nach wie vor erheblich. Von den Erwerbstätigen in diesen Ländern lebten 2019 ein Drittel (33,5 Prozent) der Frauen gegenüber 28,3 Prozent der Männer in Armut. Jugendliche sind aufgrund niedrigeren Verdiensts und geringerwertiger Arbeitsplätze weltweit doppelt so häufig erwerbsarm wie Erwachsene. Die COVID-19-Krise dürfte diese schon lange bestehenden Disparitäten vertiefen, da sie sich unverhältnismäßig

stark auf den Lebensunterhalt von Frauen und jungen Menschen ausgewirkt hat.

Anteil der Erwerbstätigen, die von weniger als 1,90 Dollar pro Tag leben – 2019 (in Prozent)

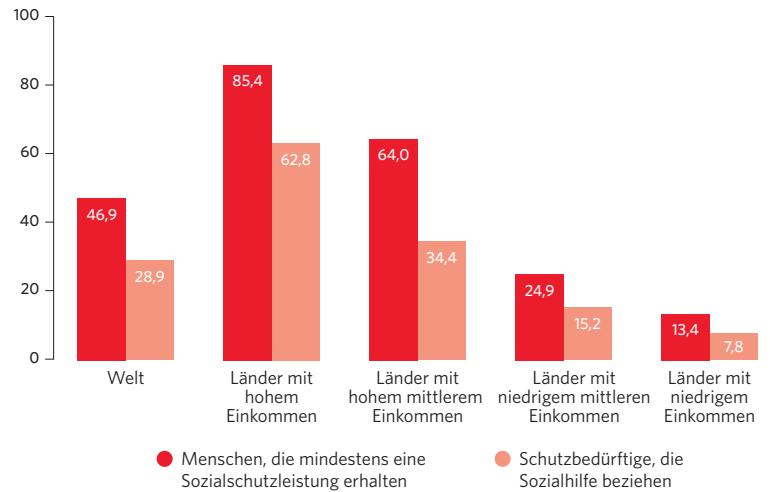


Neue staatliche Sozialschutzmaßnahmen sind vorwiegend temporär

Um Armut in allen Lebensphasen zu verringern bzw. zu verhindern, sind Sozialschutzmaßnahmen grundlegend. Dennoch erhielten 2020 de facto nur 46,9 Prozent der Weltbevölkerung wenigstens eine monetäre Sozialschutzleistung, und bis zu 4 Milliarden Menschen hatten kein soziales Sicherheitsnetz. Die COVID-19-Krise hat gezeigt, wie wichtig Sozialschutzsysteme für den Schutz von Gesundheit, Arbeitsplätzen und Einkommen sind und welche Folgen große Deckungslücken haben. Demzufolge erließen die Regierungen von 209 Ländern und Hoheitsgebieten zwischen dem 1. Februar und dem 31. Dezember 2020 mehr als 1.600 neue Sozialschutzmaßnahmen, fast alle (94,7 Prozent) jedoch kurzfristiger Art.

Vor der Pandemie bezog der Großteil der Bevölkerung (85,4 Prozent) in den Hocheinkommensländern de facto mindestens eine Sozialschutzleistung, während es in den Niedrigeinkommensländern nur knapp über ein Zehntel (13,4 Prozent) war. Die Deckungslücke ist für die besonders schutzbedürftigen Menschen noch größer; von ihnen erhielten in den Niedrigeinkommensländern nur 7,8 Prozent Sozialhilfeleistungen.

Anteil der Bevölkerung, der wenigstens eine Sozialschutzleistung erhält, und Anteil der Schutzbedürftigen, der Sozialhilfe bezieht, nach Einkommensstand des Landes – 2020 oder letztes verfügbares Jahr (in Prozent)



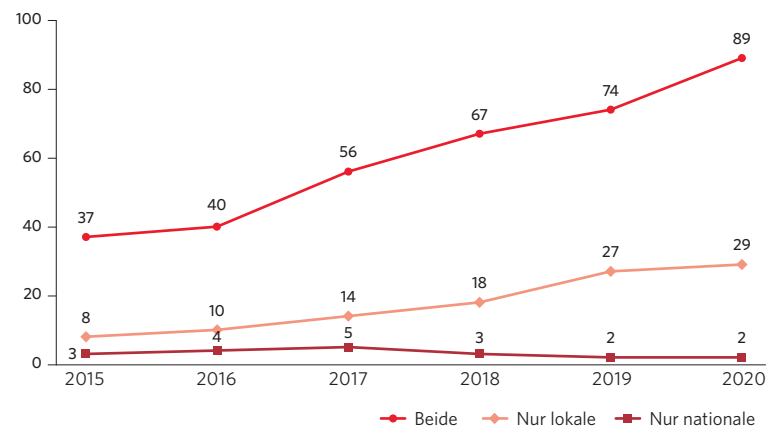
Die Pandemie könnte am Erfolg einer globalen Initiative zur Verringerung des Katastrophenrisikos rütteln

Katastrophen und ihre unmittelbaren Auswirkungen drohen Entwicklungsfortschritte aufzuheben und die Verringerung von Armut und Hunger zu verlangsamen. Nach letzten Daten aus dem Sendai-Rahmen-Monitor meldeten 2019 53 Länder direkte wirtschaftliche Verluste aufgrund von Katastrophen in Höhe von 70,4 Milliarden Dollar, davon 42,5 Milliarden (60 Prozent) im Agrarsektor.

Im selben Jahr wurden mehr als 24.000 Todesfälle in 67 Ländern Katastrophen zugeschrieben. Gegenüber 2018, als die katastrophenbedingte Sterblichkeit über 79 Länder hinweg einen Höchststand von 126.000 erreichte, ist dies ein erheblicher Rückgang, der auch im Gesamttrend der seit 2005 rückläufigen Sterblichkeit liegt. COVID-19 kehrt diesen Trend jedoch bereits um, überwältigt Gesundheitssysteme und zeigt, wie sozioökonomische Schwächen die Anfälligkeit für biologische Gefahren erhöhen.

Robuste und mehrere Gefahren – auch biologische Risiken wie COVID-19 – umfassende Katastrophenvorsorgestrategien sind unverzichtbar. Gegenüber den 48 Ländern, die 2015 im Anfangsstadium des Sendai-Rahmens nationale und/oder lokale Katastrophenvorsorgestrategien entwickelt oder angenommen hatten, waren es im April 2020 schon 120 Länder.

Anzahl der Länder mit nationalen und/oder lokalen Katastrophenvorsorgestrategien – 2015-2020





Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern

Unmittelbar vor der COVID-19-Pandemie litten 650 Millionen Menschen unter Hunger und rund 2 Milliarden unter Ernährungsunsicherheit. Diese Zahlen steigen seit 2014. Die Krise bedroht die globale Ernährungssicherheit und Ernährung zusätzlich. Engpässe in der Nahrungsmittelversorgung und Konjunkturprobleme haben die Nahrungsmittelsysteme weltweit in Mitleidenschaft gezogen und den Nahrungsmittelzugang gefährdet und so das Ziel, den Hunger zu beenden, in noch weitere Ferne gerückt. COVID-19 hat nährstoffreiche Nahrungsmittel knapper und weniger erschwinglich werden lassen und zum Ausfall von Haushaltseinkommen, zu weniger körperlicher Betätigung und zu Unterbrechungen in der Ernährungsgrundversorgung geführt, was alle Formen von Fehlernährung, insbesondere bei Kindern, verschärfen dürfte. Auch ohne die Auswirkungen von COVID-19 leiden etwa 230 Millionen Kinder an Fehlernährung. Damit der Hunger nicht noch weiter zunimmt,



Schulkinder in der Demokratischen Volksrepublik Laos decken mindestens ein Drittel ihres täglichen Energie- und Nährstoffbedarfs über ein nationales Schulspeisungsprogramm. In armen ländlichen Gebieten arbeiten die Eltern frühmorgens in der Landwirtschaft und haben oft keine Zeit, ihren Kindern Essen in die Schule mitzugeben.

bedarf es dringend rascher Maßnahmen, und damit sich in Zukunft alle Menschen gesund und nachhaltig ernähren können, müssen die Ernährungssysteme umgestaltet werden.

Durch COVID-19 steigen Hunger und Ernährungsunsicherheit noch stärker an

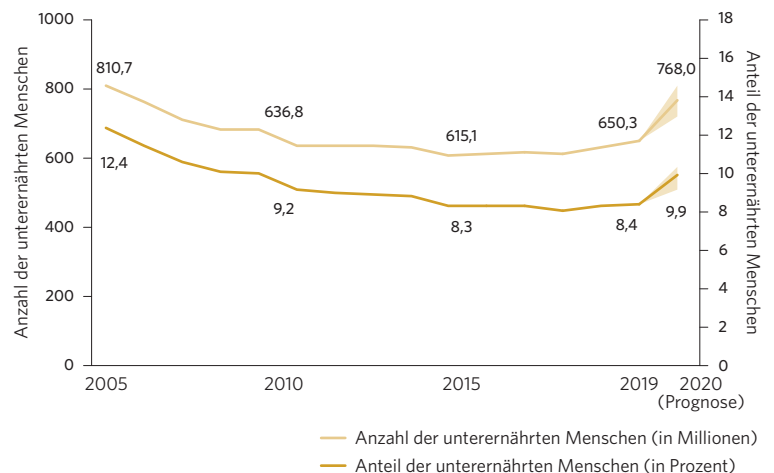
COVID-19 hat aufgrund von Engpässen in der Nahrungsmittelversorgung, Einkommensausfällen, größerer sozialer Ungleichheit, einem veränderten Ernährungsumfeld und Preissteigerungen zusätzliche gravierende Auswirkungen auf Hunger und Ernährungsunsicherheit. 2020 litten zwischen 720 und 811 Millionen Menschen weltweit unter Hunger - bis zu 161 Millionen mehr als 2019.

Die Prävalenz von Unterernährung stieg von 8,4 Prozent im Jahr 2019 auf 9,9 Prozent im Jahr 2020. In Afrika betrifft Hunger 21,0 Prozent der Menschen, verglichen mit 9,0 Prozent in Asien und 9,1 Prozent in Lateinamerika und der Karibik. Mehr als die Hälfte aller Unterernährten lebt in Asien (418 Millionen), mehr als ein Drittel in Afrika (282 Millionen).

Ernährungssicherung geht über die Beendigung des Hungers hinaus. Fast ein Drittel der Menschen weltweit (2,37 Milliarden) war 2020 von moderater oder schwerer Ernährungsunsicherheit betroffen, fast 320 Millionen mehr als 2019. Sie konnten also nur unregelmäßig gesunde und ausgewogene Mahlzeiten zu sich nehmen, ihre Lebensmittel wurden knapp, oder sie hatten im schlimmsten Fall einen oder mehrere Tage lang nichts zu essen. Am größten war die Ernährungsunsicherheit mit 66,2 Prozent in Afrika südlich der Sahara, den schnellsten Anstieg gab es in Lateinamerika und der Karibik, nämlich

von 24,9 Prozent im Jahr 2014 auf 40,9 Prozent im Jahr 2020. Die Prävalenz moderater oder schwerer Ernährungsunsicherheit lag bei Frauen im Jahr 2020 um 10 Prozent höher als bei Männern, verglichen mit einem Unterschied von 6 Prozent im Jahr 2019.

Anzahl und Anteil der unterernährten Menschen weltweit – 2005-2020 (in Millionen und Prozent)



Anmerkung: Die schattierten Bereiche zeigen jeweils den unteren und oberen Rand der geschätzten Spanne, die der statistischen Unsicherheit Rechnung trägt.

Kleinbauern und insbesondere Kleinbäuerinnen sind an vielen Fronten benachteiligt

Nach Erhebungen in 37 Ländern lag die Nahrungsmittelproduktion mehrheitlich – in manchen Ländern bis zu 91 Prozent – in der Hand von Kleinerzeugern. Diese Kleinbäuerinnen und -bauern krisenfester und anpassungsfähiger zu machen, ist unverzichtbar, wenn der Anstieg des Hungers aufgehoben und der Anteil der in extremer Armut lebenden Menschen gesenkt werden soll. Daten aus 11 Ländern zeigen, dass Kleinerzeuger von Nahrungsmitteln gegenüber Großerzeugern eine geringere durchschnittliche Arbeitsproduktivität sowie

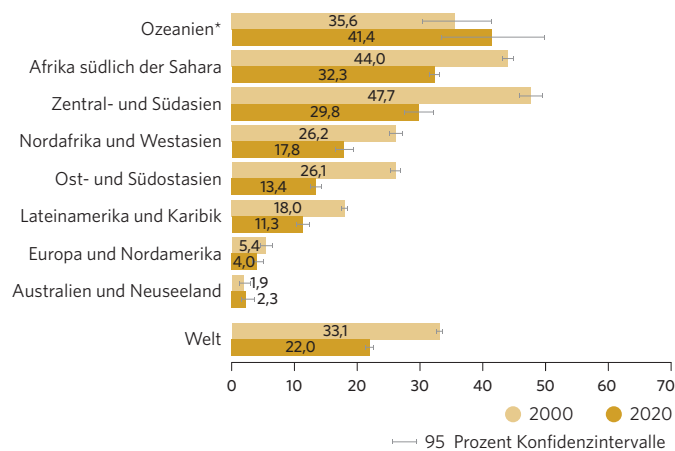
ein zwei- bis dreimal niedrigeres Jahreseinkommen aufweisen. In fast allen untersuchten Ländern lagen Arbeitsproduktivität und Jahreseinkommen für Haushalte mit männlichem Haushaltsvorstand höher als für die mit weiblichem Haushaltsvorstand. So liegt das landwirtschaftliche Einkommen in Haushalten mit weiblichem Haushaltsvorstand in Bangladesch nur bei der Hälfte, in Bulgarien gar nur bei einem Drittel desjenigen von Haushalten mit männlichem Haushaltsvorstand.

Durch die pandemiebedingten Schocks dürfte Wachstumshemmung, von der bereits mehr als ein Fünftel aller Kinder betroffen sind, noch zunehmen

Kinder leiden unter chronischer Wachstumshemmung oder Fehlernährung, wenn sie für ihr Alter zu klein sind. Nach aktuellsten Schätzungen waren 2020 weltweit 22 Prozent (149,2 Millionen) der Kinder unter 5 Jahren wachstumsgehemmt, 2000 waren es 33,1 Prozent und 2015 24,4 Prozent. Allerdings dürften mehr Kinder betroffen sein, da die Pandemie den Zugang zu nährstoffreicher Ernährung und Ernährungsgrundversorgung weiter erschwert. Die vollen Auswirkungen der Krise in diesem Bereich könnten erst nach Jahren zutage treten.

Die drei Regionen mit der höchsten Prävalenz von Wachstumshemmung waren Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland) mit 41,4 Prozent, Afrika südlich der Sahara mit 32,3 Prozent und Zentral- und Südasien mit 29,8 Prozent. Fast drei Viertel aller Kinder mit Wachstumshemmung lebten in den beiden letzteren Regionen, denen deswegen besondere Aufmerksamkeit gelten muss, weil die Pandemie die verwundbarsten Kinder übermäßig stark trifft.

Anteil der Kinder unter 5 Jahren mit Wachstumshemmung – 2000 und 2020¹ (in Prozent)

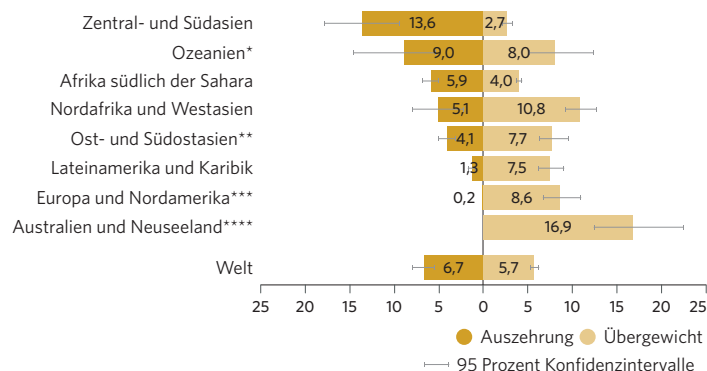


* ohne Australien und Neuseeland

Auszehung und Übergewicht bei Kindern dürften durch COVID-19 noch schlimmer werden

Auszehung ist eine lebensbedrohliche Form von Fehlernährung, bei der das Gewicht für die Größe zu niedrig ist. 2020¹ litten schätzungsweise 45,4 Millionen Kinder unter 5 Jahren (6,7 Prozent) darunter. 38,9 Millionen Kinder dieser Altersgruppe (5,7 Prozent) waren übergewichtig. Auszehung gehört zu den Gesundheitsproblemen, auf die sich COVID-19 kurzfristig am stärksten auswirken wird. Mit sinkendem Vermögen privater Haushalte, knapperen und teureren nährstoffreichen Nahrungsmitteln und Engpässen in der Ernährungsgrundversorgung litten 2020 wohl 15 Prozent mehr Kinder als prognostiziert unter Auszehung. Auch Übergewicht könnte in einigen Ländern zunehmen, in denen frische, nährstoffreiche Nahrungsmittel durch ungesunde ersetzt wurden und Ausgangsbeschränkungen über lange Zeiträume hinweg die Möglichkeiten für körperliche Betätigung schmälerten. In vielen Entwicklungsregionen kommen Auszehung und Übergewicht bei Kindern alarmierend oft gleichzeitig vor. So lag die Prävalenz von Auszehung in Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland) bei 9,0 Prozent und für Übergewicht bei 8,0 Prozent.

Prävalenz von Übergewicht und Auszehung bei Kindern unter 5 Jahren – 2020¹ (in Prozent)



* ohne Australien und Neuseeland

** Schätzwert für Auszehung ohne Japan

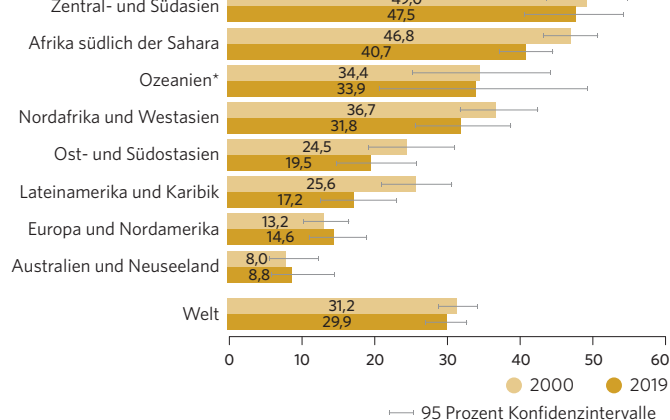
*** Schätzwerte für Auszehung nur für Nordamerika, da nur ein unzureichender Teil der Bevölkerung Europas (< 50 Prozent) erfasst wurde.

**** Schätzwerte für Auszehung nicht verfügbar, da nur ein unzureichender Teil der Bevölkerung (< 50 Prozent) erfasst wurde.

Wie schon vor 20 Jahren ist fast ein Drittel der Frauen im gebärfähigen Alter anämisch

Wenn die Blutkonzentration von Hämoglobin für die physiologischen Bedürfnisse des Körpers nicht ausreicht, spricht man von Anämie. Bei Schwangeren erhöht sie das Risiko für Mutter und Kind. Sie kann auch ein unabhängiger Risikofaktor für einen schweren Verlauf von COVID-19 sein. 2019 lag ihre globale Prävalenz bei Frauen im gebärfähigen Alter bei 29,9 Prozent (mehr als eine halbe Milliarde), bei nicht Schwangeren bei 29,6 Prozent und bei Schwangeren bei 31,2 Prozent. In Zentral- und Südasien ist fast die Hälfte aller Frauen von 15-49 Jahren anämisch. Weltweit ist die Prävalenz von Anämie bei Frauen im gebärfähigen Alter seit 2000 unverändert, könnte jedoch aufgrund pandemiebedingter Unterbrechungen in Gesundheitsversorgung und Ernährungssystemen sowie Konjunkturschwächen steigen. Um Anämie wirksam zu verringern und die bei der Erreichung der globalen Zielvorgabe (Anämie bei Frauen im gebärfähigen Alter bis 2030 um 50 Prozent reduzieren) bestehenden Lücken zu schließen, bedarf es sektorübergreifender Anstrengungen und Interventionsmaßnahmen.

Prävalenz von Anämie bei Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren – 2000 und 2019 (in Prozent)



* ohne Australien und Neuseeland

Anmerkung: Definiert als die Prävalenz einer Hämoglobinkonzentration von unter 110 Gramm pro Liter Blut bei Schwangeren und unter 120 g/l bei nicht schwangeren Frauen.

¹ Die in diesem Abschnitt enthaltenen Schätzungen für 2020 lassen die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie unberücksichtigt, da Haushaltsdaten zu Größe und Gewicht von Kindern aufgrund von Abstandsmaßnahmen in dem Jahr nur bedingt erhoben werden konnten.



Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern

Vor dem Einsetzen von COVID-19 wiesen viele Gesundheitsindikatoren in die richtige Richtung. Die Gesundheit von Müttern und Kindern hatte sich verbessert, mehr Menschen waren geimpft, und übertragbare Krankheiten gingen zurück, wenn auch nicht rasch genug, um die Zielvorgaben bis 2030 zu erreichen. Diese Fortschritte litten durch die Pandemie, deren höchst bedrohliche Folgen über COVID-19 hinausgehen. Etwa 90 Prozent der Länder melden noch immer mindestens eine Unterbrechung der grundlegenden Gesundheitsdienste, und Daten aus einigen Ländern zufolge ist die Lebenserwartung durch die Pandemie gesunken. Es verwundert nicht, dass das Virus benachteiligte Gruppen besonders hart trifft.

Die Pandemie hat gezeigt, wie wichtig allgemeine Gesundheitsversorgung und eine sektorübergreifende Abstimmung bei der gesundheitlichen Notstandsvorsorge sind. Für wirksame politische Maßnahmen



Jemila Tofik, eine Gesundheitsshelferin im Gesundheitszentrum von Logia in Afar (Äthiopien), wird gegen COVID-19 geimpft.

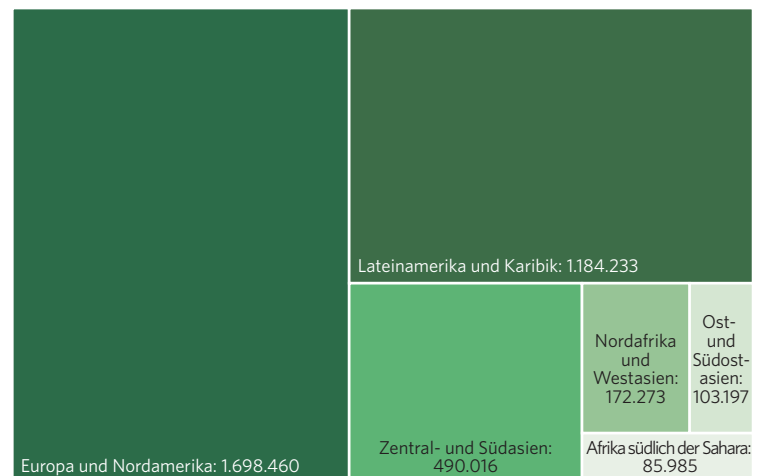
zur Pandemiebekämpfung müssen die Staaten die Erhebung grundlegender demografischer und epidemiologischer Daten verbessern und ausbauen.

Über die Millionen weltweiter Todesfälle hinaus sind die gesundheitlichen Auswirkungen der Pandemie noch nicht voll absehbar

Bis Juni 2021 lag die Zahl der gemeldeten COVID-19-Todesfälle weltweit bei 3,7 Millionen. Mit fast 1,7 Millionen verzeichneten Europa und Nordamerika, gefolgt von Lateinamerika und der Karibik mit etwa 1,2 Millionen und Zentral- und Südasiens mit etwas unter einer halben Million, die höchsten Verluste an Menschenleben.

Bei den Überlebenden kann COVID-19 gesundheitliche Langzeitschäden mit anhaltenden Beeinträchtigungen aufgrund von Lungenfibrose, Herzschäden und psychischen Problemen hervorrufen. Durch den wahllosen Einsatz von Antibiotika während der Pandemie könnte die antimikrobielle Resistenz weiter zunehmen. Es ist noch zu früh, als dass die vorhandenen Daten diesen Auswirkungen Rechnung trügen, doch droht die COVID-19-Pandemie Jahre weltweiter gesundheitlicher Fortschritte aufzuheben. Daten aus Ländern mit verlässlichen und aktuellen Personenstandsstatistiken deuten darauf hin, dass die Pandemie die Lebenserwartung stark gesenkt hat.

Kumulative Zahl gemeldeter COVID-19-Todesfälle – Stand: 8. Juni 2021



Die Pandemie könnte die Fortschritte der letzten zehn Jahre bei der reproduktiven Gesundheit und der Gesundheit von Müttern und Kindern bremsen oder aufheben

Vermeidbare Todesfälle bei Kindern konnten erheblich gesenkt werden. Zwischen 2000 und 2019 halbierte sich weltweit die Sterblichkeit von Kindern unter 5 Jahren von 76 auf 38 Todesfälle je 1.000 Lebendgeburten. Im selben Zeitraum fiel die globale Neugeborenensterblichkeit (in den ersten 28 Lebenstagen) von 30 auf 17 Fälle je 1.000 Lebendgeburten. Dennoch starben 2019 5,2 Millionen Kinder vor dem 5. Lebensjahr; fast die Hälfte von ihnen (2,4 Millionen) im ersten Lebensmonat.

Daten aus den Jahren 2014-2020 zeigen, dass weltweit 83 Prozent aller Geburten von medizinischem Fachpersonal, darunter Arzt- und Pflegepersonal und Hebammen, betreut wurden. Dies ist ein Anstieg um 17 Prozent gegenüber den Jahren 2007-2013. Fortschritte gab es auch bei der Geburtenrate bei Jugendlichen, die zwischen 2000 und 2020 von 56,4 auf 41,2 Geburten je 1.000 Jugendlicher (15-19 Jahre)

sank. Dieser Rückgang war regional stark unterschiedlich und in Zentral- und Südasiens mit einer Abnahme von 70,2 auf 23,7 Geburten je 1.000 Jugendlicher am stärksten ausgeprägt. Der Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter (15-49 Jahre), denen moderne Verhütungsmethoden zur Familienplanung zur Verfügung stehen, ist seit 2015 mit rund 77 Prozent leider unverändert.

Für 2020 meldeten 35 Prozent der Länder Unterbrechungen bei reproduktionsmedizinischen Diensten, Gesundheitsdiensten für Mütter, Neugeborene, Kinder und Jugendliche sowie Ernährungsdiensten. Unterbrechungen dieses Ausmaßes könnten die genannten Fortschritte lähmen oder gar aufheben. Pandemiebedingte Unterbrechungen der Gesundheitsdienste könnten 2020 allein in Südasiens zum Tod von 228.000 Kindern und rund 11.000 Müttern zusätzlich beigetragen haben.

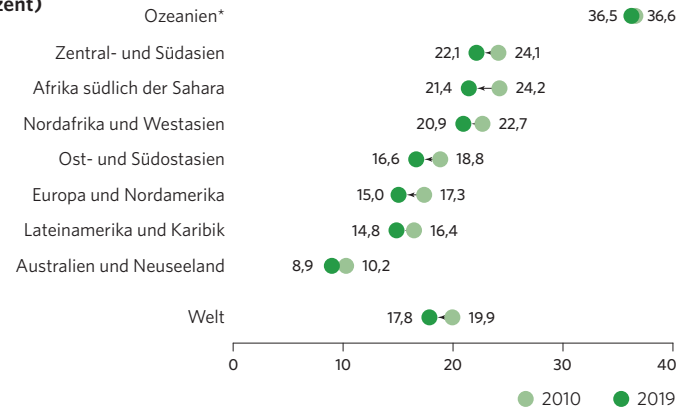
Die COVID-19-Pandemie erhöht die Belastung durch nichtübertragbare Krankheiten

Vor der Pandemie ging die Sterblichkeit aufgrund nichtübertragbarer Krankheiten stetig zurück. Zwischen 2010 und 2019 sank die Wahrscheinlichkeit, im Alter zwischen 30 und 70 Jahren an einer der vier verbreitetsten nichtübertragbaren Krankheiten – Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebserkrankungen, Diabetes und chronische Erkrankungen der Atemwege – zu sterben, von 19,9 auf 17,8 Prozent. Setzt sich dieser seit 2000 rückläufige Trend unvermindert fort, liegen Australien und Neuseeland sowie Europa und Nordamerika auf Zielkurs, die vorzeitige Sterblichkeit aufgrund von nichtübertragbaren Krankheiten um ein Drittel zu senken.

Die COVID-19-Pandemie hat die Probleme, die sich Menschen mit nichtübertragbaren Krankheiten stellen, verschärft. Menschen mit Vorerkrankungen oder diejenigen, die Tabak konsumieren, tragen ein höheres Risiko, schwer an COVID-19 zu erkranken oder zu sterben. Zudem meldeten fast die Hälfte aller Länder mindestens eine Unterbrechung in der Grundversorgung im Bereich nichtübertragbarer Krankheiten. Dadurch könnten Komplikationen und Todesfälle bei

Menschen mit nichtübertragbaren Krankheiten oder entsprechenden Risikofaktoren langfristig stark zunehmen.

Wahrscheinlichkeit, im Alter zwischen 30 und 70 Jahren an einer der vier verbreitetsten nichtübertragbaren Krankheiten zu sterben – 2010 und 2019 (in Prozent)



* ohne Australien und Neuseeland

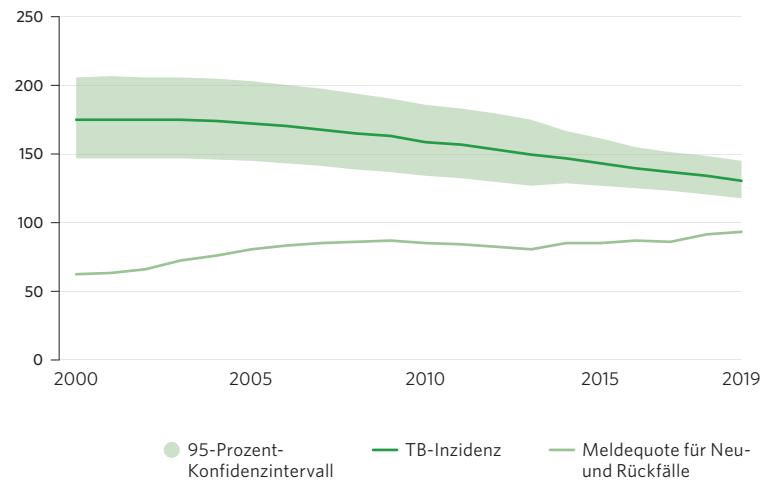
Unterbrechungen bei der Diagnose und Behandlung übertragbarer Krankheiten könnten Jahre gezielter Anstrengungen zunichtemachen

Die weltweite HIV-Inzidenz bei Erwachsenen (15-49 Jahre) sank zwischen 2010 und 2019 von 0,48 Infizierten je 1.000 nicht Infizierter auf 0,37. Dennoch lag die Zahl der 2019 gemeldeten HIV-Neuinfektionen mit 1,7 Millionen beim Dreifachen der globalen Zielvorgabe von weniger als 500.000 bis 2020. Hauptgrund des Scheiterns war der zwischen Regionen, Ländern und Bevölkerungsgruppen innerhalb von Ländern ungleiche Zugang zu HIV-Prävention, -Tests und -Behandlung. Durch die Pandemie sind erhebliche Unterbrechungen in der HIV-Versorgung entstanden.

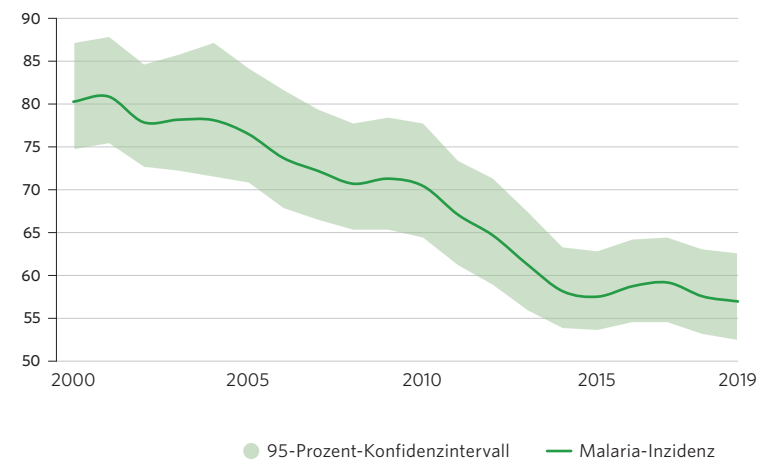
2019 erkrankten etwa 10 Millionen Menschen an Tuberkulose (TB), der führenden Todesursache durch einen einzelnen Erreger. Zwischen 2015 und 2019 sank die TB-Inzidenz weltweit von 142 auf 130 Neu- und Rückfälle je 100.000 Menschen. Mit diesem Rückgang um 8,5 Prozent wurde die Zielvorgabe eines Rückgangs um 20 Prozent zwischen 2015 und 2020 verfehlt. Gegenüber 2019 erhielten 2020 aufgrund der COVID-19-Pandemie etwa 1,4 Millionen weniger TB-Kranke die nötige Behandlung; ein Rückgang um 21 Prozent. In den vier Ländern, auf die 44 Prozent der weltweiten TB-Fälle entfallen – Indien, Indonesien, die Philippinen und Südafrika – wurden zwischen Januar und Juni 2020 im Vorjahresvergleich um 25 bis 30 Prozent weniger TB-Diagnosen gemeldet.

Während die Malaria-Inzidenz zwischen 2000 und 2015 von 80 auf 57 Fälle je 1.000 Risikoträger sank, stagnierte sie zwischen 2015 und 2019. 2019 wurden weltweit etwa 229 Millionen Malaria-Fälle und 409.000 Todesfälle gemeldet. Auf die Region Afrika entfiel 2019 mit 94 Prozent aller Malaria-Fälle und -Todesfälle ein überproportionaler Teil der globalen Malaria-Last. Die globalen Anti-Malaria-Maßnahmen leiden unter Lücken in der Finanzierung und beim Zugang zu lebensrettenden Hilfsmitteln, was sich durch die COVID-19-Pandemie noch verschärfen dürfte. Im ersten Quartal 2021 meldeten 30 bis 40 Prozent der Länder, in denen die Malaria endemisch ist, Unterbrechungen bei der Diagnose und Behandlung. Eine 10-prozentige Einschränkung des Zugangs zu wirksamer Behandlung in Afrika südlich der Sahara könnte zu 19.000 zusätzlichen Todesfällen führen.

Tuberkulose-Inzidenz und -Meldequote – 2000-2019 (Neu- und Rückfälle je 100.000 Menschen)



Malaria-Inzidenz – 2000-2019 (neue Fälle je 1.000 Personen)



Die Pläne der allermeisten Länder zur Bekämpfung von COVID-19 umfassen die Förderung der psychischen Gesundheit

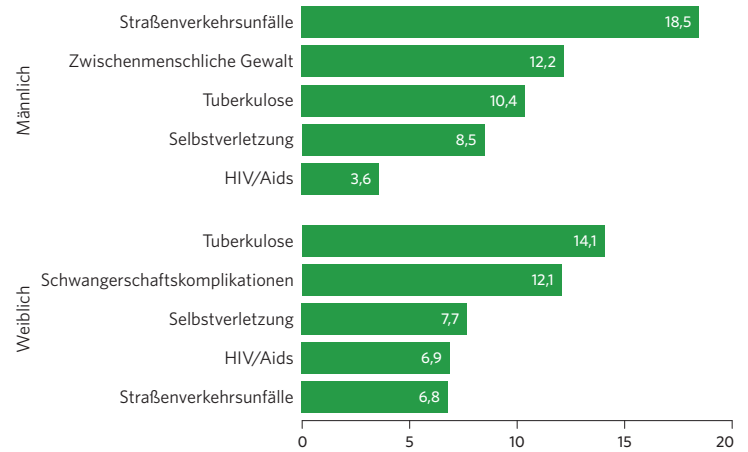
Die weltweite Suizidrate sank zwischen 2000 und 2019 um 36 Prozent; von 14 auf 9 Todesfälle je 100.000 Menschen. Für 2019 wurden weltweit mehr als 700.000 Suizide gemeldet, wobei Männer fast doppelt so häufig wie Frauen betroffen waren. Mit rund 8 Prozent aller Todesfälle bei den 15- bis 29-Jährigen gehört Suizid zu den häufigsten Todesursachen in dieser Altersgruppe. Die Pandemie zeitigt schon jetzt erhebliche Auswirkungen auf die psychische Gesundheit. Laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hatten 90 Prozent aller Länder Anfang 2021 Unterstützung für psychische Gesundheit sowie psychosoziale Unterstützung in ihre Maßnahmenpläne gegen COVID-19 aufgenommen.

Der erhöhte Alkoholkonsum während der Pandemie könnte die physische und psychische Gesundheit beeinträchtigen. 2019 konsumierten Menschen ab 15 Jahren durchschnittlich 5,8 Liter reinen Alkohols pro Kopf. Mit 11 Litern pro Kopf und Jahr liegt der Alkoholkonsum in Europa weltweit am höchsten.

2019 kamen weltweit rund 1,3 Millionen Menschen bei Straßenverkehrsunfällen ums Leben. Dies ist ein Rückgang um 8,3 Prozent gegenüber 2010, nämlich von 18,1 auf 16,7 Todesfälle je 100.000 Menschen. Während der pandemiebedingten Schließungen

und Ausgangssperren fiel das Straßenverkehrsvolumen drastisch. Dennoch sind Straßenverkehrsunfälle die Haupttodesursache für Männer im Alter von 15-29 Jahren und tragen zu 18 Prozent aller Todesfälle in dieser Altersgruppe bei.

Die fünf Haupttodesursachen für Männer und Frauen im Alter von 15-29 Jahren – 2019 (in Prozent)



COVID-19 verschärft Ungleichheiten im Gesundheitsbereich

Aufgrund ihrer besonderen gesundheitlichen und sozioökonomischen Umstände, schlechter Lebensbedingungen und mangelnden Zugangs zu hochwertiger öffentlicher Gesundheitsversorgung trifft COVID-19 ältere und arme Menschen, Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten und ein breites Spektrum schwächerer Bevölkerungsgruppen besonders stark. Darüber hinaus wirken sich die Begleiterscheinungen der Pandemie, die sich aus der weltweiten Konjunkturlaute, sozialer Isolation und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit ergeben, in ungleicher Weise auf ohnehin marginalisierte Menschen aus.

Ältere Menschen: Nach Alter aufgeschlüsselte Länderdaten zeigen, dass 14 Prozent aller bestätigten COVID-19-Fälle, jedoch fast 80 Prozent aller Todesfälle, auf Menschen über 65 entfielen.

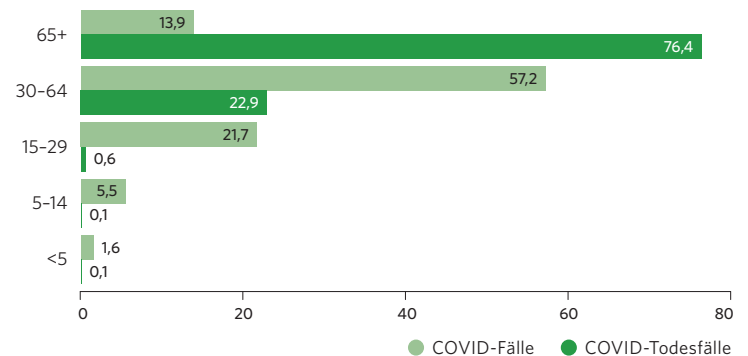
Arme Menschen: Vor der Pandemie lagen die Eigenleistungen für Gesundheitsausgaben für etwa 927 Millionen Menschen oder 12,7 Prozent der Weltbevölkerung bei über 10 Prozent ihres Haushaltsbudgets. Damit wurden fast 90 Millionen Menschen in die extreme Armut gedrängt. Mit dem pandemiebedingten Anstieg der Armut dürften diese Eigenleistungen arme Menschen noch stärker bedrängen als andere Grundbedarfsausgaben wie für Nahrungsmittel und Bildung.

Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten: Die ohnehin schon prekäre Lebens- und Gesundheitssituation dieser Gruppe hat sich durch die Pandemie noch verschlechtert. Etwa 5 Prozent der Befragten begaben sich selbst bei COVID-19-Symptomen nicht in Behandlung. Als Hauptgründe wurden fehlende Mittel, Angst vor Ausweisung, mangelnde Gesundheitsversorgung oder fehlender Anspruch darauf genannt.

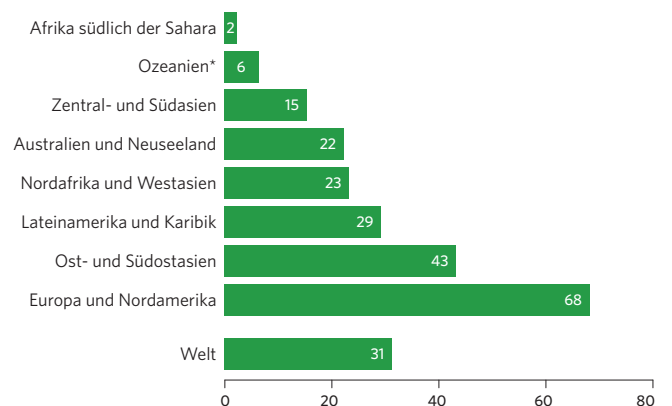
Menschen in Entwicklungsregionen: Der gleichgestellte Zugang zu Impfstoffen, insbesondere zum Schutz prioritärer Bevölkerungsgruppen wie Gesundheitspersonal und Hauptrisikoträger, ist eine der wichtigsten Maßnahmen, die zur Eindämmung der Pandemie und ihrer gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen getroffen werden können. Zum 17. Juni 2021 waren weltweit fast 2,4 Milliarden Dosen an COVID-19-Impfstoffen verabreicht worden. Bei der Verteilung

bestehen jedoch enorme Diskrepanzen: In Europa und Nordamerika erhielten etwa 68 von 100 Menschen eine Impfdosis, wogegen es in Afrika südlich der Sahara weniger als 2 waren.

Altersverteilung der gemeldeten COVID-19-Fälle und -Todesfälle – Januar 2020 mit April 2021 (in Prozent)



Verabreichte Zahl von COVID-19-Impfdosen je 100 Menschen (Stand: 17. Juni 2021)



* ohne Australien und Neuseeland

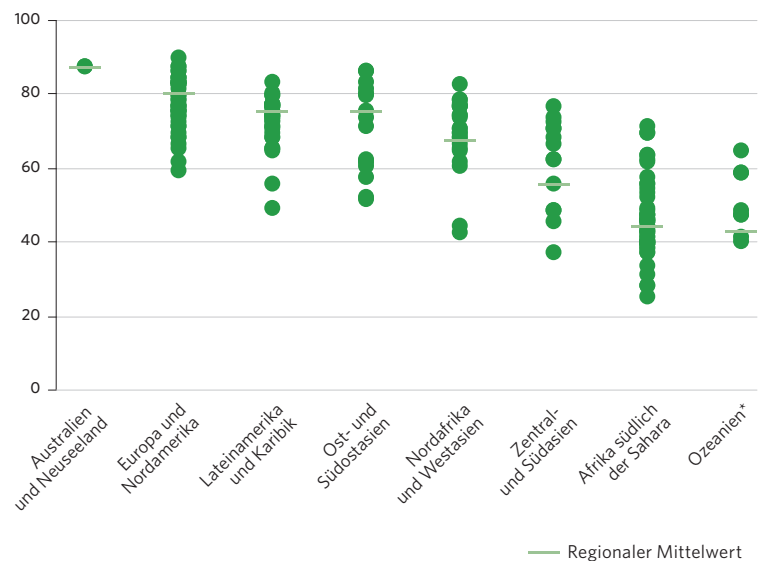
Die Länder sind sehr bemüht, grundlegende Gesundheitsdienste trotz der aktuellen Krise aufrechtzuerhalten

Allgemeine Gesundheitsversorgung ist ein Hauptfaktor für die Verringerung von Ungleichheit und für die Armutsbekämpfung. Sie besagt, dass alle Menschen am Ort und zum Zeitpunkt ihres Bedarfs Zugang zu den für sie notwendigen Gesundheitsdiensten haben, ohne dass ihnen finanzielle Härten entstehen. Sie umfasst die gesamte Grundversorgung, von der Gesundheitsförderung über Prävention und Behandlung bis zu Rehabilitation und Palliativversorgung.

Die Erfassungsdichte hat für alle Regionen und Einkommensgruppen zugenommen, und der Erfassungsindex für allgemeine Gesundheitsversorgung ist zwischen 2000 und 2017 von durchschnittlich 45 v. H. auf 66 v. H. gestiegen. In Afrika südlich der Sahara waren die Fortschritte am größten. Dort stieg der Index zwischen 2000 und 2017 um fast das Doppelte – von 23 auf 44. Die anhaltende COVID-19-Pandemie verschärft die Herausforderungen, mit denen sich Länder mit schwächeren Gesundheitssystemen konfrontiert sehen.

Um die negativen Folgen der Pandemie zu minimieren, unterstützen die meisten Länder die Aufrechterhaltung grundlegender Gesundheitsdienste durch Politiken, Pläne und Mechanismen. Laut der WHO hatten 90 Prozent der Länder, für die Daten vorlagen, ein unabdingbares gesundheitliches Grundversorgungspaket definiert. Fast zwei Drittel hatten Zusatzmittel zur Gewährleistung der Kontinuität dieser Dienste bereitgestellt, und etwa 60 Prozent hatten den Zugang schwächerer Gruppen zu Versorgung sichergestellt.

Erfassungsindex für allgemeine Gesundheitsversorgung – 2017



* ohne Australien und Neuseeland

Gesundheits- und Betreuungskräfte – in vielen Regionen knapp – sind an der Grenze ihrer Belastbarkeit

Gesundheits- und Betreuungskräfte stehen an vorderster Front der Pandemiebekämpfung. Dies ließ insbesondere in Ländern mit wenig Gesundheitspersonal weitere Lücken in der Basisgesundheitsversorgung klaffen. Nach Daten für 2013-2019 kommen in Nordamerika auf 10.000 Menschen mehr als 150 Pflege- und Geburtshilfekräfte und damit mehr als 15-mal so viele wie in Afrika südlich der Sahara und 8-mal so viele wie in Nordafrika und Südasien. Die Ärztedichte in Nordamerika, Ozeanien und Zentralasien liegt bei etwa 25 je 10.000 Menschen, in Afrika südlich der Sahara jedoch nur bei 2 je 10.000.

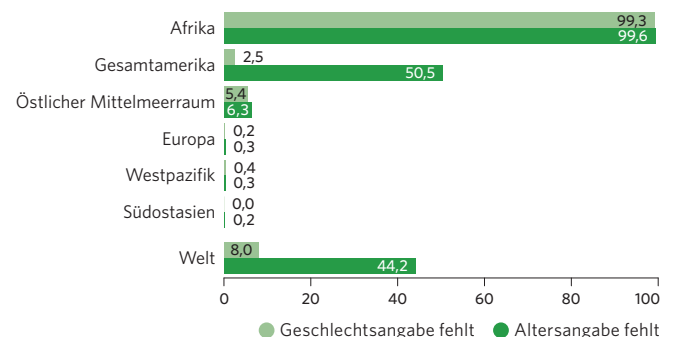
Gesundheits- und Pflegepersonal ist bei seiner Arbeit oft COVID-19 ausgesetzt. An die WHO gemeldete nationale Daten zeigen, dass in den Anfangsmonaten der Pandemie 10 Prozent aller neuen COVID-19-Fälle auf dieses Personal entfielen. Es sieht sich durch COVID-19 schwierigen Arbeits- und psychosozialen Bedingungen ausgesetzt, darunter Stigmatisierung und Diskriminierung, fehlende persönliche Schutzausrüstung, Streiks, Quarantäne und Selbstisolierung.

Der größte Stolperstein beim Verständnis der wahren Auswirkungen von COVID-19 ist der Mangel an Daten

Das Verständnis der wahren Ausmaße und Folgen der COVID-19-Pandemie wird hauptsächlich durch einen Mangel an Daten behindert. In den Jahren 2015-2019 hatten nur 62 Prozent aller Länder ein zu mindestens 75 Prozent vollständiges System zur Registrierung von Todesfällen. Von den Ländern Afrikas südlich der Sahara waren es nicht einmal 20 Prozent. Die Pandemie birgt für viele Systeme der Personenstandsregistrierung weitere Herausforderungen. Nach einer Erhebung der Statistikabteilung der Vereinten Nationen von April/Mai 2020 hatten 13 Prozent der befragten Staaten im Rahmen landesweiter Einschränkungen von Diensten die Personenstandsregistrierung als „nicht systemerhaltend“ eingestuft.

Die Systeme zur Überwachung der öffentlichen Gesundheit haben Enormes geleistet, um COVID-19-Daten an die WHO weiterzumelden, doch Grundattribute wie Alter und Geschlecht fehlen oft. Bei 44 Prozent aller zwischen Januar 2020 und April 2021 gemeldeten Fälle war das Alter nicht ersichtlich, und Angaben zu Geschlecht und Alter fehlten für Länder in Afrika in fast allen Fallmeldungen.

Anteil der Fallmeldungen mit fehlenden Attributen – Januar 2020 mit April 2021 (in Prozent)



Anmerkung: Die Regionalgruppen sind die von der WHO verwendeten.



Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern

COVID-19 hatte für die Bildung und das Wohlergehen von Kindern weltweit verheerende Folgen. Die Fortschritte im Bildungsbereich waren schon vor der Pandemie zu schleppend, um Ziel 4 bis 2030 zu erreichen. Nach einem Jahr der Krise waren noch immer zwei Drittel der Schulkinder von vollständigen oder teilweisen Schulschließungen betroffen, und über 100 Millionen Kinder mehr als zuvor können nicht lesen. Die Krise trifft die ärmsten und gefährdetsten Kinder am härtesten und verschärft so die seit langem bestehende Ungleichheit. Viele dieser Kinder laufen Gefahr, die Schule ganz abzubrechen, und manche werden in Kinderheirat oder Kinderarbeit gezwungen. Zur Überwindung der pandemiebedingten Lernausfälle sind besondere Anstrengungen nötig, doch haben seit Pandemiebeginn etwa 65 Prozent der Länder mit niedrigem und niedrigem mittlerem Einkommen und 35 Prozent der Länder mit höherem mittlerem und hohem Einkommen die Bildungsausgaben gekürzt.



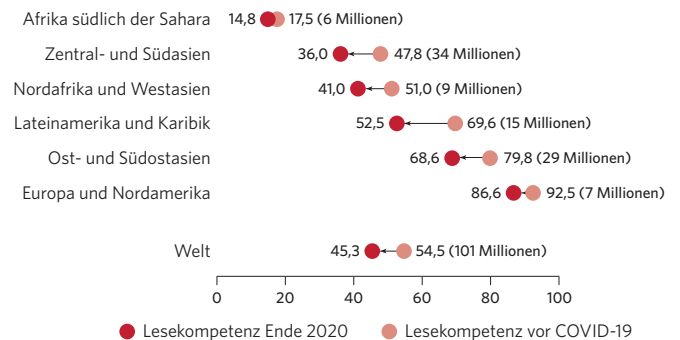
Dank eines Programms für Bildung in Notsituationen erhält ein Junge Radiounterricht. Aufgrund zunehmender Unsicherheit waren ab Mitte 2017 über 9.200 Schulen in acht afrikanischen Ländern für zwei Jahre geschlossen. Damit hatten 1,9 Millionen Kinder keinen Unterricht.

Nach einem Katastrophenjahr für die Bildung bedarf es außergewöhnlicher Maßnahmen, um die Lerndefizite aufzuholen

Schon vor der Pandemie lag die Welt nicht auf Kurs, die Zielvorgaben für Lesen und Mathematik zu erreichen. 2019 konnten nur 59 Prozent der Kinder in der Altersstufe der dritten Klasse lesen. Durch die Pandemie dürften weitere 101 Millionen Kinder (rund 9 Prozent der Kinder in der Grund- und unteren Sekundarstufe) die Mindestlesekompetenz nicht erreichen, womit die Gesamtzahl der zurückfallenden Kinder 2020 auf 584 Millionen stiege. Damit wären die in den letzten 20 Jahren im Bildungsbereich erzielten Fortschritte dahin. Für Mathematik sieht es ähnlich aus.

Fast zwei Drittel der Kinder, die zurückfallen, leben in Zentral- und Südasien sowie in Ost- und Südostasien. Schon vor der Pandemie war das Leistungsniveau in Afrika südlich der Sahara sehr niedrig, und weitere Lernausfälle in dieser Region betreffen wohl Kinder, die ohnehin unter dem Mindestniveau liegen. Dieses Lerndefizit ließe sich bis 2024 aufholen, jedoch nur unter außergewöhnlichen Anstrengungen.

Veränderung der Lesekompetenz von der ersten bis zur achten Klassenstufe – von 2019 auf 2020 (in Prozent und in Millionen Kindern)



Anmerkung: Die Zahlen in Klammern bezeichnen die Kinder, die 2020 unter die Mindestkompetenzschwelle fielen.

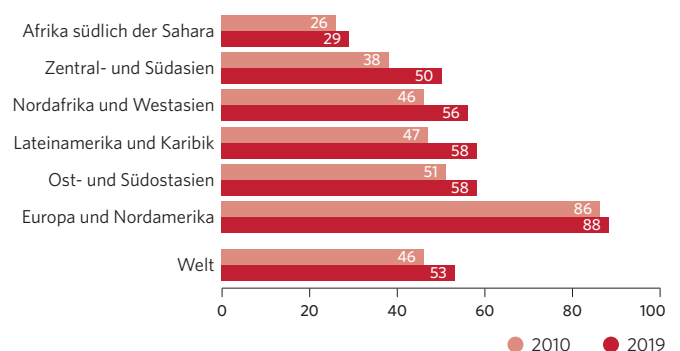
Disparitäten beim Schulabschluss dürften sich besonders für arme oder gefährdete Kinder noch verschärfen

Die Gewährleistung eines Grund- und Sekundarschulabschlusses für alle Kinder kam nur langsam voran. Zwischen 2010 und 2019 stiegen die Abschlussquoten für die Grundschule weltweit von 82 auf 85 Prozent, für die Sekundarstufe von 46 auf 53 Prozent. In Afrika südlich der Sahara stiegen sie von 57 auf 64 Prozent beziehungsweise von 26 auf 29 Prozent, womit diese Region am weitesten zurückliegt.

Die Disparitäten zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen sind nach wie vor hoch. Fast die Hälfte aller Länder mit Daten hatte die Geschlechterparität beim Grundschulabschluss nicht erreicht. Die Disparitäten nach Wohnort und Vermögen sind noch eklatanter: Beim Grundschulabschluss war die Parität zwischen Kindern aus ländlichen und städtischen Gebieten in nur einem Drittel der Länder, und zwischen Kindern aus den ärmsten und den reichsten Haushalten in nur einem Sechstel erreicht. Durch die Pandemie dürfte sich der Fortschritt beim Bildungsabschluss je nach Dauer der Schulschließungen

weiter verlangsamen oder sogar umdrehen. Wachsende Armut und der Übergang zu Fernunterricht sorgen dafür, dass Kinder aus den ärmsten Haushalten und anderen schwächeren Gruppen nicht so leicht am Unterricht teilnehmen können und die Schule häufiger ganz oder für längere Zeit abbrechen.

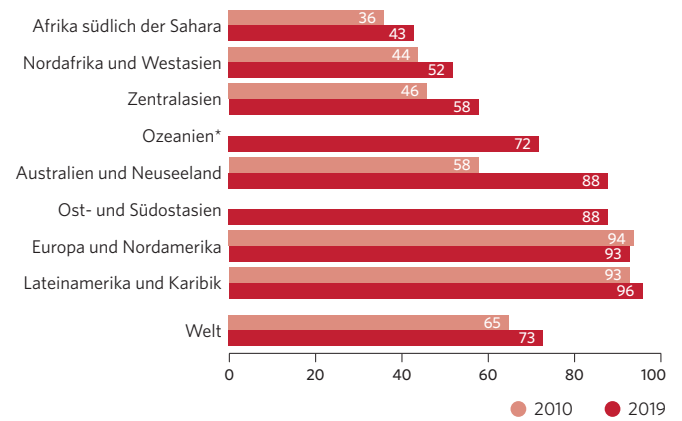
Sekundarschulabschlussquote – 2010 und 2019 (in Prozent)



Die guten Fortschritte bei der frühkindlichen Bildung sind durch die Pandemie zum Erliegen gekommen

Nach Daten von vor der Pandemie (2012-2020) aus 76 Ländern und Hoheitsgebieten mit meist niedrigem und mittlerem Einkommen entwickeln sich rund 70 Prozent der Kinder zwischen 3 und 4 Jahren altersgemäß. Von 2010-2019 stieg die Beteiligungsquote am organisierten Lernen vor der Grundschule (ein Jahr vor dem offiziellen Grundschuleintrittsalter) von 65 auf 73 Prozent, und in allen Regionen herrschte Geschlechterparität. Zwischen den Regionen jedoch gab es erhebliche Abweichungen. So lag die Teilnahmequote an der frühkindlichen Bildung in Afrika südlich der Sahara 2019 bei 43 Prozent, in Lateinamerika und der Karibik bei 96 Prozent. Seit 2020 sind diese Fortschritte in Gefahr, da Kinderbetreuungs- und frühkindliche Bildungseinrichtungen in den meisten Ländern geschlossen waren. Viele Kleinkinder werden jetzt ganz von Eltern oder anderen Betreuungspersonen zu Hause betreut. Erfahren Kinder in den ersten Jahren unsichere Bedingungen oder negative Interaktionen mit Betreuungspersonen und fehlen ihnen angemessene Stimulierung und Lernmöglichkeiten, kann dies ihre späteren Erfolgchancen mindern.

Beteiligungsquote am organisierten Lernen (ein Jahr vor dem offiziellen Grundschuleintrittsalter) – 2010 und 2019 (in Prozent)



* ohne Australien und Neuseeland

Anmerkung: Daten für Südasien und die für 2010 für Ozeanien* und Ost- und Südostasien verfügbaren Daten sind nicht angegeben, da sie nur einen geringen Teil der Bevölkerung erfassen.

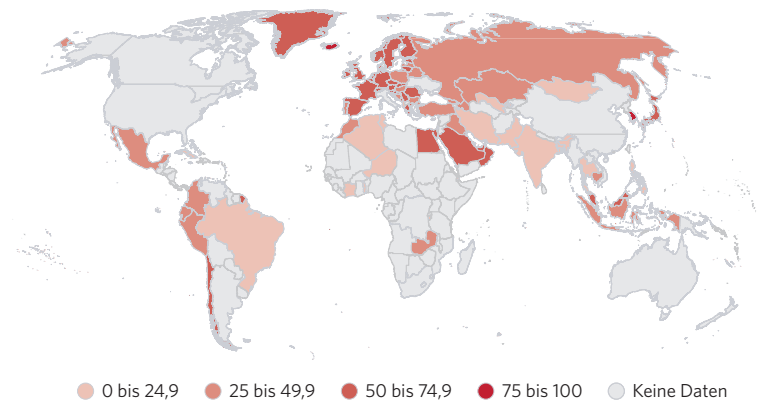
Um Krisenfestigkeit und Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte zu erhöhen, muss die Beteiligung an allgemeiner und beruflicher Weiterbildung steigen

Allgemeine und berufliche Weiterbildung sind der Schlüssel zu besseren Existenzgrundlagen und zu einer Erwerbsbevölkerung, die wirtschaftlichen Schocks gegenüber widerstandsfähig und technologischem Wandel gegenüber anpassungsfähig ist. Vor der Pandemie lag die durchschnittliche Beteiligungsquote von Jugendlichen und Erwachsenen an formaler und nicht formaler Bildung bei nur 25 Prozent, wobei die Spanne unter den 73 Ländern mit Daten erheblich war. In fast der Hälfte der Länder lag die Quote unter 10 Prozent, in den Ländern Europas und Nordamerikas hingegen bei 40 Prozent und mehr. Die Geschlechterparität war in weniger als einem Fünftel der Länder erreicht.

Mit dem durch COVID-19 ausgelösten Übergang auf Fernunterricht und Telearbeit wurde Kompetenz in Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) unverzichtbar. Dennoch hatten nach Daten für 2017-2019 weniger als 40 Prozent der Jugendlichen und Erwachsenen in den vorangegangenen drei Monaten eine der IKT-Grundkenntnisse wie den Versand einer E-Mail mit Anhang eingesetzt. Der Kompetenzgrad variiert zwischen unterschiedlichen Berufs- und

anderen Gruppen stark; die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind im Vergleich jedoch gering, insbesondere bei Jüngeren.

Anteil der Jugendlichen und Erwachsenen mit IKT-Grundkenntnissen – letztes verfügbares Jahr zwischen 2017 und 2019 (in Prozent)



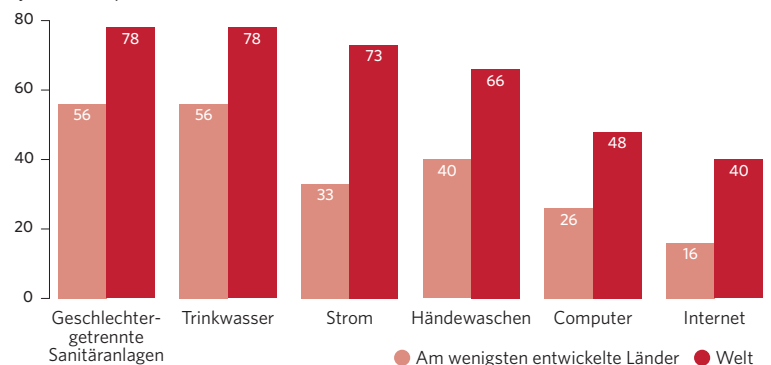
Anmerkung: Die in dieser Karte abgebildeten Grenzlinien und Namen und verwendeten Bezeichnungen implizieren weder offizielle Unterstützung noch Akzeptanz durch die Vereinten Nationen.

Ein besserer Wiederaufbau kann mit einer schulischen Basisinfrastruktur beginnen, die in vielen Ländern fehlt

Eine bessere schulische Basisinfrastruktur ist für die Wiederöffnung der Schulen, ein erster Schritt hin zur Überwindung von COVID-19, entscheidend. Daten für 2016-2019 zeigen, dass weltweit mehr als ein Fünftel der Grundschulen weder über eine einfache Trinkwasserversorgung noch über geschlechtergetrennte Toiletten verfügte, in mehr als einem Drittel eine einfache Gelegenheit zum Händewaschen fehlte und ein Viertel keinen Strom hatte. Noch knapper war es um Internetanschlüsse und Computer bestellt. Schulen in den am wenigsten entwickelten Ländern stehen vor den größten Herausforderungen. Fast die Hälfte aller Grundschulen hatte dort keine geschlechtergetrennten Toiletten – ein wichtiger Faktor für den Schulbesuch von Mädchen –, und mehr als zwei Drittel hatten keinen Strom. Die Pandemie hat gezeigt, wie wichtig angemessene Sanitäreinrichtungen für die Sicherheit der Kinder in der Schule sind, und wie notwendig eine IKT-Infrastruktur ist, um Fernunterricht zu erleichtern. Sie hat auch die Bedeutung weiterer Infrastrukturmaßnahmen wie ausreichend große Klassenzimmer, Luftfilter in Schulgebäuden sowie Heimzugang zu Computern und

Internet unterstrichen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise auf Bildungshaushalte und Investitionen dürften den Ländern, insbesondere den ärmsten, Fortschritte in diesem Bereich erschweren.

Anteil der Schulen mit Basisinfrastruktur – jeweils aktuellste Werte 2016-2019 (in Prozent)





Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen

Die Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter haben unter den sozialen und wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie gelitten: Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist angestiegen; Kinderheiraten dürften nach dem Rückgang der letzten Jahre zunehmen, und ein übermäßiger Teil der Arbeitsplatzverluste und der Mehrarbeit in der häuslichen Betreuung entfällt auf Frauen. In der Pandemie wurde deutlich, dass die weltweite Ungleichheit zwischen den Geschlechtern rasch angegangen werden muss. Frauen spielen als Gesundheitsfachkräfte an vorderster Front, in Betreuung und Pflege sowie in der Organisation und Leitung von Maßnahmen zur Überwindung von COVID-19 eine zentrale Rolle. Dennoch sind sie in Führungspositionen nach wie vor unterrepräsentiert, und ihre Rechte und Prioritäten werden bei der Bekämpfung und Überwindung der Krise oft nicht konkret



Frauen aus ganz Afrika lassen sich im Rahmen eines sechsmo-
natigen Programms zur Solartechnikerin ausbilden. Auf dem
Foto sind Kursabsolventinnen aus Liberia und Malawi zu sehen.

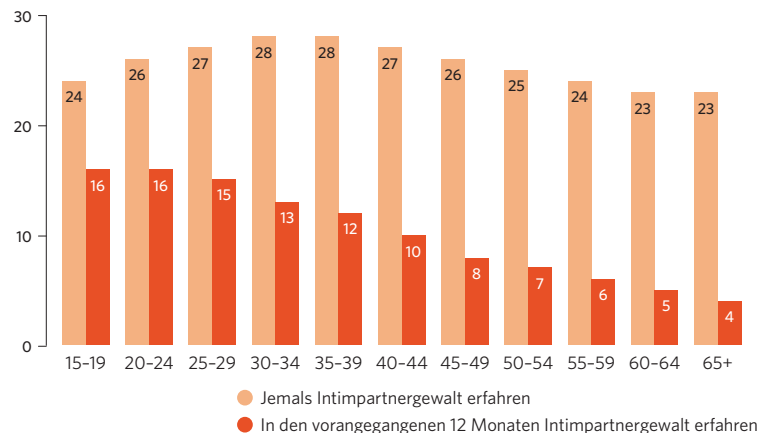
berücksichtigt. Die Krise bietet eine Chance, Systeme, Gesetze, Politik und Institutionen so um- und auszugestalten, dass die Gleichstellung der Geschlechter gefördert wird.

Gewalt gegen Frauen ist nach wie vor viel zu häufig und hat während der Pandemie noch zugenommen

Beinahe jede dritte Frau (736 Millionen) hat seit dem Alter von 15 Jahren mindestens einmal körperliche und/oder sexuelle Gewalt erlitten, meist durch einen Intimpartner. Gewalt durch Intimpartner beginnt früh. Von den 15- bis 19-jährigen Mädchen und Frauen, die schon einmal verheiratet waren oder einen Partner hatten, haben fast 24 Prozent diese Gewalt erfahren; bei den 20- bis 24-jährigen sind es 26 Prozent.

Gewalt in Paarbeziehungen ist regional unterschiedlich verbreitet. In Regionen mit niedrigem und niedrigem mittlerem Einkommen ist sie durchweg häufiger als in Regionen mit hohem Einkommen. Dies geht wohl auf die Schwierigkeiten zurück, die Frauen beim Verlassen von Missbrauch geprägter Beziehungen häufig haben, darunter unzureichende wirtschaftliche Mittel, begrenzt verfügbare und zugängliche formelle Unterstützungsdienste, schwache soziale Unterstützungsnetze und Angst vor den Folgen gesellschaftlicher Stigmatisierung. Die Pandemie hat die Probleme von Frauen in solchen Beziehungen noch verschärft.

Globale Prävalenz körperlicher und/oder sexueller Intimpartnergewalt gegen Frauen, nach Altersgruppe – 2000-2018 (in Prozent)



COVID-19 gefährdet die weltweiten Fortschritte bei der Bekämpfung der Kinderheirat

In den letzten zehn Jahren sind Kinderheiraten deutlich zurückgegangen. Weltweit sank der Anteil junger Frauen, die im Kindesalter verheiratet wurden, um 15 Prozent oder von fast einem Viertel auf ein Fünftel. So wurde die Verheiratung von etwa 25 Millionen Mädchen abgewandt. Die tiefgreifenden Auswirkungen der COVID-19-Pandemie erhöhen jedoch mit ihrer Kombination aus wirtschaftlichen Schocks, Schulschließungen und Unterbrechungen in der reproduktionsmedizinischen Versorgung für Mädchen das Risiko einer Frühverheiratung. Nach älteren Prognosen wären in den kommenden zehn Jahren bis zu 100 Millionen Mädchen im Kindesalter verheiratet worden, doch durch die Pandemie dürften es bis zu 10 Millionen mehr sein. Die meisten pandemiebedingten Kinderheiraten sind in naher Zukunft zu erwarten, doch ihre Auswirkungen dürften sich mindestens über das nächste Jahrzehnt ziehen.

Aufgrund der Pandemie leisten Frauen noch mehr unbezahlte Arbeit und werden zudem aus dem Erwerbsleben verdrängt

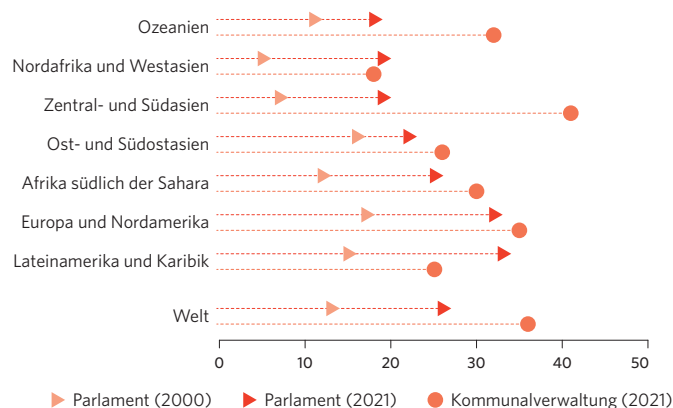
Zwischen 2001 und 2019 in 90 Ländern und Gebieten erhobene Daten zeigen, dass Frauen pro Tag durchschnittlich etwa 2,5-mal mehr Zeit mit unbezahlter Haus- und Betreuungsarbeit verbringen wie Männer. Für Frauen wie Männer ist das Pensum an unbezahlter Arbeit während der Krise gestiegen, doch Frauen leisten einen unverhältnismäßig höheren Anteil. Außerdem scheiden mehr Frauen als Männer aus dem Erwerbsleben aus, um Kinder zu betreuen. Einer 16 Länder umfassenden Studie zufolge hat sich der Zeitaufwand für die Kinderbetreuung sowohl für Frauen (von 26 Wochenstunden vor der Pandemie auf 31) als auch für Männer (von 20 auf 24 Wochenstunden) erhöht. Nach Angaben aus Brasilien, Chile, Costa Rica und Mexiko ist die Erwerbsbeteiligung bei den in einer Partnerschaft lebenden Frauen mit Kindern stärker zurückgegangen als bei den Männern, insbesondere bei Frauen mit Kindern unter 6 Jahren.

Die zur Überwindung von COVID-19 so wichtige gleichberechtigte Teilhabe der Frauen an Entscheidungsprozessen liegt immer noch in weiter Ferne

Die Pandemie hat die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern verschärft, und sie gefährdet die Fortschritte bei der Stärkung der Frauen. Frauen werden mehr denn je als gleichberechtigte Partnerinnen bei der Ausarbeitung geschlechtergerechter Gesetze, Strategien und Haushaltspläne benötigt, um den Wiederaufbau zum Besseren und eine Agenda zu gewährleisten, die im privaten wie im öffentlichen Bereich zu einem Wandel im Verhältnis zwischen den Geschlechtern führt. Zum 1. Januar 2021 war die Geschlechterparität jedoch bei weitem nicht erreicht: Der durchschnittliche Frauenanteil in den Unterhäusern der nationalen Parlamente und in Einkammerparlamenten betrug weltweit nur 25,6 Prozent, in lokalen Vertretungsorganen 36,3 Prozent. Damit hält der langsame Aufwärtstrend an, doch würde es bei diesem Tempo nicht weniger als 40 Jahre dauern, bis in den nationalen Parlamenten Geschlechterparität herrscht. Einen Frauenanteil von mindestens 40 Prozent haben in den Unterhäusern bzw. Einkammerparlamenten 23 Länder erreicht; in den Kommunalverwaltungen 22 Länder. Diese Fortschritte gingen zumeist auf Quotenregelungen zurück. 2020 hatten Frauen in Ländern mit gesetzlichen Quoten 27,4 Prozent der Parlamentssitze inne, in Ländern ohne Quotenregelung dagegen nur 15,6 Prozent. Auf lokaler Ebene erhöhten gesetzliche Quoten den Frauenanteil um 7 Prozentpunkte.

Obwohl Frauen 2019 fast 39 Prozent der globalen Erwerbsbevölkerung ausmachten, besetzten sie nur 28,2 Prozent der Führungspositionen und damit gerade einmal 3 Prozentpunkte mehr als im Jahr 2000. Nun drohen die übermäßigen Auswirkungen der Pandemie auf erwerbstätige Frauen, insbesondere Unternehmerinnen, die ohnehin geringen Fortschritte beim Abbau des weltweiten Geschlechtergefälles in Führungspositionen wieder zunichtezumachen.

Sitzanteil der Frauen in Parlamenten und Kommunalverwaltungen – 2000 und 2021 (in Prozent)



Durch diskriminierende Gesetze und Gesetzeslücken werden Frauen nach wie vor ihre Menschenrechte verwehrt

Laut Daten, die 2020 in 95 Ländern für vier Rechtsgebiete erhoben wurden, hindern diskriminierende Gesetze und Gesetzeslücken Frauen nach wie vor am vollen Genuss ihrer Menschenrechte. Im Bereich übergeordnete Rechtsrahmen und öffentliches Leben hatten über die Hälfte der Länder mit Daten keine Frauenquote im nationalen Parlament, und in fast einem Fünftel bestanden nach wie vor diskriminierende Staatsangehörigkeitsgesetze. Im Bereich Gewalt gegen Frauen sahen 83 Prozent der Länder Haushaltsmittel für die Umsetzung von Gesetzen zur Bekämpfung dieser Gewalt vor, doch in 63 Prozent wurde Vergewaltigung im Gesetz nicht nach dem

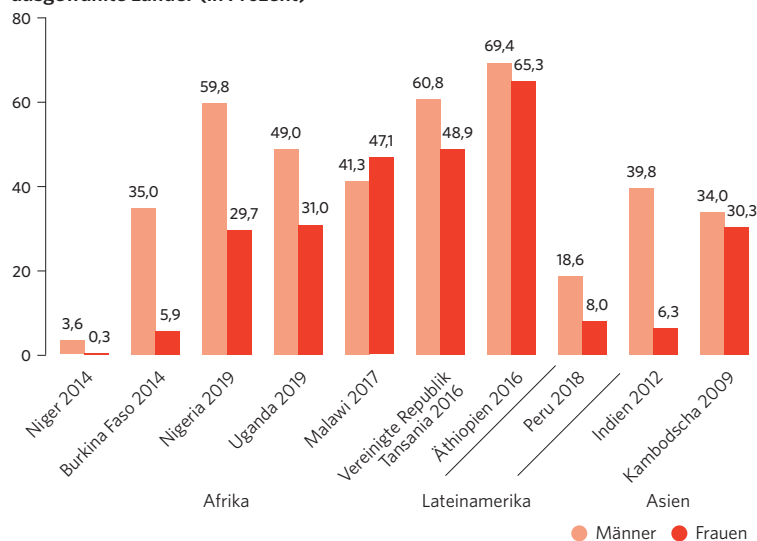
Grundsatz der Einwilligung definiert. Im Bereich Beschäftigung und wirtschaftliche Vorteile hatten über 90 Prozent der Länder eine geschlechtsbedingte Diskriminierung in der Beschäftigung verboten, doch in beinahe der Hälfte waren Frauen nach wie vor von bestimmten Arbeitsplätzen oder Branchen ausgeschlossen. Im Bereich Ehe und Familie waren Frauen in fast einem Viertel der Länder bei der Eheschließung und der Einleitung einer Scheidung nicht mit Männern gleichberechtigt, und in drei Vierteln der Länder war 18 nicht ausnahmslos als Mindestalter für die Eheschließung für Frauen und Männer festgelegt.

Gleichberechtigter Zugang zu Grund und Boden für Frauen wäre ein großer Beitrag zur Linderung von Armut und Ernährungsunsicherheit

Für die wirtschaftliche Selbstbestimmung der Frauen ist Eigentum an oder Verfügungsgewalt über Grund und Boden entscheidend. Grundeigentum verschafft Frauen zahlreiche Vorteile, da es ihre Verhandlungsposition im häuslichen Bereich und in der Wirtschaft stärkt. Diese Vorteile kommen nicht nur Frauen zugute. Aus Studien geht hervor, dass der gleichberechtigte Zugang von Frauen zu Grund und Boden Armut und Ernährungsunsicherheit weltweit deutlich verringern würde.

Diese Vision ist jedoch von der Realität noch weit entfernt. In den meisten Ländern haben weniger als 50 Prozent der in der Landwirtschaft tätigen Frauen und Männer Eigentum oder sichere Rechte an landwirtschaftlichen Flächen, und in 9 der 10 bewerteten Länder haben noch weniger Frauen diese Rechte. Grundeigentum liegt nicht immer mehrheitlich in der Hand der Männer, doch in 7 der 10 Länder mit Daten ist dies die bei weitem häufigste Situation. In fünf dieser Länder ist der Männeranteil am Grundeigentum mindestens doppelt so hoch wie der Frauenanteil.

Anteil der Frauen bzw. Männer an der erwachsenen Agrarbevölkerung, die über Eigentum oder sichere Rechte an landwirtschaftlichen Flächen verfügen – ausgewählte Länder (in Prozent)





Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten

Milliarden Menschen in aller Welt sind ohne sicher verwaltete Trinkwasser-, Sanitär- und Hygieneversorgung. Wie sich gezeigt hat, ist der allgemeine Zugang zu dieser Versorgung notwendig, um die Pandemie zu bekämpfen und auf gesunde, umweltgerechte und nachhaltige Weise zu überwinden.

Wasser wird sektorübergreifend zur Erzeugung von Nahrungsmitteln, Energie, Gütern und Dienstleistungen benötigt. In den letzten 100 Jahren ist der weltweite Wasserverbrauch mehr als doppelt so schnell gewachsen wie die Bevölkerung. Viele Quellen versiegen und/oder sind zunehmend verschmutzt. Nicht nur Wasserstress und -verschmutzung sind ein Problem, sondern auch wachsende Herausforderungen durch geschädigte Wasserökosysteme, Wasserknappheit durch Klimawandel, Minderinvestitionen in Wasser- und Sanitärversorgung sowie mangelnde Kooperation in Bezug auf



Dank eines Gemeinschaftsprojekts der Internationalen Arbeitsorganisation und der Regierung Japans haben mehr als 100 Haushalte und 1.600 Schulkinder in Süd-Upi in Maguindanao (Philippinen) nun besseren Zugang zu einwandfreiem Wasser.

grenzüberschreitende Gewässer. Die Welt läuft Gefahr, Ziel 6 nicht zu erreichen. Das Fortschrittstempo muss drastisch steigen, und die Wasserbewirtschaftung muss dringend integrierten, ganzheitlichen Ansätzen folgen.

Der allgemeine Zugang zu Trinkwasser, Sanitärversorgung und Hygiene ist für die Bekämpfung von COVID-19 grundlegend

Zwischen 2015 und 2020 stieg der Anteil der Weltbevölkerung, der eine sicher verwaltete Trinkwasserversorgung nutzt, von 70,2 auf 74,3 Prozent, wobei der zahlenmäßige Zuwachs in Zentral- und Süd-asien am höchsten lag. Dennoch hatten 2020 noch immer 2 Milliarden Menschen keine sicher verwaltete, und 771 Millionen von ihnen nicht einmal eine einfache Trinkwasserversorgung. Die Hälfte dieser Gruppe (387 Millionen) lebt in Afrika südlich der Sahara.

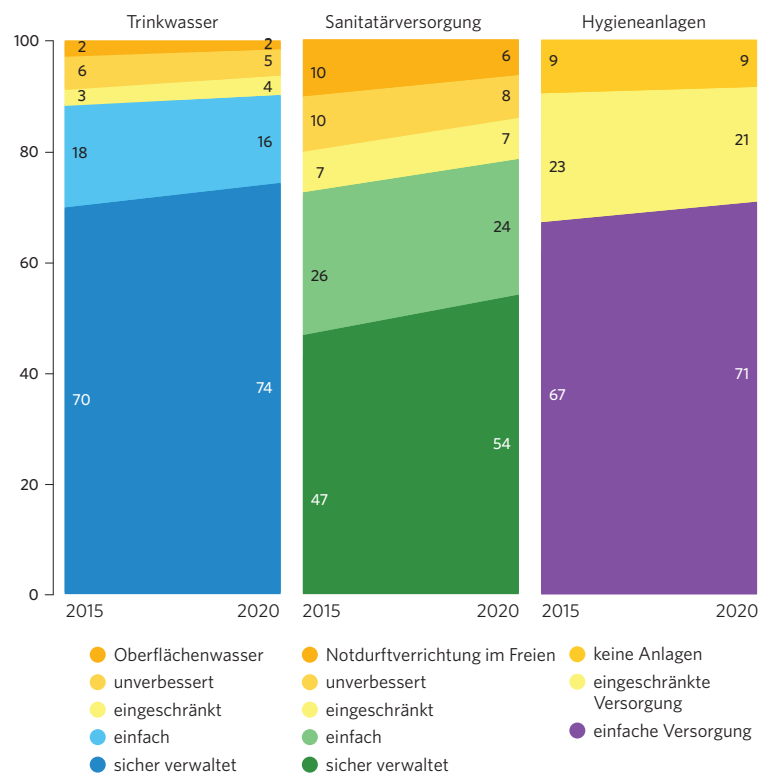
Der Anteil der Weltbevölkerung, der eine sicher verwaltete Sanitärversorgung nutzt, stieg zwischen 2015 und 2020 von 47,1 auf 54 Prozent. Dennoch hatten 2020 noch immer 3,6 Milliarden Menschen keine sicher verwaltete, und 1,7 Milliarden von ihnen nicht einmal eine einfache Sanitärversorgung. Von diesen wiederum verrichteten 494 Millionen ihre Notdurft im Freien. 2015 waren es noch 739 Millionen gewesen. Die Welt liegt zwar auf Kurs, die Notdurftverrichtung im Freien bis 2030 zu beseitigen, doch um bis dahin einen allgemeinen Zugang zu einer sicher verwalteten Sanitärversorgung zu schaffen, muss sich das derzeitige Fortschrittstempo vervierfachen.

Der Anteil der Weltbevölkerung mit einfacher Hygieneversorgung stieg zwischen 2015 und 2020 von 67,3 auf 70,7 Prozent. Damit hatten zu Pandemiebeginn 2,3 Milliarden Menschen (ein Drittel der Weltbevölkerung) zu Hause nach wie vor keine einfache Gelegenheit zum Händewaschen mit Wasser und Seife, und 670 Millionen hatten überhaupt keine Gelegenheit zum Händewaschen.

Der allgemeine Zugang zu Wasser-, Sanitär- und Hygieneversorgung darf nicht nur die Haushalte umfassen. 2019 hatten weltweit nur zwei Drittel aller Schulen eine einfache Trinkwasser- und Sanitärversorgung, und drei Fünftel eine einfache Hygieneversorgung. Damit fehlte zu Beginn der COVID-19-Pandemie 818 Millionen Kindern in der Schule eine einfache Gelegenheit zum Händewaschen. In den am wenigsten entwickelten Ländern hatte 2019 nur die Hälfte der Gesundheitseinrichtungen eine einfache Wasserversorgung, zwei

Fünftel hatten eine einfache Sanitärversorgung, und drei Viertel eine einfache Hygieneversorgung. Für einen besseren Wiederaufbau nach der COVID-19-Krise müssen die Regierungen rascher für den Zugang aller Menschen zu Trinkwasser-, Sanitär- und Hygieneversorgung sorgen.

Globale Trinkwasser- und Sanitärversorgung und Hygieneanlagen – 2015 und 2020 (in Prozent)



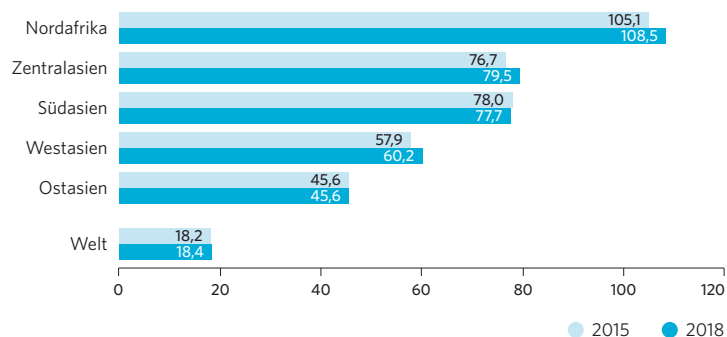
Der Wasserstress steigt in Subregionen, in denen er ohnehin hoch oder kritisch ist

Wenn ein Land oder Hoheitsgebiet mindestens 25 Prozent seiner erneuerbaren Süßwasserressourcen entnimmt, spricht man von Wasserstress. Dieses Problem betrifft Länder aller Kontinente. 2018 lebten 2,3 Milliarden Menschen in Ländern mit Wasserstress; 721 Millionen von ihnen in Ländern mit hohem oder kritischem Wasserstress. In einigen Subregionen mit ohnehin hohem oder sehr hohem Wasserstress – darunter Nordafrika, Zentralasien und Westasien – stieg er zwischen 2015 und 2018 um mehr als 2 Prozent an.

Ein Weg zur Verringerung von Wasserstress ist eine höhere Wassernutzungseffizienz. Diese stieg zwischen 2015 und 2018 um 10 Prozent, nämlich von 17,30 USD/m³ auf 19,00 USD/m³. Sie ist seit 2015 in allen Wirtschaftssektoren gestiegen, und zwar um 15 Prozent in der Industrie und um je 8 Prozent in der Landwirtschaft und im Dienstleistungssektor. Um vor allem in den Regionen, in denen hoher bis kritischer Wasserstress (über 75 Prozent) herrscht oder droht,

Wasser zu sparen und die Wassernutzungseffizienz zu erhöhen, sind mehr konkrete Maßnahmen erforderlich.

Grad an Wasserstress: Süßwasserentnahme im Verhältnis zu den gesamten verfügbaren Süßwasserressourcen, Regionen mit hohem und sehr hohem Wasserstress – 2015 und 2018 (in Prozent)



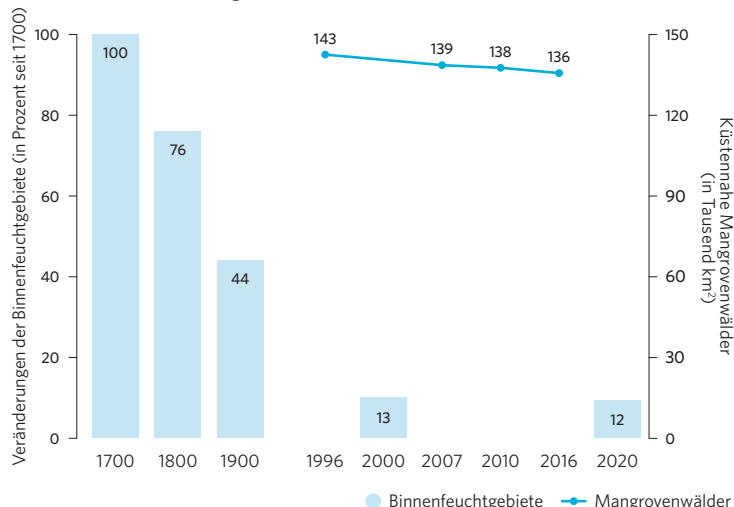
Drastische Veränderungen der Süßwasser-Ökosysteme mahnen zu dringendem Handeln

Wasserökosysteme spielen eine ökologische Schlüsselrolle und bieten unverzichtbare Güter und Dienstleistungen, doch vollziehen sich in Süßwasser-Ökosystemen drastische Veränderungen. In einem Fünftel aller Flussbecken nimmt die Ausdehnung des Oberflächenwassers entweder rasch zu oder ab. Die Wasserqualität der Seen ist weltweit schlecht: Fast ein Viertel der 2019 geprüften 2.300 großen Seen war stark bis extrem getrübt. Starke Wassertrübung kann die Gesundheit von Menschen und Ökosystemen beeinträchtigen. Nach Daten von 2019 für 10 Prozent der großen Seen der Welt leben mindestens 21 Millionen Menschen, darunter 5 Millionen Kinder, höchstens 5 km von stark getrühten Seen entfernt.

Natürliche Feuchtgebiete gehen weltweit schon lange zurück. Gegenüber vorindustrieller Zeit dürfte der Verlust bei über 80 Prozent liegen. Binnen-, Meeres- und Küstenfeuchtgebiete schrumpften zwischen 1970 und 2015 um je etwa 35 Prozent und damit dreimal so stark wie Waldgebiete. Küstennahe Mangrovenwälder gingen zwischen 1996 und 2016 weltweit um 4,9 Prozent zurück. Der Schutz und die

Wiederherstellung von Wasserökosystemen müssen dringend ausgeweitet und beschleunigt werden.

Verlust an Binnenfeuchtgebieten über drei Jahrhunderte – 1700-2020 (in Prozent) – und an küstennahen Mangrovenwäldern – 1996-2016 (in Tausend km²)



Um alle grenzüberschreitenden Wassereinzugsgebiete bis 2030 durch operative Vereinbarungen zu erfassen, muss viel rascher gehandelt werden

Zur Förderung von regionaler Integration, Frieden und nachhaltiger Entwicklung, zur Ausräumung regionaler Sicherheitsprobleme und zur Anpassung an Klimaänderungen ist eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Wasserbereich unverzichtbar. Weltweit teilen sich 153 Länder Flüsse, Seen und Grundwasserleiter, doch erfassten operative Vereinbarungen zur Zusammenarbeit im Wasserbereich 2020 in nur 24 Ländern alle grenzüberschreitenden Einzugsgebiete und in weiteren 22 mehr als 70 Prozent. Im Durchschnitt sind nur 58 Prozent der grenzüberschreitenden Wassereinzugsgebiete von solchen Vereinbarungen erfasst. In Europa und Nordamerika sowie in Afrika südlich der Sahara ist die Erfassungsdichte am höchsten.

Trotz der COVID-19-Pandemie legten 2020 128 der 153 Länder mit grenzüberschreitenden Wassereinzugsgebieten Nationalberichte zum Stand ihrer Kooperationsvereinbarungen vor. Damit bis 2030 alle grenzüberschreitenden Flüsse, Seen und Grundwasserleiter von operativen Vereinbarungen erfasst sind, bedarf es rascherer Fortschritte.

Bei der integrierten Bewirtschaftung der Wasserressourcen, die für die künftige Nachhaltigkeit entscheidend ist, liegen Länder zurück

Um einen Interessenausgleich im Wasserbereich zu erreichen, haben viele Länder ihre entsprechenden Gesetze und Institutionen gestärkt und einschlägige Leitlinien erarbeitet. Die durchschnittliche Umsetzungsquote für die integrierte Bewirtschaftung der Wasserressourcen stieg zwischen 2017 und 2020 weltweit von 49 auf 54 Prozent. Das aktuelle Fortschrittstempo muss sich verdoppeln, andernfalls werden 129 Länder das Ziel nachhaltig bewirtschafteter Wasserressourcen bis 2030 verfehlen. Zu diesem Zweck müssen die Länder auf ihren Multi-Akteur-Überwachungsprozessen aufbauen, um die Haupthindernisse zu verstehen und Vorrangmaßnahmen zu ermitteln. In vielen Ländern haben die pandemiebedingten Online-Konsultationen tatsächlich die Einbindung von mehr Akteuren in die Bewirtschaftung der Wasserressourcen bewirkt. Zu den wichtigsten gemeinsamen Prioritäten gehören die Schaffung nachhaltiger Finanzierungsmechanismen und die Verbesserung der Bewirtschaftung und Überwachung von Einzugsgebieten und Grundwasserleitern auf der Basis hydrologischer statt administrativer Grenzverläufe.



Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern

In den letzten zehn Jahren wurden der Stromzugang ausgeweitet, im Elektrizitätssektor verstärkt erneuerbare Energien genutzt und die Energieeffizienz erhöht. Doch noch immer sind Millionen Menschen ohne Strom, und ein Drittel der Weltbevölkerung hat keine sauberen Brennstoffe und Technologien zum Kochen. Die Fortschritte beim Energiezugang waren regional unterschiedlich, was die Schwächsten noch weiter zurückfallen ließ.

Die Pandemie hebt Fortschritte auf und kostet Millionen Menschen den Stromzugang. Zudem werden sich Technologien für saubere Energie aufgrund des Verfalls der Erdöl- und Erdgaspreise voraussichtlich langsamer durchsetzen. Die niedrigeren Preise für fossile Brennstoffe geben den Regierungen andererseits Gelegenheit zur Reform der entsprechenden Subventionen. Konjunkturpakete zur



In ländlichen Gebieten Ruandas versorgen Solaranlagen Häuser mit Strom, wovon vor allem Frauen und Kinder profitieren.

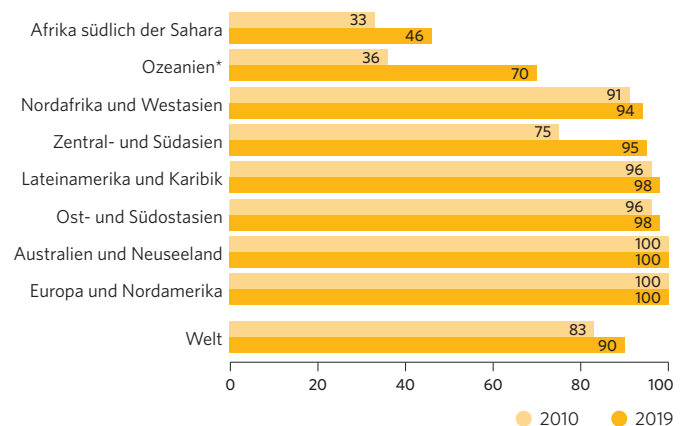
Ankurbelung des Wirtschaftswachstums, zum Schutz von Erwerbstätigen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen könnten Technologien für saubere Energie Auftrieb verleihen.

In Teilen Afrikas und Asiens geht aufgrund steigender Armut das Licht aus

Mit dem Anstieg der weltweiten Stromzugangsrate zwischen 2010 und 2019 von 83 auf 90 Prozent erhielten 1,1 Milliarden Menschen erstmals Strom. Dennoch hatten 2019 immer noch 759 Millionen Menschen keinen Zugang; drei Viertel von ihnen in Afrika südlich der Sahara (97 Millionen in städtischen und 471 Millionen in ländlichen Gebieten). Beim derzeitigen Tempo werden 2030 immer noch 660 Millionen Menschen ohne Strom sein – die weitaus meisten (555 Millionen) in Afrika südlich der Sahara.

Die COVID-19-Pandemie könnte die Fortschritte in einigen Ländern aufheben. Nachdem die Zahl der Menschen ohne Strom in Afrika sechs Jahre in Folge gesunken war, stieg sie 2020 wieder an. Für mehr als 25 Millionen Menschen in den Entwicklungsländern Afrikas und Asiens, die Stromzugang hatten, ist eine einfache Stromversorgung heute aufgrund von Bevölkerungswachstum und zunehmender Armut unerschwinglich. Weitere 85 Millionen Menschen, vor allem in den Entwicklungsländern Asiens, könnten zur Rückkehr zu einem einfachen Stromanschluss gezwungen sein, weil sie ein umfassenderes Leistungspaket nicht bezahlen können.

Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu Strom – 2010 und 2019 (in Prozent)

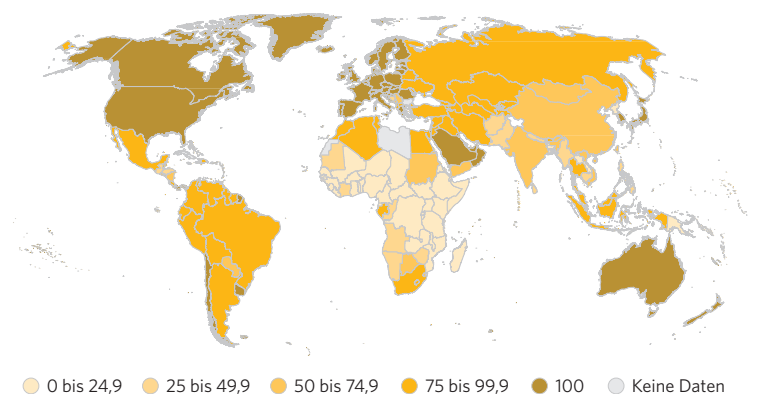


* ohne Australien und Neuseeland

Beim derzeitigen Fortschrittstempo wird 2030 immer noch ein Drittel der Weltbevölkerung gefährliche und ineffiziente Kochsysteme verwenden

2010 nutzten 57 Prozent der Weltbevölkerung saubere Brennstoffe und Technologien zum Kochen. 2019 waren es schon 66 Prozent. Dennoch liegen 2,6 Milliarden Menschen nach wie vor zurück. In Afrika südlich der Sahara wuchs die Bevölkerung rascher als die Zahl derer, die den entsprechenden Zugang erhielten, sodass etwa 85 Prozent der Bevölkerung weiter auf ineffiziente und gefährliche Kochsysteme angewiesen sind. Die Mehrheit der Armen verwendet schädliche und umweltbelastende Brennstoffe wie Holz und Holzkohle zum Kochen, was COVID-19 für sie besonders gefährlich macht. Zugleich bedrohen die Pandemie und die entsprechenden Ausgangsbeschränkungen die bisherigen Fortschritte. Wird nicht schnell gehandelt, wird 2030 immer noch ein Drittel der Weltbevölkerung keine sauberen Brennstoffe und Technologien zum Kochen haben, was erhebliche Gesundheits- und Umweltschäden nach sich zieht.

Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu sauberen Kochsystemen – 2019 (in Prozent)



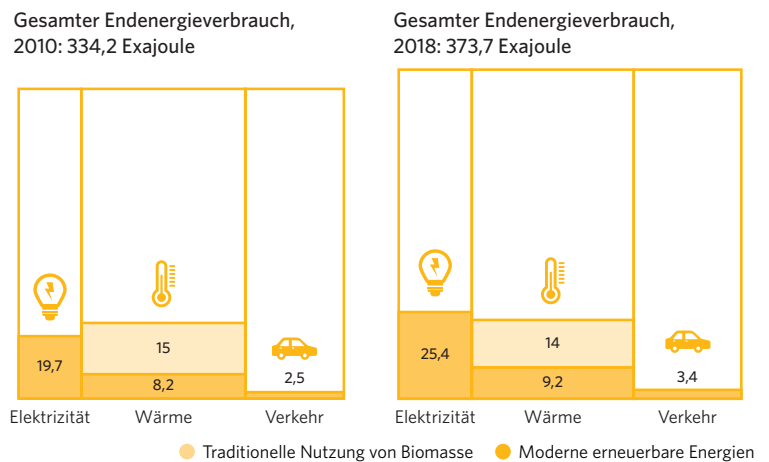
Anmerkung: Die in dieser Karte abgebildeten Grenzlinien und Namen und verwendeten Bezeichnungen implizieren weder offizielle Unterstützung noch Akzeptanz durch die Vereinten Nationen.

Wirksamer Klimaschutz erfordert raschere Maßnahmen im Bereich der modernen erneuerbaren Energien, insbesondere für Wärme und Verkehr

Der Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Energieeind- verbrauch stieg von 16,4 Prozent (2010) auf 17,1 Prozent (2018). Den Hauptbeitrag dazu leistete der Stromsektor mit einem Anteil erneuer- barer Energien von mittlerweile über 25 Prozent. Strom macht heute jedoch nur rund 21 Prozent des Energieeind- verbrauchs aus. Der Rest verteilt sich vor allem auf die Sektoren Wärme und Verkehr, in denen moderne erneuerbare Energien 2018 weltweit nur eine Marktdurch- dringung von 9,2 bzw. 3,4 Prozent hatten. Die traditionelle Nutzung von Biomasse – etwa das Heizen mit Brennholz – macht immer noch fast 14 Prozent des weltweiten Wärmeverbrauchs aus.

Lässt man die traditionelle Nutzung von Biomasse außer Acht, ist der Anteil moderner erneuerbarer Energien am gesamten Energieeind- verbrauch in Lateinamerika und der Karibik am höchsten. Hauptgründe dafür sind die hohe Stromerzeugung aus Wasserkraft sowie die Nutzung von Bioenergie in Industrieprozessen und von Biobrenn- stoffen für den Verkehr. 2018 entfiel mehr als ein Drittel des welt- weiten jährlichen Verbrauchsanstiegs bei modernen erneuerbaren Energien auf Ostasien, wo Strom aus Wind- und Solarkraft den Zuwachs dominierte.

Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Energieeindverbrauch und nach Endnutzung – 2010 und 2018 (in Prozent)

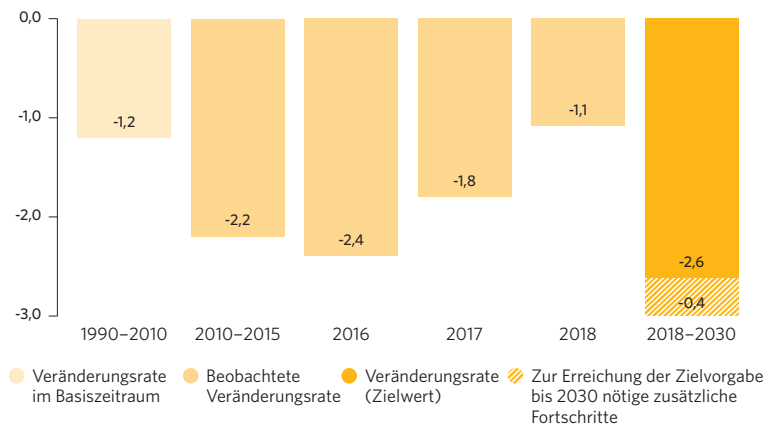


Anmerkung: Die Quadrate stellen den gesamten Endenergieverbrauch für 2010 und 2018 dar. Die Breite der Säulen stellt den Anteil des jeweiligen Sektors am gesamten Endenergieverbrauch dar. Die Höhe des schattierten Bereichs jedes Sektors stellt den Anteil der erneuerbaren Energien dar.

Die Welt wird das globale Energieeffizienzziel nur durch erhebliche und systematische Investitionen erreichen

Neben dem vermehrten Einsatz erneuerbarer Energie ist auch die Steigerung der Energieeffizienz unerlässlich, um das globale Ziel einer Verringerung der Treibhausgasemissionen zu erreichen. Nach der Zielvorgabe soll die historische jährliche Steigerungsrate der Energie- intensität (1990-2010) bis 2030 verdoppelt werden. Die globale Primärenergieintensität, definiert als gesamter Energieverbrauch je BIP-Einheit, verbesserte sich zwischen 2010 und 2018 von 4,8 auf 5,6 Megajoule pro USD, was einer jährlichen Steigerungsrate von 2 Pro- zent entspricht. Das liegt deutlich unter den zur Erreichung der Zielvor- gabe erforderlichen 2,6 Prozent. Damit muss die Energieintensität bis 2030 nun um durchschnittlich 3 Prozent pro Jahr steigen. Dies ist nur mit hohen und systematischen Investitionen in kosteneffiziente Verbes- serungen der Energieeffizienz zu schaffen. Während frühe Schätzungen für 2019 von einer Steigerungsrate von 2 Prozent ausgingen, wird für 2020 lediglich eine Steigerung von 0,8 Prozent erwartet. Vorerst steigt die Energieeffizienz dank anhaltender Investitionen weiter an.

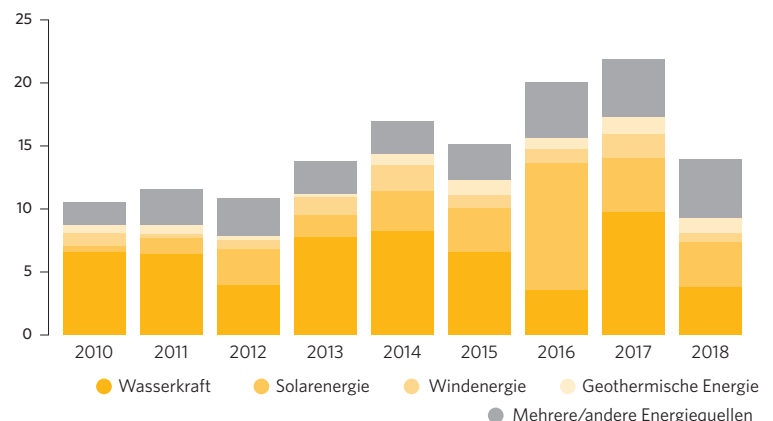
Wachstumsrate der Primärenergieintensität – 1990-2030 (in Prozent)



Die am wenigsten entwickelten Länder erhalten nur einen Bruchteil der internationalen Finanzmittel für erneuerbare Energien

2018 flossen 14 Milliarden USD an internationalen Finanzmitteln in saubere und erneuerbare Energien in den Entwicklungsländern und damit um 35 Prozent weniger als 2017. Solche Fluktuationen sind meist durch hohe Mittelzusagen für Wasserkraft bedingt, die von Jahr zu Jahr variieren. Von den Investitionen flossen 27 Prozent in Wasser- kraft, 26 Prozent in Solarenergie, 8 Prozent in geothermische Energie und 5 Prozent in Windkraft. Öffentliche Finanzströme konzentrieren sich weiter auf einige wenige Länder. So gingen 30 Prozent der zwischen 2010 und 2018 insgesamt zugesagten Mittel an Argentinien, Indien, Nigeria, Pakistan und die Türkei. Dagegen entfielen im selben Zeitraum auf die 46 am wenigsten entwickelten Länder zusammen nur 20 Prozent aller Zusagen. Obwohl die meisten Länder mit der geringsten Stromzugangsrate am wenigsten entwickelte Länder (vor allem in Afrika südlich der Sahara) sind, erhalten sie pro Kopf oft weit weniger internationale öffentliche Mittel als der weltweite Durchschnitt.

Internationale Finanzströme zur Unterstützung sauberer und erneuerbarer Energien in den Entwicklungsländern, nach Technologie – 2000-2018 (in Milliarden Dollar zu Preisen und Wechselkursen von 2018)





Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern

Das Weltwirtschaftswachstum hatte sich bereits vor der Pandemie verlangsamt. Die COVID-19-Krise verursachte einen globalen Wirtschaftseinbruch und die schwerste Rezession seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre. 2020 gingen gegenüber dem vierten Quartal 2019 weltweit 8,8 Prozent der Arbeitsstunden verloren – das Äquivalent von 255 Millionen Vollzeitstellen –, und damit rund viermal so viele wie während der Finanzkrise von 2007-2009. Die Pandemie hat die Erwerbstätigen in der informellen Wirtschaft insofern gefährdet, als sie bei Krankheit oder Schließungen und Ausgangsbeschränkungen keinen Schutz erhalten. Junge Erwerbstätige und Frauen leiden ganz besonders unter der Krise. Dank der Impfkampagne gegen COVID-19 und anhaltender haushaltspolitischer und finanzieller Unterstützung dürfte die Wirtschaft in den Vereinigten



Eine Frau mit Hörverlust verdient als selbständige Töpferin in Addis Abeba (Äthiopien) ein Einkommen.

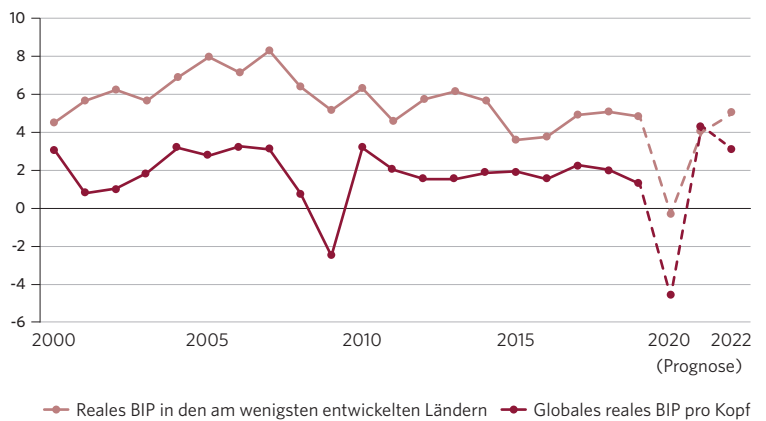
Staaten von Amerika und in China 2021 stark wachsen. In vielen weiteren Ländern wird es jedoch lange dauern, bis das Wirtschaftswachstum wieder an die Trends von vor der Pandemie anknüpft.

Für viele Länder könnte die wirtschaftliche Erholung ein langer und steiniger Weg werden

Die Weltwirtschaft wuchs zwischen 2014 und 2018 im Schnitt um rund 2 Prozent. 2019 stieg das reale Pro-Kopf-BIP nur um 1,3 Prozent, und 2020 dürfte es um 4,6 Prozent gesunken sein. Aufgrund der Impfkampagnen und staatlichen Hilfen ist eine Erholung der Weltwirtschaft im Gange, die von China und den Vereinigten Staaten getragen wird. Das globale Pro-Kopf-BIP wird 2021 voraussichtlich um 4,3 Prozent und 2022 um 3,1 Prozent wachsen. In vielen Ländern dürfte das Wirtschaftswachstum jedoch erst 2022 oder 2023 wieder den Stand von vor der Pandemie erreichen.

In den am wenigsten entwickelten Ländern war das reale BIP 2019 um 4,8 Prozent gestiegen. 2020 sank es pandemiebedingt um 0,3 Prozent. 2021 und 2022 dürfte es wieder steigen, und zwar auf 4,0 bzw. 5,0 Prozent, was jedoch deutlich unter dem in der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung vorgesehenen Zielwert von 7 Prozent läge.

Jährlicher Zuwachs des globalen realen Pro-Kopf-BIP und jährlicher Zuwachs des realen BIP in den am wenigsten entwickelten Ländern – 2000-2022 (in Prozent)

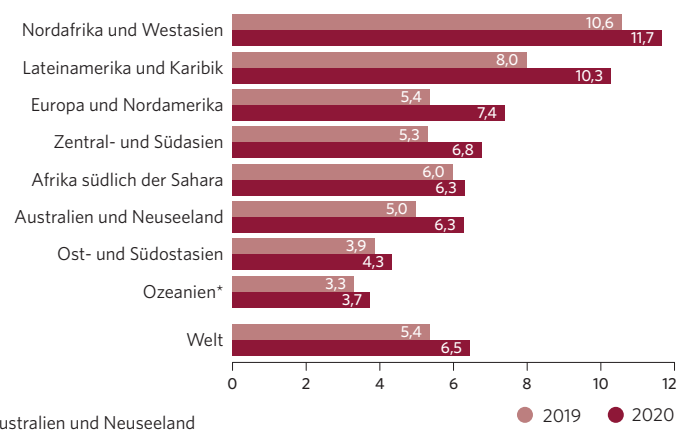


COVID-19 hat vor allem bei Jugendlichen und Frauen zu massiven Arbeitsplatzverlusten geführt

2020 erreichte die Arbeitslosigkeit weltweit 6,5 Prozent – ein Zuwachs von 1,1 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr. Die Arbeitslosenzahl stieg weltweit um 33 Millionen auf 220 Millionen. Weitere 81 Millionen Menschen schieden ganz aus dem Arbeitsmarkt aus. In Lateinamerika und der Karibik und in Europa und Nordamerika stieg die Arbeitslosenquote um mindestens 2 Prozentpunkte.

Jugendliche und Frauen waren besonders stark betroffen. 2020 verloren 8,7 Prozent der Jugendlichen und 5 Prozent der Frauen ihren Arbeitsplatz, während es bei den Erwachsenen 3,7 Prozent und bei den Männern 3,9 Prozent waren. Die Jugendarbeitslosigkeit war bereits vor der Pandemie dreimal so hoch wie die der Erwachsenen. Während der Krise schieden relativ mehr Frauen als Männer aus dem Arbeitsmarkt aus, um Kinder zu betreuen. Damit wurde das seit langem bestehende Geschlechtergefälle in der Erwerbsbeteiligung noch größer.

Arbeitslosenquote – 2019 und 2020 (in Prozent)



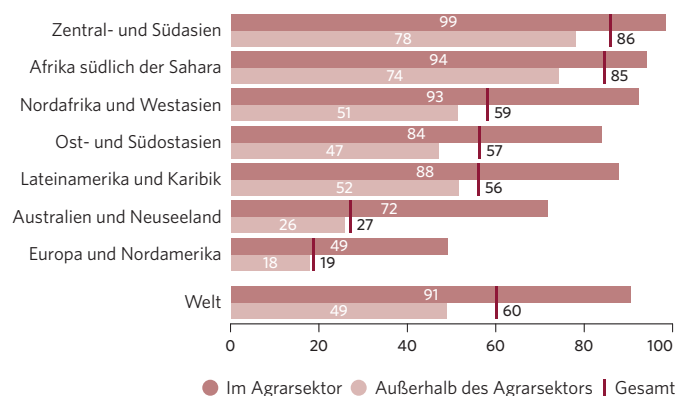
* ohne Australien und Neuseeland

Ohne soziales Sicherheitsnetz sind informell Erwerbstätige bei der Bewältigung der Folgen von COVID-19 sich selbst überlassen

Vor der Pandemie lag der Anteil der informellen Erwerbstätigkeit an der globalen Erwerbstätigkeit bei 60,2 Prozent. Damit gingen 2 Milliarden Menschen einer Arbeit nach, die ihnen keine Grundversicherung und auch keinen Sozialschutz bot. In den am wenigsten entwickelten Ländern lag der Anteil der informellen Erwerbstätigkeit an der gesamten Erwerbstätigkeit 2019 mit 88,7 Prozent weit höher. Im Agrarsektor betrug dieser Anteil weltweit 90,7 Prozent, außerhalb des Agrarsektors hingegen 48,9 Prozent.

Schätzungen zufolge litten drei Viertel der Erwerbstätigen in der informellen Wirtschaft (1,6 Milliarden) stark unter Schließungen und Ausgangsbeschränkungen und/oder waren in den am stärksten betroffenen Branchen tätig. Vor allem Frauen waren in sogenannten Hochrisikosektoren überrepräsentiert: 42 Prozent der weiblichen Beschäftigten, jedoch nur 32 Prozent der männlichen, waren in diesen Sektoren tätig. Diese Erwerbstätigen sind stark armutsgefährdet, und es wird ihnen während der Erholungsphase schwerer fallen, ihre Existenzgrundlagen wiederaufzubauen.

Anteil der informellen Erwerbstätigkeit an der Erwerbstätigkeit insgesamt und nach Sektor – 2019 (in Prozent)



Das schlimmste Jahr in der Geschichte des internationalen Tourismus hat kleine Inselentwicklungsländer übermäßig hart getroffen

In den zehn Jahren vor der Pandemie wuchs das im internationalen Tourismus erwirtschaftete BIP stärker als die übrige Wirtschaft. 2019 lag sein Anteil am globalen BIP bei 4,1 Prozent. Da der Tourismus zu den von der Pandemie am stärksten betroffenen Branchen zählt, dürfte sich dieser Trend 2020 und in den Folgejahren jedoch umkehren. Die internationalen Touristenzahlen sanken von 2019 auf 2020 drastisch, nämlich von 1,5 Milliarden auf 381 Millionen. Mit diesem Rückgang um 74 Prozent fiel der Tourismus auf den Stand von vor 30 Jahren zurück. Dies führte zu einem Ausfall von etwa 1,3 Billionen USD an globalen Tourismusaufgaben im Einreiseverkehr (Ausgaben von nicht ortsansässigen Besucherinnen und Besuchern) – mehr als das 11-Fache der Einbußen infolge der Finanzkrise von 2007-2009. Die Pandemie hat im Tourismusbereich etwa 100 bis 120 Millionen Arbeitsplätze, insbesondere von Frauen, gefährdet.

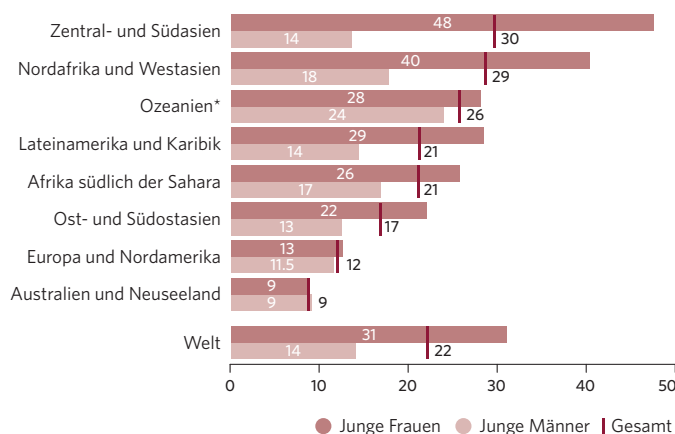
Dieser massive Einbruch betrifft alle Regionen. Die Existenzgrundlagen von Millionen Menschen und Unternehmen sind dadurch ebenso gefährdet wie die Fortschritte bei den Nachhaltigkeitszielen. In den kleinen Inselentwicklungsländern sind die Folgen besonders schwerwiegend, da sie stärker als andere Länder vom Tourismus als Einkommens- und Erwerbsquelle abhängig sind. Soweit Daten vorliegen, machen die Tourismusaufgaben im Einreiseverkehr in diesen Ländern im Schnitt 25 Prozent des BIP aus; in Ländern, die keine Inselentwicklungsländer sind, nur 5 Prozent. Weltweit konnten viele Länder die Folgen der Krise durch Inlandstourismus abfedern. Das ist für die kleinen Inselentwicklungsländer auf kurze Sicht keine gangbare Alternative, da sie stark vom internationalen Tourismus abhängig und ihre Binnenmärkte relativ klein sind. Der internationale Tourismus dürfte erst in bis zu vier Jahren wieder den Stand von 2019 erreichen. Dadurch geraten die ärmsten der kleinen Inselstaaten bei der Erreichung der Ziele ins Hintertreffen.

Durch die Pandemie befinden sich weniger Jugendliche in Erwerbstätigkeit, Bildung oder Ausbildung

2019 lag der Anteil der Jugendlichen, die sich weder in Erwerbstätigkeit noch in Bildung oder Ausbildung befanden, weltweit bei 22,3 Prozent und ist damit seit mehr als zehn Jahren nicht gesunken. Aus Quartalszahlen geht zudem hervor, dass sich dieser Anteil vom vierten Quartal 2019 auf das zweite Quartal 2020 in 42 der 49 Länder mit Daten verschlechterte. Dies überrascht nicht, da junge Erwerbstätige 2020 stärker als ältere von Arbeitsplatzverlusten betroffen waren. Sowohl die Fach- und Berufsausbildung als auch die Ausbildung am Arbeitsplatz waren stark beeinträchtigt, weshalb sich viele gezwungen sahen, ihre Ausbildung abzubrechen.

Weltweit sind junge Frauen doppelt so häufig arbeitslos und nicht in Bildung oder Ausbildung wie junge Männer. 2019 betrug dieser Anteil für junge Frauen weltweit 31,1 Prozent, für junge Männer 14 Prozent. Da sich während der Pandemie mehr Frauen als Männer aus dem Arbeitsmarkt gedrängt sahen, wird die Krise das entsprechende Geschlechtergefälle wohl vergrößern.

Anteil der Jugendlichen, die weder erwerbstätig noch in Bildung oder Ausbildung sind, nach Geschlecht – 2019 (in Prozent)



* ohne Australien und Neuseeland

Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen

Das globale Wachstum der Verarbeitungsindustrie war aufgrund von Zöllen und Handelsspannungen zwischen den wichtigsten Volkswirtschaften der Welt bereits vor der COVID-19-Pandemie rückläufig. Ihr Ausbruch führte zu Einschränkungen des Personen- und Güterverkehrs, Unterbrechungen der globalen Wertschöpfungsketten sowie Störungen der Verarbeitungsindustrie und des Transportwesens weltweit. Vor allem kleine Industrieunternehmen wurden stark in Mitleidenschaft gezogen. Ein Mangel an widerstandsfähiger Infrastruktur, Informations- und Kommunikationstechnologien und Grundversorgung beeinträchtigt die Leistungsfähigkeit eines Landes sowie seine Fähigkeit, Schocks zu bewältigen. Damit die Weltgemeinschaft das Ziel 9 erreichen kann, bedarf es der Industrialisierung, Verbesserungen der Infrastruktur und der Förderung technologischer Innovation



In einem Gewerbebetrieb in Harare (Simbabwe) stellen Beschäftigte Gesichtsmasken her.

durch verstärkte Investitionen in Forschung und Entwicklung. Die Entwicklung und Herstellung von COVID-19-Impfstoffen in Rekordzeit ist ein Beispiel für die Stärke technologischer Innovation, die der Welt Grund zur Hoffnung gibt.

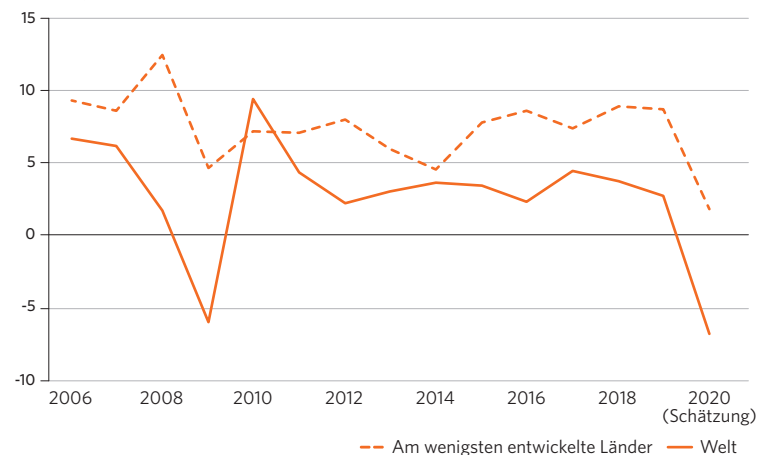
Die Verarbeitungsindustrie erlitt infolge der COVID-19-Krise einen weltweiten Einbruch

Die Pandemie traf die Verarbeitungsindustrie stärker als die globale Finanzkrise 2007-2009 und führte 2020 zu einem Produktionsrückgang von 6,8 Prozent. Von 2019 auf 2020 fiel der Anteil der Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe am BIP weltweit von 16,6 auf 16,0 Prozent. In allen 49 Ländern, für die Daten vorliegen, sank die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe gegenüber dem Vorjahreszeitraum im zweiten Quartal 2020 um durchschnittlich 5,6 Prozent und im dritten Quartal 2020 um 2,5 Prozent. Die Arbeitsstunden gingen noch stärker zurück – um 11,9 Prozent im zweiten Quartal 2020 und um 4,4 Prozent im dritten Quartal des Jahres.

In den am wenigsten entwickelten Ländern dürfte die Verarbeitungsindustrie 2020 um unerhebliche 1,9 Prozent gewachsen sein, während es 2019 8,7 Prozent waren. Der Anteil der Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe am gesamten BIP dieser Länder wuchs von 10,1 Prozent 2010 auf 12,8 Prozent 2020 – viel zu langsam, um die Zielvorgabe der Verdoppelung dieses Anteils bis 2030 zu erreichen. Die Pro-Kopf-Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe lag in den

am wenigsten entwickelten Ländern 2020 nur bei 136 Dollar, während sie in Europa und Nordamerika 4.296 Dollar betrug.

Wachstum der Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe – 2006-2020 (in Prozent)



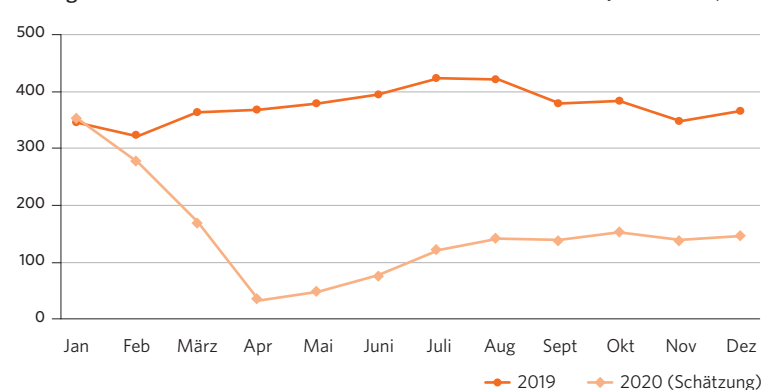
Die Luftfahrtindustrie erlebte aufgrund des Nachfrageeinbruchs bei Luftreisen die schwerste Krise ihrer Geschichte

2020 war ein katastrophales Jahr für die Nachfrage in der Luftfahrt. Die Passagierzahlen fielen weltweit von 4,5 Milliarden 2019 auf 1,8 Milliarden 2020 und damit um 60 Prozent. Dadurch ging die Zahl der vom Luftverkehr gestützten Arbeitsplätze im Laufe des Jahres 2020 um 52,5 Prozent zurück – von 87,7 auf 41,7 Millionen. Die Fluggesellschaften dürften 2020 371 Milliarden Dollar verloren haben, wobei Flughäfen und Flugsicherungsdienste weitere 115 Milliarden beziehungsweise 13 Milliarden Dollar an Verlusten verbucht haben dürften.

Eine ständig wechselnde Liste von Ländern mit Grenzöffnungen und -schließungen trägt zur Unsicherheit bei. Der Luftverkehr dürfte erst 2024 wieder das Niveau erreichen, auf dem er vor der Pandemie war. Die Regierungen sollten sich abstimmen und ihr Bestes tun, um die

Luftverkehrsbranche zu unterstützen und so verlorene Arbeitsplätze zurückzugewinnen und die Weltwirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Passagierzahlen im Luftverkehr – Januar 2019 bis Dezember 2020 (in Millionen)

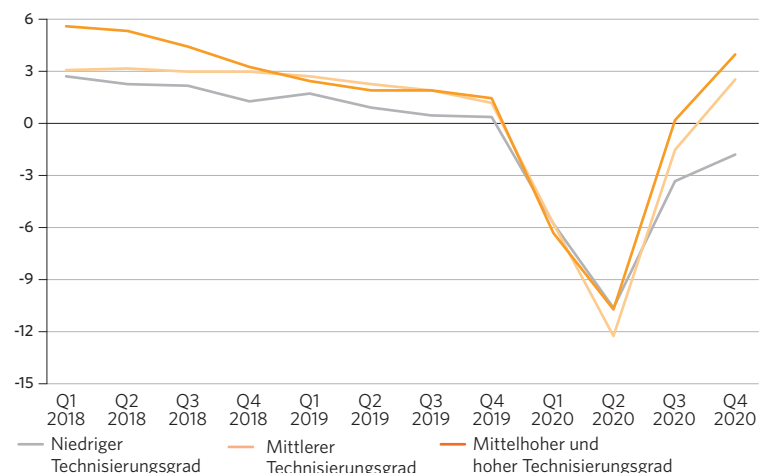


Die wirtschaftliche Erholung in der zweiten Jahreshälfte 2020 wurde von der Herstellung von Produkten mit mittlerem und hohem Technisierungsgrad vorangetrieben

Der Strukturwandel in der Verarbeitungsindustrie zeigt sich am besten im Trend zu technologisch komplexeren Produkten. In den Industrieländern beherrschen Produkte mit mittlerem und hohem Technisierungsgrad die Verarbeitungsindustrie. 2018 betrug der Anteil des mittleren und des Hochtechnologiesektors in den entwickelten Regionen 49 Prozent und in den Entwicklungsregionen 41,1 Prozent, verglichen mit 8,9 Prozent in den am wenigsten entwickelten Ländern.

Im ersten Halbjahr 2020 erlitt die Verarbeitungsindustrie durch die Ausgangsbeschränkungen einen erheblichen Rückgang. Im 3. und 4. Quartal zeigten sich in den meisten Volkswirtschaften Anzeichen der Erholung, die zumeist auf den mittleren und Hochtechnologie-sektor der Verarbeitungsindustrie zurückgehen. Im 4. Quartal 2020 verzeichneten diese Sektoren ein Wachstum von fast 4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Grund dafür ist die zunehmende Nachfrage nach Computerelektronik infolge des weltweiten Übergangs zu Fernarbeit und -unterricht und elektronischem Handel. Die Verarbeitung von Produkten mit niedrigem Technisierungsgrad verzeichnete im letzten Quartal 2020 ein Negativwachstum (-1,8 Prozent).

Wachstumsrate des Ausstoßes der globalen Verarbeitungsindustrie im Vergleich zum Vorjahresquartal, nach Technisierungsgrad – erstes Quartal 2018 bis letztes Quartal 2020 (in Prozent)

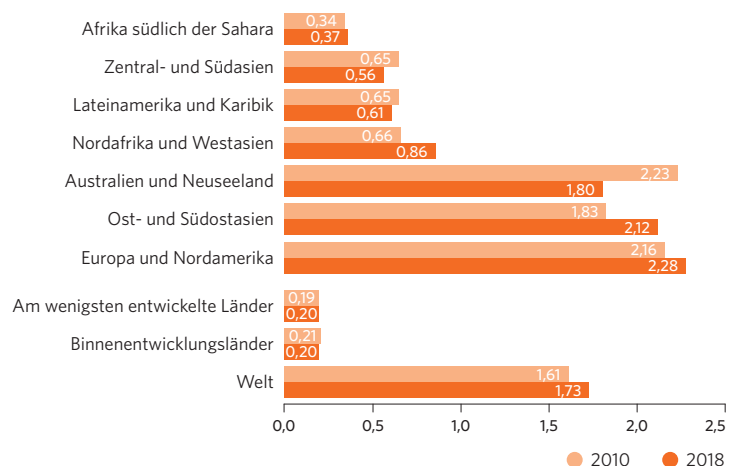


Lösungen für Krisen wie COVID-19 erfordern Mehrinvestitionen in Forschung und Entwicklung

Nie war klarer, wie wichtig Investitionen in Forschung und Entwicklung sind. Die rasche Entwicklung von COVID-19-Impfstoffen zeigt die entscheidende Rolle von Innovation in unerwarteten Krisen. 2018 lagen die globalen Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen bei 2,2 Bio. USD (Kaufkraftparität); 2010 bei 1,4 Bio. USD. Damit stieg der Anteil dieser Investitionen am globalen BIP zwischen 2010 und 2018 von 1,61 auf 1,73 Prozent. Die Zahl der in der Forschung Tätigen je 1 Mio. Einwohner wuchs weltweit von 1.022 im Jahr 2010 auf 1.235 2018.

Die Pandemie ist nicht die einzige aktuelle Krise, und sie wird nicht die letzte sein. Es bedarf weiterer und stärkerer politischer Zusagen zur Finanzierung von Forschung und Entwicklung, vor allem in Entwicklungsländern. Die meisten Entwicklungsregionen liegen unter dem Weltdurchschnitt. Die Forschungs- und Entwicklungsausgaben als Anteil am BIP liegen zwischen 0,37 Prozent in Afrika südlich der Sahara und 0,86 Prozent in Nordafrika und Westasien. In den am wenigsten entwickelten und Binnenentwicklungsländern betragen sie 0,20 Prozent und damit deutlich weniger als in weiter entwickelten Regionen.

Ausgaben für Forschung und Entwicklung als Anteil am BIP – 2010 und 2018 (in Prozent)



Für kleine Industrieunternehmen in den ärmsten Ländern ist der so wichtige Kreditzugang schwierig

Die Pandemie hat kleine Industrieunternehmen schwer getroffen und oft in ihrer Existenz bedroht. Laut Umfragen (2006-2020) hat fast jedes dritte kleine Industrieunternehmen Zugang zu einem Kredit oder einer Kreditlinie. Der Kreditzugang ist in allen Ländern und Regionen der Welt weiter ungleichmäßig und in Afrika südlich der Sahara und in den am wenigsten entwickelten Ländern besonders schwierig. Dort hat in etwa jedes sechste kleine Industrieunternehmen diesen Zugang; in Lateinamerika und der Karibik fast die Hälfte.

Obwohl manche Regierungen zur Pandemiebewältigung Konjunkturmaßnahmen ergriffen haben – Bargeldüberweisungen an Unternehmen, Aufschub von Kreditzahlungen oder Refinanzierung von Krediten zu günstigeren Bedingungen – haben die Politikverantwortlichen in den am wenigsten entwickelten Ländern und aufstrebenden Volkswirtschaften viel weniger Spielraum für solche Maßnahmen. In der Zeit nach der Pandemie wird der Zugang zu Finanzierung entscheidend zur wirtschaftlichen Erholung beitragen.

Große Teile der Weltbevölkerung sind weder an Landstraßen noch an den virtuellen Raum angebunden

Über Landstraßen haben Bauernfamilien leichten Zugang zu Märkten und Gesundheits- und Bildungseinrichtungen. Dies verringert die Armut, indem landwirtschaftliche Produktivität, Unternehmensrentabilität und Beschäftigung steigen. Aus Daten für 2018/2019 des Rural Access Index, der misst, wie viele Personen höchstens 2 km von einer ganzjährig befahrbaren Straße entfernt leben, für 25 Länder (v. a. Entwicklungsländer) geht hervor, dass von den 520 Mio. Landbewohnern in diesen Ländern fast 300 Mio. keine gute Straßenanbindung haben.

2020 lebte fast die gesamte Weltbevölkerung in Reichweite von Mobilfunknetzen, 85 Prozent von Netzen der vierten Generation (4G). Von 2015-2020 verdoppelte sich die globale Abdeckung durch 4G-Netze. „Abdeckung“ ist jedoch nicht gleich „Nutzung“. Nur 51 Prozent der Bevölkerung nutzte 2019 das Internet. Somit waren 3,7 Mrd. Menschen ohne Zugang. In den am wenigsten entwickelten Ländern war 2020 nur jede fünfte Person online. Damit wurde das Ziel des allgemeinen und erschwinglichen Zugangs zum Internet nicht erreicht.



Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern

Vor der COVID-19-Pandemie bewegten sich verschiedene Gradmesser der Ungleichheit in die richtige Richtung. Die Einkommensungleichheit sank in einigen Ländern. Länder mit niedrigem Einkommen profitierten weiter von präferenziellen Handelsregelungen. Die Transaktionskosten für Rücküberweisungen sanken. Die meisten Länder mit Daten waren um eine geordnete, sichere und verantwortungsvolle Migration bemüht. Dennoch hält Ungleichheit an – bei Einkommen, Vermögen, den Chancen oder in anderen Bereichen. Zudem sind schwächere Menschen mehrfachen und intersektionalen Formen der Diskriminierung ausgesetzt. Die Pandemie verschärft die bestehenden Ungleichheiten in und zwischen den Ländern und trifft die schwächsten Menschen und die ärmsten Länder besonders hart. Die Bekämpfung der Ungleichheit ist unabdingbar, um die von



Eine Familie aus Afrika durchquert das Dschungelgebiet Da-rién Gap an der Grenze zwischen Kolumbien und Panama. Unter Migranten gilt es als gefährlichster und schwierigster Abschnitt auf dem Weg nach Nordamerika.

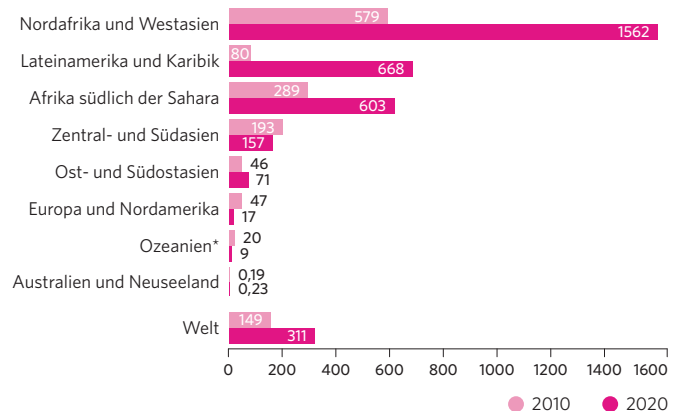
gesundheitlichen und anderen Notfällen ausgehende Gefahr zu verringern und die Gesellschaften widerstandsfähiger zu machen.

Der Flüchtlingsanteil an der Weltbevölkerung hat sich seit 2010 mehr als verdoppelt

Ende 2020 lag die Zahl der Menschen, die ihre Heimat aufgrund von Krieg, Konflikten, Verfolgung, Menschenrechtsverletzungen und schweren Beeinträchtigungen der öffentlichen Ordnung als Flüchtlinge verlassen hatten, mit 24,5 Millionen höher denn je. Seit 2010 hat sich der Anteil der Menschen, die sich als Flüchtlinge außerhalb ihres Herkunftslands aufhalten, mit 311 von 100.000 mehr als verdoppelt.

Bei Menschen aus Nordafrika und Westasien stieg der Flüchtlingsanteil zwischen 2010 und 2020 von 579 auf 1.562 pro 100.000. Seit 2014 kommt der Hauptteil der Flüchtlinge aus der Arabischen Republik Syrien. Der Anteil der Menschen aus Lateinamerika und der Karibik, die über Landesgrenzen geflohen sind und internationalen Schutz erhalten haben, stieg im selben Zeitraum von 80 auf 668 pro 100.000. Die COVID-19-Pandemie stellt Flüchtlinge vor besondere Schwierigkeiten. Auf ihrem Höhepunkt 2020 hatten 164 Länder ihre Grenzen ganz oder teilweise geschlossen, und 99 von ihnen machten keine Ausnahme für Asylsuchende, was deren Gefährdung erhöhte.

Anteil der Flüchtlinge an der Bevölkerung, nach Herkunftsregion – 2010 und 2020 (je 100.000 Menschen im Herkunftsland)



* ohne Australien und Neuseeland

Anmerkung: Dieser Indikator schließt die unter das Mandat des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten fallenden Palästinaflüchtlinge nicht ein, umfasst jedoch die ins Ausland vertriebenen Menschen aus Venezuela ohne anerkannten Flüchtlingsstatus.

Obwohl Migration jedes Jahr Tausende Menschenleben fordert, verfolgen nicht alle Länder eine umfassende Migrationspolitik

Trotz der weltweiten pandemiebedingten Einschränkungen beim Grenzübertritt verlassen weiter Zehntausende Menschen ihre Heimat und treten gefährliche Reisen durch Wüsten und über Meere an. 2020 wurden entlang der Migrationsrouten weltweit 4.186 Fälle verzeichnet, in denen Menschen gestorben oder verschwunden sind. Das waren zwar weniger als in den Vorjahren, doch auf manchen Routen stieg die Zahl der Todesopfer. Insbesondere auf dem Weg zu den Kanarischen Inseln starben 2020 mindestens 849 Menschen, gegenüber 210 im Jahr 2019 und 45 im Jahr 2018. Die tatsächliche Zahl der weltweiten Todesfälle könnte höher liegen, da die Pandemie die Erfassung dieser Daten erschwert hat. Nach jüngsten Daten für 111 Länder verfügten 2019 nur 54 Prozent von ihnen über umfassende politische Maßnahmen zur Erleichterung einer geordneten, sicheren, regulären und verantwortungsvollen Migration und Mobilität.

Die seit der globalen Finanzkrise sinkende Einkommensungleichheit könnte durch die Pandemie wieder steigen

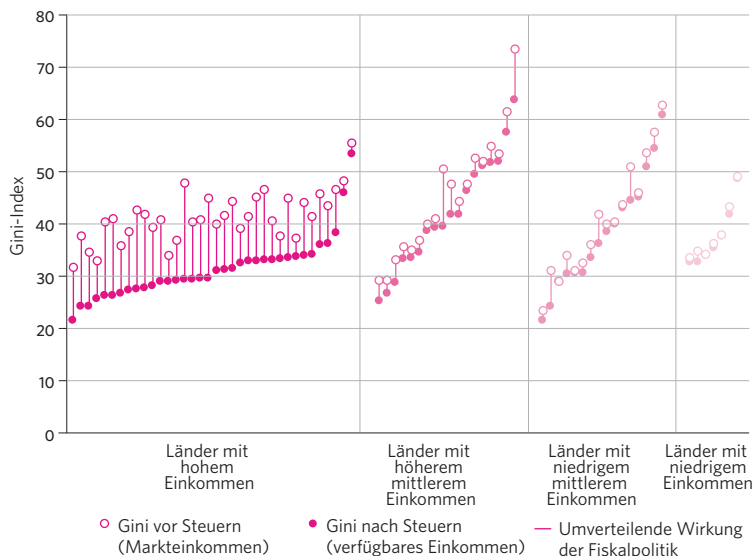
Der Gini-Index ist eine der häufigsten Messgrößen für Einkommensungleichheit. Er bewegt sich zwischen 0 und 100, wobei 0 bedeutet, dass das Einkommen zwischen allen Menschen gleich verteilt ist, während 100 den Extremfall abbildet, dass eine Person das gesamte Einkommen bezieht. Vor COVID-19 war der durchschnittliche Gini-Index für Schwellen- und Entwicklungsländer dabei zu sinken. Nach dem Bericht des Internationalen Währungsfonds von Oktober 2020 über die weltwirtschaftlichen Aussichten dürfte sich der durchschnittliche Gini-Index für diese Länder infolge von COVID-19 um 2,6 Punkte auf 42,7 erhöhen. Dieser 6-prozentige Anstieg wird den seit der globalen Finanzkrise 2008 verzeichneten Rückgang der Ungleichheit aufheben. Für Länder mit niedrigem Einkommen dürften die Auswirkungen noch stärker sein, obwohl diese Länder seit 2008 geringere Fortschritte bei der Verringerung der Ungleichheit erzielt haben.

Fiskalpolitische Maßnahmen können gerechtere Gesellschaften fördern, spielen jedoch in Ländern mit niedrigem Einkommen eine geringere Rolle

Zu den wirksamsten Mechanismen, die Regierungen zur Verringerung wirtschaftlicher Ungleichheit zur Verfügung stehen, gehören Steuern sowie Bargeld- und Sachtransfers. Vergleicht man den Gini-Index vor Steuern und Sozialleistungen mit dem danach, lässt sich die Wirksamkeit dieser Maßnahmen für die Einkommensumverteilung und die Verringerung der Ungleichheit messen. Im Zuge der schwierigen Erholung von der COVID-19-Krise gewinnen die Verteilungswirkungen derartiger fiskalpolitischer Maßnahmen noch mehr an Bedeutung.

Daten für 77 Länder für 2013-2018 zeigen, dass sich direkte Steuern und Bargeldtransfers im Ländervergleich sehr unterschiedlich auf die Verringerung von Ungleichheit auswirken. Insgesamt sind die Auswirkungen in Ländern mit hohem Einkommen am größten. Dort sinkt der Gini-Index durchschnittlich um 10 Prozentpunkte, in Ländern mit niedrigem Einkommen hingegen um nur 1 Prozentpunkt. Die stärkere Umverteilung erklärt sich zum Teil durch die viel höhere Bemessungsgrundlage für Personensteuern in Ländern mit hohem Einkommen. Dies verringert durch die höhere anteilige Besteuerung der Reichen und die Unterstützung von Sozialschutzprogrammen die Ungleichheit direkt.

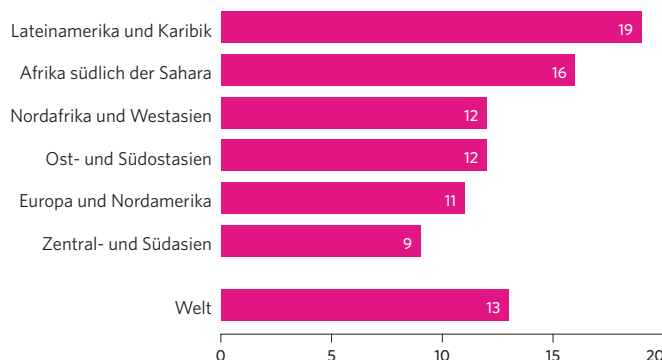
Umverteilende Wirkung von direkten Steuern und Bargeld- und geldwerten Transfers – um 2017



Niedrige Relativeinkommen bedeuten, dass viele Menschen zurückgelassen werden

Der Anteil der Bevölkerung mit einem Einkommen unter 50 Prozent des nationalen Medians spiegelt den Stand und die Entwicklungen eines Landes im Bereich der sozialen Inklusion, der relativen Armut und der Ungleichheit. Steigen sowohl dieser Anteil als auch der Median, fallen die Ärmsten relativ gesehen zurück. Nach neuesten Schätzungen leben in manchen Ländern bis zu 25 Prozent der Bevölkerung von weniger als der Hälfte des Medianeinkommens. In den 104 Ländern mit Daten haben durchschnittlich 13 Prozent der Menschen ein niedriges Relativeinkommen, wobei die Unterschiede zwischen den Regionen erheblich sind. In Lateinamerika und der Karibik liegt der Anteil derjenigen, die von weniger als der Hälfte des nationalen Medianeinkommens leben, trotz gewisser Fortschritte seit 2010 im Schnitt bei knapp 20 Prozent. Im Regionalvergleich am niedrigsten ist er in Zentral- und Südasien mit rund 9 Prozent.

Anteil der Bevölkerung, der von weniger als 50 Prozent des nationalen Medianeinkommens lebt – um 2017 (in Prozent)

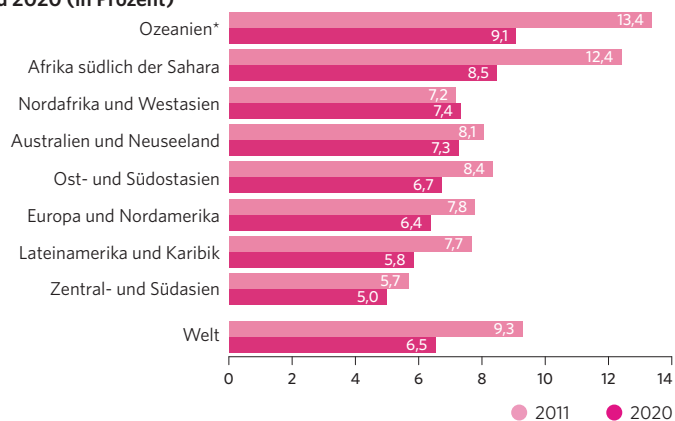


Anmerkung: Die Abbildung beruht auf ungewichteten Durchschnittswerten der Länder mit verfügbaren Daten in jeder Region. Unterschiede sind mit Vorsicht auszulegen, da in den einzelnen Ländern unterschiedliche Einkommens- und Konsumerhebungen zugrunde gelegt wurden.

Die Kosten für Heimatüberweisungen sind niedriger denn je, doch die Zielvorgabe ist noch nicht erreicht

In den letzten zehn Jahren konnten die Transaktionskosten für Heimatüberweisungen erheblich verringert werden. 2011 lagen die Kosten für eine Überweisung von 200 USD im Weltdurchschnitt bei 9,3 Prozent. Im letzten Quartal 2020 sanken die Überweisungskosten trotz der Pandemie auf ein Rekordtief von 6,5 Prozent. Am teuersten waren 2020 Überweisungen nach Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland) mit 9,1 Prozent und nach Afrika südlich der Sahara mit 8,5 Prozent, wenngleich in beiden Regionen seit 2011 erhebliche Fortschritte erzielt wurden. Die Überweisungskosten sind seit 2011 für alle Regionen gesunken, liegen jedoch bisher nur in Zentral- und Südasien unter der angestrebten Schwelle von 5 Prozent. Um der Zielvorgabe gemäß bis 2030 die Kosten für Heimatüberweisungen im Weltdurchschnitt auf 3 Prozent und in allen Regionen auf höchstens 5 Prozent zu senken, bedarf es nach wie vor koordinierter Anstrengungen seitens staatlicher Stellen, Dienstleistern und nichtstaatlicher Organisationen.

Durchschnittliche Kosten für eine Überweisung von 200 US-Dollar nach Region – 2011 und 2020 (in Prozent)



* ohne Australien und Neuseeland



Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten

Die COVID-19-Pandemie hat in Städten, die in vielen Ländern zu Epizentren wurden, Schwachstellen zutage gefördert, die auf einen Mangel an angemessenem und bezahlbarem Wohnraum und auf Defizite in öffentlichen Gesundheitssystemen und städtischen Infrastrukturen wie Wasser- und Sanitärversorgung, Abfallwirtschaft, öffentliche Verkehrsmittel und Freiflächen zurückgehen. Aufgrund von tief verwurzelten Ungleichheiten traf die Pandemie Migrantinnen und Migranten, Obdachlose und Menschen, die in städtischen Slums und informellen Siedlungen leben, besonders hart. Im Kampf gegen die Krise haben sich manche Städte jedoch als Konjunkturmotoren, Innovationszentren und Triebkräfte des sozialen und wirtschaftlichen Wandels erwiesen. Im Zuge der Überwindung der Pandemie entsteht



Am Stadtrand von Salvador de Bahia (Brasilien) entsteht ein Slum, dort als favela bezeichnet.

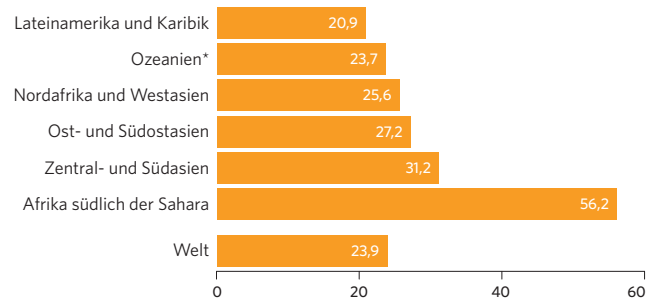
die Chance, städtische Räume als Zentren eines nachhaltigen und inklusiven Wachstums zu sehen und auszugestalten.

COVID-19 hat die Not der Menschen in Slums und die Marginalisierung der Schwächeren noch verschärft

Zwischen 2014 und 2018 stieg der Anteil der in Slums lebenden Stadtbevölkerung weltweit von 23 auf 24 Prozent. Damit lebt über 1 Milliarde Menschen in Slums, vor allem in den drei Regionen Ost- und Südostasien (370 Millionen), Afrika südlich der Sahara (238 Millionen) und Zentral- und Südasiens (226 Millionen). Die Bedürfnisse und Anliegen dieser Menschen werden in der konventionellen Stadtplanung, -finanzierung und -politik selten berücksichtigt, wodurch ein enormer Teil der Weltbevölkerung zurückgelassen wird.

Die Pandemie hat Haushalte mit niedrigem Einkommen und Erwerbstätige im informellen Sektor besonders hart getroffen. Dadurch ist die Zahl der Menschen, die in Slums leben, und derjenigen, deren Lebensbedingungen sich verschlechtert haben, und damit auch ihre Gefährdung weiter gestiegen. Die Zahl der Menschen in Slums wird in den meisten Entwicklungsländern noch weiter steigen, wenn nicht staatliche Stellen aller Ebenen konzertiert und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft und Entwicklungspartnern dagegen angehen.

Anteil der in Slums lebenden Stadtbevölkerung in ausgewählten Regionen – 2018 (in Prozent)



* ohne Australien und Neuseeland

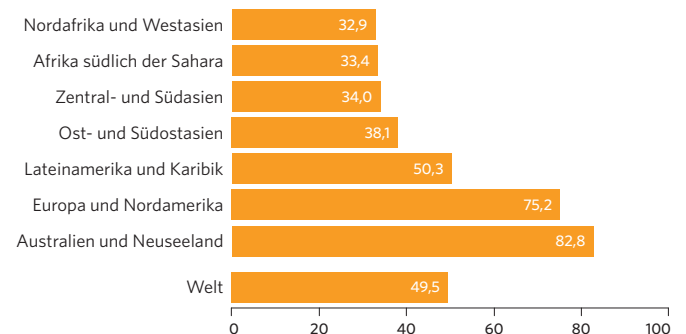
Die Pandemie hat gezeigt, wie notwendig sichere, barrierefreie und zuverlässige öffentliche Verkehrsmittel sind

Bei einer schlecht geplanten und gesteuerten Urbanisierung ist die Infrastrukturversorgung nicht an die Siedlungsdichte geknüpft. Die Folge sind unzureichende Straßennetze und ein Mangel an zuverlässigen Verkehrssystemen. Dadurch schöpfen Städte das Potenzial, das in ihren Größenvorteilen und Ballungseffekten steckt, nicht aus. Nach Daten von 2019 für 610 Städte in 95 Ländern lebt nur etwa die Hälfte der Weltbevölkerung höchstens 500 m zu Fuß von Verkehrssystemen mit niedriger Beförderungskapazität (wie Busse und Straßenbahnen) und höchstens 1.000 m von Systemen mit hoher Kapazität (wie Züge und Fähren) entfernt.

Die Pandemie hat den Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln stark beeinträchtigt – ob durch Teilschließungen oder Kapazitätsbegrenzungen bis hin zur totalen Stilllegung von Netzen. Beim weiteren Kampf gegen die Pandemie müssen Länder und Städte Möglichkeiten zur Nutzung barrierefreier, sicherer, zuverlässiger und nachhaltiger öffentlicher Verkehrssysteme bieten. Diese Systeme sollten im Rahmen

langfristiger Konzepte, nachhaltiger Pläne für städtische Mobilität und gezielter Investitionen gut an Fuß- und Radwege angebunden werden.

Anteil der Stadtbevölkerung mit bequemer Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln – 2019 (in Prozent)



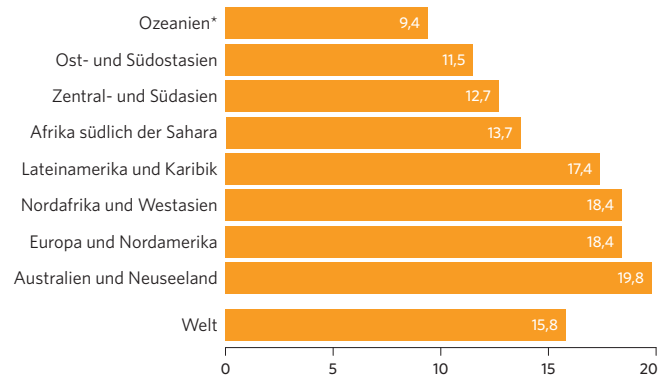
Anmerkung: Nach Daten für 610 Städte, davon 28 in Australien und Neuseeland, 94 in Zentral- und Südasiens, 102 in Ost- und Südostasien, 63 in Lateinamerika und der Karibik, 97 in Europa und Nordamerika, 85 in Afrika südlich der Sahara und 141 in Nordafrika und Westasien.

Die städtischen Gebiete liegen global weit unter der Zielvorgabe für Straßen und öffentliche Freiflächen

Alle künftigen Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie und anderer Gesundheitsrisiken erfordern dringend eine Umstrukturierung städtischer Räume. Dabei sind öffentliche Freiflächen, insbesondere Straßen und Erholungsgebiete, zentral. Sind beispielsweise angemessene Straßen vorhanden, kommt dies auch denen zugute, die zu Fuß gehen oder mit dem Rad fahren, und fördert in Verbindung mit gemischter Nutzung die Inanspruchnahme nichtmotorisierter Transportmittel. Das ist nicht nur für die Gesundheit der Anwohner gut, sondern kann auch durch weniger überfüllte öffentliche Verkehrsmittel die von COVID-19 ausgehenden Risiken mindern.

Nach Daten von 2020, die im Rahmen einer Stichprobe in 911 Städten in 114 Ländern erhoben wurden, beträgt der Anteil des für Straßen und öffentliche Freiflächen vorgesehenen städtischen Raums im Weltdurchschnitt rund 16 Prozent und liegt damit weit unter dem von UN-Habitat empfohlenen Richtwert von 30 Prozent für Straßen und weiteren 10 bis 15 Prozent für öffentliche Freiflächen. Eine Verdoppelung dieser Anteile könnte sich zunächst schwierig gestalten. Die Pandemie hat jedoch erneut gezeigt, dass solche langfristigen Veränderungen und Anpassungen Risiken mindern und zugleich gesündere und lebenswertere Städte fördern können.

Anteil des weltweit für Straßen und öffentliche Freiflächen genutzten städtischen Raums (in Prozent)



* ohne Australien und Neuseeland

Anmerkung: Nach Daten für 911 Städte in 114 Ländern, davon 28 Städte in 2 Ländern in Australien und Neuseeland, 119 Städte in 22 Ländern in Europa und Nordamerika, 141 Städte in 19 Ländern in Nordafrika und Westasien, 253 Städte in 21 Ländern in Lateinamerika und der Karibik, 84 Städte in 18 Ländern in Afrika südlich der Sahara, 196 Städte in 14 Ländern in Zentral- und Südasi, 80 Städte in 12 Ländern in Ost- und Südostasien und 10 Städte in 6 Ländern in Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland).

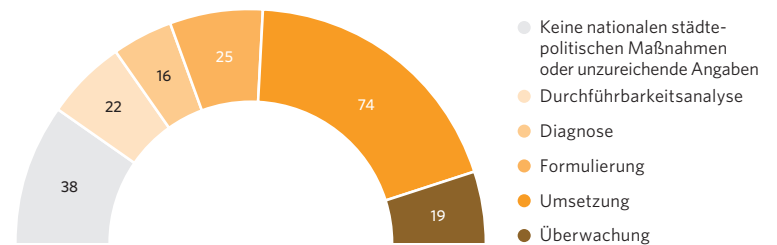
Immer mehr Länder beschließen nationale städtepolitische Maßnahmen, die für das Management von Pandemie- und anderen Risiken unabdingbar sind

Nationale städtepolitische Maßnahmen sind ein Paket kohärenter Leitlinien, die gemeinsam mit allen Interessenträgern erarbeitet werden und auf lange Sicht eine transformative, produktive, inklusive, gleichberechtigte und ökologisch resiliente Stadtentwicklung fördern. Werden sie gut umgesetzt, können sie den vieldimensionalen und weitreichenden Herausforderungen der Urbanisierung begegnen, indem sie unter anderem die Integration und Koordinierung verschiedener Sektoren, Gebiete und Gerichtsbarkeiten gewährleisten.

Weltweit beschließen immer mehr Länder nationale städtepolitische Maßnahmen. Bis März 2021 hatte knapp die Hälfte der 156 Länder mit solchen Maßnahmen bereits mit deren Umsetzung begonnen, 40 Prozent hatten die Erarbeitung aufgenommen, und 12 Prozent waren dabei, den Erfolg der Maßnahmen zu evaluieren. Der Prozess ist regional unterschiedlich weit vorangeschritten. In Europa und Nordamerika, Lateinamerika und Ost- und Südostasien werden mindestens drei Viertel der nationalen städtepolitischen Maßnahmen bereits umgesetzt. Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland) und Nordafrika und Westasien liegen jedoch weit zurück. Dort sind etwa 60 Prozent dieser Maßnahmen noch im Stadium der Durchführbarkeitsanalyse, der Diagnose, der Formulierung oder in anderen Frühstadien.

Da COVID-19 städtische Gebiete unverhältnismäßig stark trifft, müssen bestehende nationale städtepolitische Maßnahmen dringend aktualisiert werden. Dabei sollte der städtische Raum so umstrukturiert werden, dass er auf aktuelle und künftige Risiken vorbereitet ist, sie bewältigen kann und ihnen gegenüber resilienter wird.

Phasen nationaler städtepolitischer Maßnahmen – 2020 (Zahl der Länder)



Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen

Das Wachstum der Weltbevölkerung und die nicht nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen fördern den Klimawandel, zerstören die Natur und erhöhen die Umweltverschmutzung – mit verheerenden Folgen für die Erde. Etwa 14 Prozent der Lebensmittel weltweit gehen vor Erreichen des Einzelhandels entlang der Lieferkette verloren. Jede Minute werden 1 Million Plastik-Trinkflaschen gekauft, und jedes Jahr wandern 5 Billionen Plastiktüten in den Müll. Der globale Material-Fußabdruck ist zwischen 2000 und 2017 um 70 Prozent gewachsen. Wir haben heute die einmalige Chance, über eine transformative Strategie gegen COVID-19 nachhaltige und resiliente Volkswirtschaften und Gesellschaften aufzubauen. Es ist an der Zeit, Wirtschaftswachstum von Umweltzerstörung zu entkoppeln und die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes, die Steigerung der Ressourceneffizienz und die Förderung nachhaltiger Lebensweisen vollumfänglich in Angriff zu nehmen.

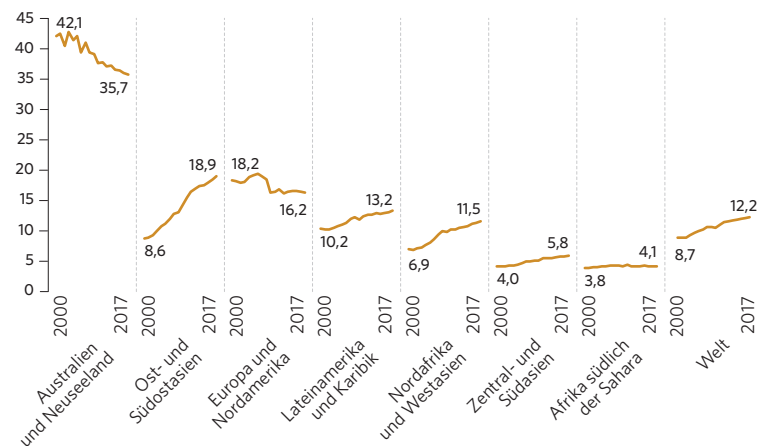


In einem im Rahmen der nationalen Strategie Ruandas zur Entsorgung und Wiederverwertung von Elektroschrott eingerichteten Werk zerlegt ein Beschäftigter elektronische Geräte. Der Bau des Werks und die Umsetzung der Strategie wurden durch eine Investition des Rwanda Green Fund ermöglicht.

Der rapide Anstieg des Verbrauchs an natürlichen Ressourcen ist unhaltbar

Der Inlandsmaterialverbrauch pro Kopf, also die Gesamtmaterialmenge, die eine Volkswirtschaft direkt zur Deckung ihres Konsumbedarfs einsetzt, ist zwischen 2000 und 2017 global um mehr als 40 Prozent (von 8,7 auf 12,2 Tonnen) gestiegen. In allen Regionen bis auf Europa und Nordamerika sowie Australien und Neuseeland ist er in den letzten 20 Jahren deutlich angewachsen. In den Entwicklungsländern ist dies hauptsächlich durch die Industrialisierung bedingt, einschließlich der Auslagerung materialintensiver Fertigungsprozesse aus den entwickelten Regionen. Der Einsatz natürlicher Ressourcen sowie daraus erwachsende Nutzen samt Umweltauswirkungen sind ungleich über Länder und Regionen verteilt. Nachhaltigkeit in Konsum und Produktion erfordert kreislaufwirtschaftliche Ansätze, um Abfälle, Verschwendung und Verschmutzung zu reduzieren oder zu vermeiden, Produkte und Materialien im Umlauf zu halten und natürliche Systeme zu regenerieren.

Inlandsmaterialverbrauch pro Kopf – 2000 bis 2017 (in Tonnen pro Kopf)

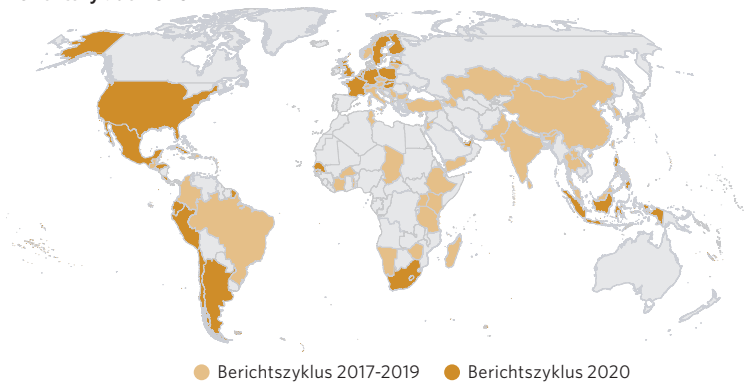


Die Fortschritte zugunsten von Nachhaltigkeit in Produktion und Konsum sind ungleichmäßig

Die Umstellung auf nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster ist eine Voraussetzung für die Bewältigung globaler Krisen wie Klimawandel, Biodiversitätsverlust und Umweltverschmutzung und ist von zentraler Bedeutung für eine nachhaltige Entwicklung. Die Entwicklung nationaler Instrumente und Strategien zur Förderung dieser Umstellung kommt voran. Für 2020 meldeten 83 Länder und die Europäische Union insgesamt 700 Politikmaßnahmen und Aktivitäten zu deren Umsetzung unter dem Zehnjahres-Programmrahmen für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster. Aus Afrika südlich der Sahara wurden nur 50 politische Maßnahmen und Umsetzungsaktivitäten gemeldet, verglichen mit 374 in Europa und Nordamerika.

Im Zusammenhang mit einem nachhaltigen öffentlichen Beschaffungswesen hatten bis Dezember 2020 40 Länder politische Maßnahmen oder Aktionspläne (oder entsprechende rechtliche Bestimmungen) zur Förderung der Beschaffung umweltfreundlicher, energieeffizienter Produkte sowie einer sozialverträglicheren Beschaffungspraxis und nachhaltiger Lieferketten gemeldet.

Länder, die nationale Aktionspläne oder politische Maßnahmen zugunsten von Nachhaltigkeit in Konsum und Produktion melden – Berichtszyklus 2017-2019 und Berichtszyklus 2020



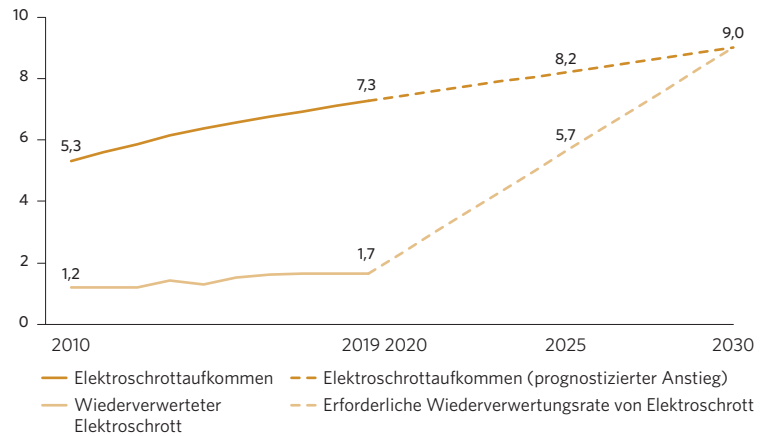
Anmerkung: Die in dieser Karte abgebildeten Grenzlinien und Namen und verwendeten Bezeichnungen implizieren weder offizielle Unterstützung noch Akzeptanz durch die Vereinten Nationen.

Elektroschrott nimmt weiter zu und wird nicht verantwortungsvoll entsorgt

2019 fielen weltweit 53,6 Millionen Tonnen Schrott aus elektronischen und elektrischen Geräten (Elektroschrott) an und damit über 20 Prozent mehr als 2014. Jeder Mensch erzeugte 2019 etwa 7,3 kg Elektroschrott, von denen nur 1,7 kg nachweislich umweltgerecht entsorgt wurden. Durch unsachgemäße Entsorgung gelangen toxische Chemikalien in den Boden und ins Wasser und gefährden die Umwelt und die menschliche Gesundheit. Sie führt auch dazu, dass erhebliche Mengen an knappen und wertvollen Rohstoffen wie Gold, Platin, Kobalt und seltene Erden verloren gehen. Bis zu 7 Prozent des weltweit vorhandenen Goldes könnten derzeit in Elektroschrott enthalten sein.

Das Elektroschrottaufkommen dürfte bis 2030 um jährlich 0,16 kg auf 9,0 kg pro Kopf (oder insgesamt 74,4 Millionen Tonnen) steigen. Demgegenüber stieg die Menge des tatsächlich wiederverwerteten Elektroschrotts in den letzten zehn Jahren jährlich um nur 0,05 kg pro Kopf. Diese Wachstumsrate muss sich mindestens verzehnfachen, um bis 2030 die Wiederverwertung des gesamten Elektroschrotts sicherzustellen.

Aufkommen und Wiederverwertung von Elektroschrott – 2010-2019, prognostiziertes Elektroschrottaufkommen und erforderliche Steigerung der Wiederverwertungsrate – 2020-2030 (in kg pro Kopf)

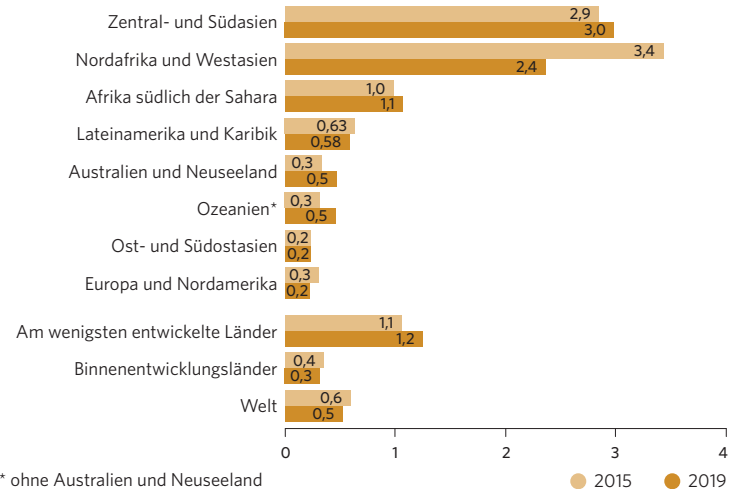


Uneinheitliche Fortschritte bei der Abschaffung der Subventionen für fossile Brennstoffe gefährden die Verwirklichung des Übereinkommens von Paris und der Agenda 2030

Die staatliche Subventionierung fossiler Brennstoffe wie Kohle, Erdöl und Erdgas schafft Anreize für deren Gewinnung und Verwendung und geht zulasten der Entwicklung und Nutzung sauberer und erneuerbarer Energien. Sie trägt zur Klimakrise und zur Luftverschmutzung bei und beeinträchtigt die öffentliche Gesundheit. Aufgrund niedrigerer Kraftstoffpreise sanken die Subventionen für fossile Brennstoffe 2019 auf 432 Milliarden USD, was die steigende Tendenz von 2017 (450 Mrd. USD) und 2018 (548 Mrd. USD) durchbrach. Für 2020 wurde aufgrund des Nachfrageeinbruchs und des Ölpreisschocks ein drastischer Rückgang der Subventionen für fossile Brennstoffe prognostiziert, der jedoch im Verhältnis zum BIP geringer als erwartet ausfallen dürfte, da das globale BIP ebenfalls gesunken ist. Viele Länder nutzten die Gelegenheit der niedrigeren Kraftstoffpreise der letzten beiden Jahre, um Reformen voranzutreiben und Subventionen abzubauen. Die Fortschritte sind jedoch weiter ungleichmäßig. Der starke Anstieg der Kraftstoffpreise 2021 könnte zu Rückschritten führen und die Einhaltung der in der Agenda

2030 für nachhaltige Entwicklung und im Übereinkommen von Paris eingegangenen Verpflichtungen gefährden.

Subventionen für fossile Brennstoffe im Verhältnis zum gesamten BIP – 2015 und 2019 (in Prozent)

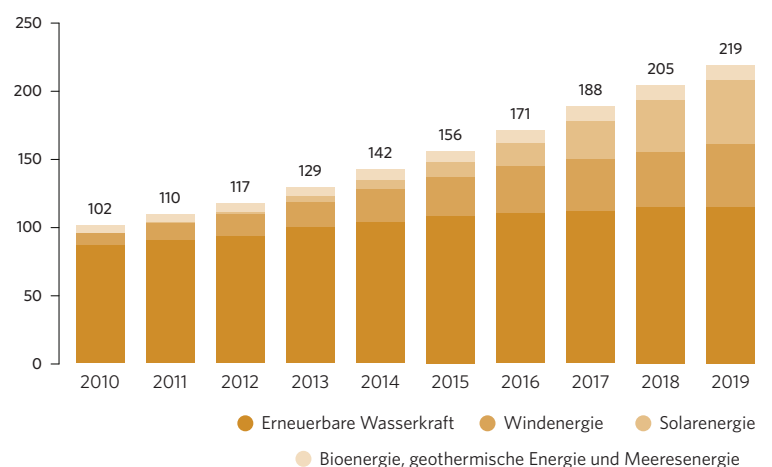


Trotz Fortschritten ist das ungenutzte Potenzial für erneuerbare Energien in den Entwicklungsländern weiter enorm

Die Installation neuer Kapazitäten zur Erzeugung erneuerbarer Energie ist in den letzten zehn Jahren weltweit bemerkenswert rasch vorangekommen und übertraf erstmals 2012 und seit 2015 durchgängig die Installation von Kapazitäten zur Erzeugung nicht erneuerbarer Energie. 2018 entstanden neue Kapazitäten für die Erzeugung erneuerbarer Energie erstmals mehrheitlich in Entwicklungsländern. Der erhebliche Kapazitätsausbau in diesen Ländern geht vor allem auf neue Kapazitäten für Solar- und Windenergie zurück, die zwischen 2010 und 2019 ein kumulatives Jahreswachstum von 72 bzw. 22 Prozent erreichten. Aktuellen Daten zufolge sind die Kapazitäten für die Erzeugung erneuerbarer Energie 2020 trotz der Pandemie noch rascher gestiegen.

Diese Kapazitäten lagen 2019 in den Entwicklungsländern bei 219 Watt pro Kopf, in den entwickelten Ländern mit 880 Watt pro Kopf hingegen viermal höher, was auf Wachstumspotenzial hindeutet.

Installierte Kapazitäten zur Erzeugung erneuerbarer Energie in Entwicklungsländern, nach Technologie – zwischen 2010 und 2019 (in Watt pro Kopf)





Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen

Trotz einer pandemiebedingten Wirtschaftsflaute hält die Klimakrise fast unvermindert an. Der vorübergehende Rückgang menschlicher Aktivitäten ließ die Emissionen sinken. Dennoch stiegen die Treibhausgaskonzentrationen 2020 auf neue Rekordhöhen. 2020 war eines der drei wärmsten je verzeichneten Jahre, und die globale Durchschnittstemperatur lag um 1,2 °C über dem Wert von 1850-1900. Die Welt ist immer noch weit von dem Ziel des Übereinkommens von Paris entfernt, die Erderwärmung auf 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen und bis 2050 weltweit CO₂-Neutralität zu erreichen.

Im Angesicht der Katastrophe kommt der Kampf gegen den Klimawandel in Fahrt. Die im Juni 2020 gestartete Kampagne „Race to Zero“ soll eine Koalition von Unternehmen, Städten, Regionen und Investoren hinter Netto-Null-Initiativen stellen und konkrete Kippunkte festlegen, die es in mehr als 20 Sektoren der Weltwirtschaft in naher Zukunft zu erreichen gilt. Per Dezember 2020 wurden mehr als zwei Drittel des globalen BIP dort erwirtschaftet, wo bereits „Netto-Null bis 2050“-Ziele bestehen oder geplant sind. Das erfasst mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung und der globalen Emissionen.



Diese Luftaufnahme zeigt die schwindende Eiskappe am Gipfel des Kilimandscharo in der Vereinigten Republik Tansania.

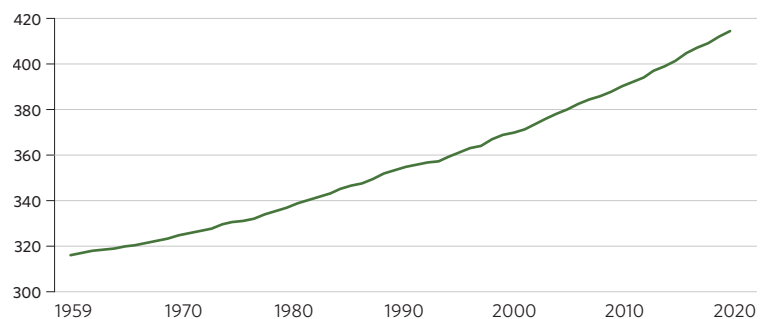
Die globale Pandemie hat die Verwundbarkeit der Menschheit aufgedeckt. Sie führt der Welt vor Augen, wie viel Schaden eine im Vergleich zum vollen Klimanotstand milde Krise anrichten kann. Wir müssen auf dieses Alarmsignal hören und den Wiederaufbau als Chance nutzen, die Emissionen zu senken und die Resilienz gegenüber Klimaänderungen zu erhöhen.

Ohne entscheidende Schritte hin zu CO₂-neutralen Volkswirtschaften werden die Treibhausgasemissionen weiter steigen

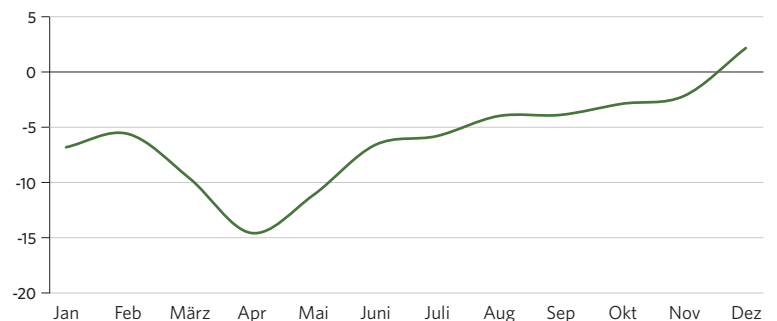
2015 verpflichteten sich 196 Vertragsparteien des Übereinkommens von Paris, einen nachhaltigen Entwicklungspfad einzuschlagen, und forderten, dass der Anstieg der Erdtemperatur deutlich unter 2 °C – idealerweise 1,5 °C – über dem vorindustriellen Niveau gehalten wird. Zur Erreichung dieser Ziele müssen der globale CO₂-Ausstoß bis 2030 gegenüber 2010 um 45 Prozent gesenkt und bis 2050 CO₂-Neutralität erreicht werden. 2020 erreichten die Treibhausgaskonzentrationen mit einem globalen durchschnittlichen CO₂-Stoffmengenanteil von mehr als 410 ppm einen neuen Höchststand.

2020 sorgte die COVID-19-Pandemie durch die starke Abnahme menschlicher Aktivitäten für einen kurzzeitigen Rückgang der CO₂-Emissionen gegenüber dem Vorjahr. Dieser Rückgang war in den entwickelten Ländern mit durchschnittlich fast 10 Prozent am größten und lag in den Entwicklungsländern bei 4 Prozent. Echtzeitdaten aus Orten wie Mauna Loa (Vereinigte Staaten von Amerika) und Cape Grim (Tasmanien) deuten jedoch darauf hin, dass die Konzentration von CO₂, Methan und Distickstoffmonoxid 2020 trotz des zeitweiligen Rückgangs der Gesamtemissionen weiter gestiegen ist. Im Dezember 2020 lagen die Emissionen schon um 2 Prozent über dem Vergleichswert des Vorjahrs. Mit der globalen Erholung von der Pandemie dürften die Emissionen weiter steigen, sofern keine entscheidenden Schritte hin zu CO₂-neutralen Volkswirtschaften unternommen werden.

CO₂-Konzentration – 1959-2020 (in ppm)



Monatliche Entwicklung der globalen CO₂-Emissionen – 2020 gegenüber 2019 (in Prozent)



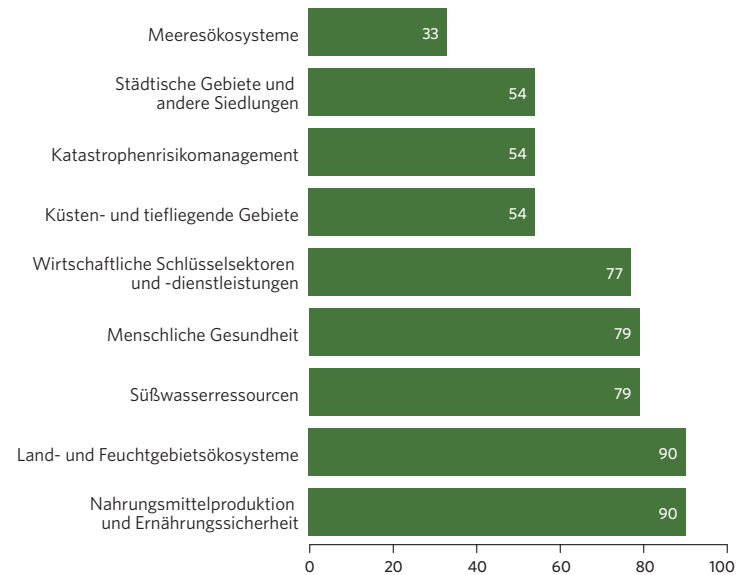
Trotz der globalen Pandemie fördern Länder den Klimaschutz mit einem Schwerpunkt auf Anpassung

Die Länder beschreiben ihre freiwilligen Maßnahmen zur Senkung ihrer Emissionen und zur Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels in ihren national festgelegten Beiträgen (NDC). Alle Vertragsparteien des Übereinkommens von Paris sind verpflichtet, aufeinanderfolgende NDC, die sie zu erreichen beabsichtigen, zu erarbeiten, zu übermitteln und beizubehalten. Bis Mai 2021 hatten 192 Vertragsparteien dem Sekretariat des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen ihre ersten NDC übermittelt. Zudem wurden bis Dezember 2020 48 dieser Beiträge als neue oder aktualisierte NDC vorgelegt, die 75 Vertragsparteien und 30 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen von 2017 umfassten. 39 der 48 neuen oder aktualisierten NDC enthielten Angaben zu Anpassung. Die Länder legen jetzt mehr quantifizierte Zielvorgaben und Indikatoren im Anpassungsbereich fest und ermitteln Verbindungen zwischen Anpassung, Nachhaltigkeitszielen und anderen Rahmen. Die in den NDC genannten Vorrangbereiche für die Anpassung sind Ernährungssicherheit und Nahrungsmittelproduktion, Land- und Feuchtgebietsökosysteme, Süßwasserressourcen, menschliche Gesundheit und wirtschaftliche Schlüsselsektoren und -dienstleistungen.

Immer mehr Länder priorisieren auch die Ausarbeitung und Umsetzung nationaler Anpassungspläne, um ihre Anstrengungen zur Anpassung an den Klimawandel zu verstärken. Dazu zählen der Bau von Hochwasserschutzanlagen, die Einrichtung von Frühwarnsystemen für Wirbelstürme und der Umstieg auf dürreresistente Nutzpflanzen. Mit Stand vom Mai 2021 waren in 125 von 154 Entwicklungsländern nationale Anpassungspläne in Ausarbeitung oder Umsetzung, und 22 Länder haben dem Sekretariat des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen ihre Pläne vorgelegt.

Entwickelte Länder leisten am wenigsten entwickelten Ländern, die für die Auswirkungen der Klimaänderungen besonders anfällig sind, bei der Ausarbeitung und Umsetzung dieser Pläne jetzt verstärkt technische Beratung und Unterstützung.

Vorrangbereiche, die von Ländern mit Angaben zur Anpassung in den Anpassungskomponenten ihrer NDCs genannt wurden – 2020 (in Prozent)



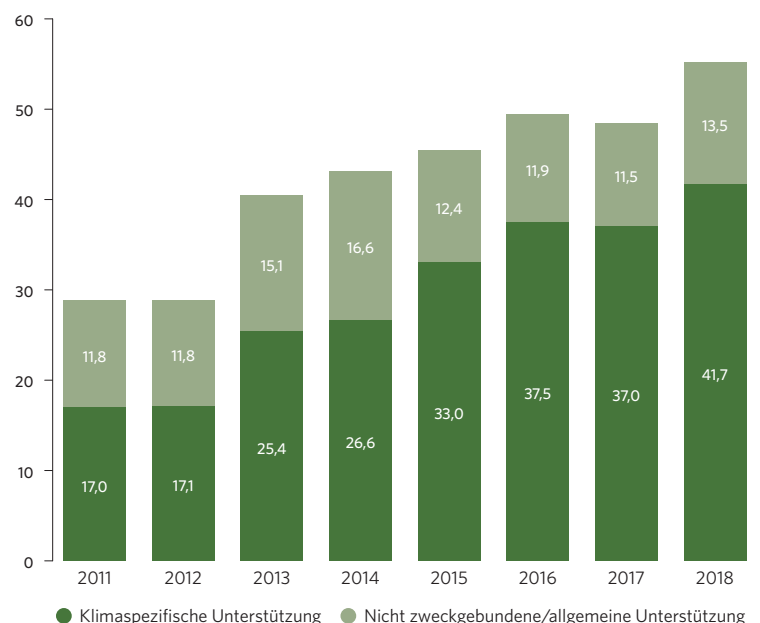
Der Übergang zu einer emissionsarmen, klimaresilienten Welt wird zunehmend finanziell unterstützt

Die entwickelten Länder stellen den Entwicklungsländern immer mehr Klimafinanzierung bereit. Dies zeugt von der anhaltenden Entschlossenheit, den Übergang zu einer emissionsarmen und klimaresilienten Welt zu unterstützen. Die von den in Anlage I aufgeführten Vertragsparteien des Übereinkommens von Paris gemeldete Klimafinanzierung lag 2017-2018 bei insgesamt durchschnittlich 48,7 Milliarden USD pro Jahr. Damit ist sie gegenüber 2015-2016 um 10 Prozent gestiegen. Zwar galt mehr als die Hälfte der gesamten klimaspezifischen Finanzhilfen 2017-2018 Minderungsmaßnahmen, doch steigt der Anteil für Anpassung, die von vielen Ländern bei der Bereitstellung finanzieller Unterstützung priorisiert wird.

Zwei Drittel der 2017-2018 geleisteten finanziellen Unterstützung (im Schnitt 32,3 Milliarden USD pro Jahr) flossen über bilaterale, regionale und andere Kanäle, während das restliche Drittel über multilaterale Institutionen und Fonds wie den Grünen Klimafonds geleitet wurde. Die Unterstützung, die der Fonds über sein Programm für Bereitschaftsteigerung bei der Erstellung nationaler Anpassungspläne leistet, nimmt für alle Regionen und Gruppen stetig zu. 11 Entwicklungsländer haben 23 Projektanträge an den Fonds gestellt, von denen 7 – mit einem Gesamtwert von 464 Millionen USD – genehmigt wurden.

2017-2018 entfiel der mit 36,2 Milliarden USD größte Anteil an der gesamten Klimafinanzierung auf klimaspezifische Unterstützung. Der Anteil nicht zweckgebundener/allgemeiner Unterstützung (als nicht klimaspezifisch angesehene finanzielle Unterstützung für multilaterale und bilaterale Institutionen) ist im Laufe der Zeit von über 40 Prozent (2011-2012) auf etwa 25 Prozent (2017-2018) gesunken.

Gesamte finanzielle Unterstützung, die von den in Anlage I des Rahmenübereinkommens über Klimaänderungen aufgeführten Vertragsparteien an das Sekretariat des Rahmenübereinkommens gemeldet wurde – 2011-2018 (in Milliarden USD)





Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen

Die Ozeane bilden die Lebensgrundlage für mehr als 3 Mrd. Menschen, und über 80 Prozent des Warenhandels werden auf dem Seeweg abgewickelt. Die Ozeane tragen zu Armutsbeseitigung, dauerhaftem Wirtschaftswachstum und Ernährungssicherheit bei, doch ihr Nutzen wird durch menschliche Aktivitäten zunehmend geschmälert. Steigende CO₂-Emissionen fördern Erwärmung und Versauerung der Ozeane und die Abnahme ihres Sauerstoffgehalts. Dies bedroht die Meeresökosysteme und die auf sie angewiesenen Menschen und überfordert die Ozeane in ihrer Fähigkeit, den Klimawandel zu mildern. Überfischung erschöpft bereits ein Drittel der Fischbestände. Verschmutzung vom Land aus, unter anderem durch Plastik sowie Nährstoff- und Abwassereintrag, schädigt küstennahe Lebensräume und Gemeinschaften. Die Langzeitauswirkungen dieser Veränderungen erfordern eine dringende Ausweitung des Schutzes der Meeresumwelt, der Investitionen in die Meereswissenschaft und der



Lokale Fischer in der Karibik sind Nutznießer eines Projekts zur Wiederherstellung des Meeresökosystems und zur Bewirtschaftung der Meeresressourcen, das gleichzeitig den Markt für Fischereiprodukte verbessern und den Küsten-Ökotourismus fördern soll

Unterstützung von Kleinfischereigemeinden sowie eine nachhaltige Bewirtschaftung der Ozeane.

Die Nachhaltigkeit unserer Ozeane erfordert erneuerte Anstrengungen zum Schutz der für die Biodiversität besonders wichtigen Gebiete

2020 standen mit 7,74 Prozent der Küstengewässer und Ozeane weltweit viel mehr Meeresgebiete unter Schutz. Das für 2020 gesetzte 10-Prozent-Ziel ist noch in Reichweite, da mehrere Neuausweisungen pandemiebedingt verschoben wurden. Zwischen 2000 und 2020 stieg der durchschnittliche Anteil ausgewiesener Schutzgebiete in für die Biodiversität besonders wichtigen Gebieten von 28 auf 44 Prozent. Allerdings war dieser Anstieg Mitte der 2000er Jahre am stärksten und stagniert seither. In den letzten fünf Jahren betrug er nur 1 Prozent, und im Durchschnitt ist weiter mehr als die Hälfte jedes für die Biodiversität besonders wichtigen Gebiets in keiner Weise geschützt.

Der Schutz für die Biodiversität besonders wichtiger Gebiete ist für die Nachhaltigkeit der Ozeane nach wie vor entscheidend. So wurde kürzlich im Südatlantik anhand von Satellitendaten die Lage der Brutgebiete und Nahrungsgründe von 14 Seevogel- und Robbenarten ermittelt, die für den Erhalt dieser und anderer Arten unverzichtbar sind. Dementsprechend wurde die Bewirtschaftung eines Meereschutzgebiets so umgestellt, dass die Fischerei zwei Monate länger eingestellt bleibt und mehrere dauerhafte Fischereiverbotzonen ausgeweitet wurden, der kommerzielle Fischfang jedoch innerhalb der Regeln erlaubt bleibt.

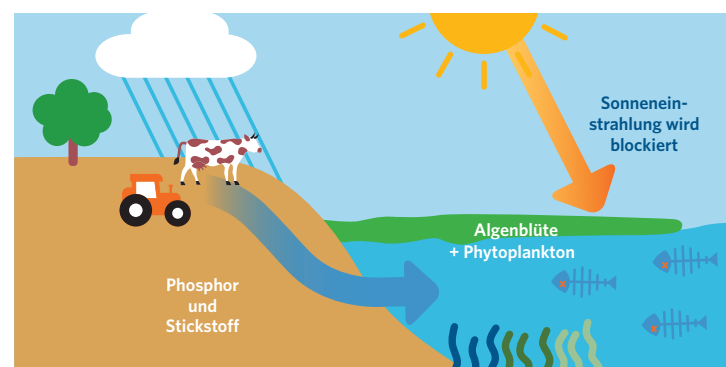
Die Zahl toter Zonen in Küstengewässern weltweit steigt erschreckend schnell

Die Küstengebiete, in denen fast 40 Prozent der Weltbevölkerung leben, sind zunehmend durch Eutrophierung – die durch menschliche Aktivitäten verursachte übermäßige Anreicherung von Nährstoffen in der Küstenumwelt – gefährdet. Die Hauptursachen dafür sind Überdüngung, Gülleeintrag, Abwassereinleitung, Aquakultur und Stickstoffeinträge aus der Atmosphäre. Die Küsteneutrophierung schadet der Umwelt und der Küstenbevölkerung und geht mit schädlichen Algenblüten, Sauerstoffmangel, Fisch- und Seegrassterben, dem Verlust von Korallenriffen und küstennahen Hartsubstratlebensräumen sowie Gesundheitsrisiken für Menschen beim Schwimmen und Fischfang einher. Die Zahl toter Zonen – Wassergebiete, deren Sauerstoffgehalt für Meereslebewesen nicht ausreicht – ist zwischen 2008 und 2019 weltweit von rund 400 auf etwa 700 gestiegen.

Veränderungen in der Eutrophierung lassen sich indirekt durch die Analyse des Algenwachstums und des Pigments Chlorophyll a, das Pflanzen und Algen grün färbt, überwachen. Globale Satellitendaten zeigen, dass die Chlorophyll-a-Konzentrationen in den ausschließlichen Wirtschaftszonen der Länder über den Basiswerten von 2000-2004 liegen. Dennoch gibt es Anzeichen für Fortschritte: Die Häufigkeit anomaler Chlorophyll-a-Werte in den ausschließlichen Wirtschaftszonen sank zwischen 2018 und 2020 um 20 Prozent. Die

Bemühungen, den Nährstoffeintrag in Küstengebiete zu verringern, zeigen in einigen Regionen Wirkung, doch lassen Algenblüten darauf schließen, dass das Problem der Küsteneutrophierung fortbesteht.

Eutrophierung und ihre Folgen



Ablaufwasser aus der Landwirtschaft und andere Schadstoffe (die Nährstoffe enthalten) gelangen durch Regen oder Dränwasser in den Ozean, wodurch Phytoplankton und Algen wachsen und an der Oberfläche blühen und die Wasserqualität sinkt. Diese Algenblüte kann das Sonnenlicht daran hindern, in das Wasser einzudringen, und so den Pflanzen darunter die Photosynthese erschweren und sie letztlich töten. Die absterbenden Algen und sich zersetzenden Pflanzen verbrauchen bei ihrer Zersetzung Sauerstoff, wodurch dem Wasser Sauerstoff fehlt (Hypoxie) und das Ökosystem zerstört wird.

Die weiter ungleiche Durchführung der internationalen Rechtsakte zur Erhaltung und verantwortlichen Nutzung der Meeresressourcen zeigt die Notwendigkeit stärkerer Unterstützung

Zur Erreichung von Ziel 14 müssen die internationalen Rechtsakte zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der Ozeane mittels rechtlicher und institutioneller Rahmen sektorübergreifend und integriert durchgeführt werden. Trotz Fortschritten ist ihre Durchführung jedoch ungleichmäßig, was die Notwendigkeit neuerlicher Anstrengungen und stärkerer Unterstützung zeigt.

Das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen von 1982 (SRÜ) und seine Durchführungsübereinkommen

Bislang haben 168 Vertragsparteien (mit der Europäischen Union) das SRÜ, 150 das Teil-XI-Übereinkommen von 1994 und 91 das Übereinkommen der Vereinten Nationen von 1995 über Fischbestände („Durchführungsübereinkommen“) ratifiziert oder sind ihnen beigetreten. Viele Vertragsstaaten führen die Übereinkommen über rechtliche, politische und institutionelle Rahmen durch. Der Umfang der Ratifikationen, Beitritte und Durchführungen variiert jedoch von Land zu Land. Daten von 2021 aus 45 Staaten und der Europäischen Union zufolge ist der Umfang der Ratifikation und des Beitritts in 84 Prozent der Länder sehr hoch oder hoch und in 16 Prozent niedrig oder sehr niedrig; der Durchführungsstand ist in 69 Prozent der Länder sehr hoch oder hoch, in 12 Prozent im Mittelfeld und in 19 Prozent niedrig oder sehr niedrig. Für eine wirksame Durchführung des SRÜ und seiner Durchführungsübereinkommen ist ein Verständnis der Engpässe in den einzelnen Ländern erforderlich. Gezielte und dauerhafte Initiativen für den Aufbau von Kapazitäten, insbesondere in den Entwicklungsländern, sind der Schlüssel zur Beseitigung solcher Hindernisse.

Übereinkommen über Hafenstaatmaßnahmen zur Verhinderung, Bekämpfung und Unterbindung der illegalen, ungemeldeten und unregulierten Fischerei

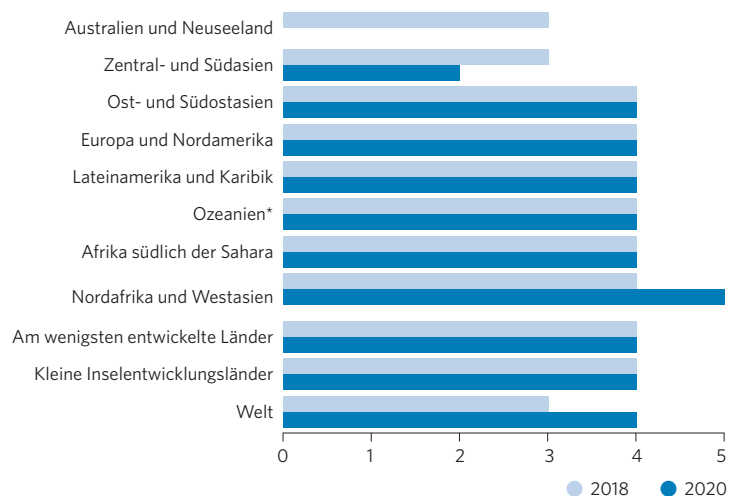
Fischereiresourcen werden oft gewildert, was zum Kollaps der lokalen Fischerei führt und eine nachhaltige Fischereibewirtschaftung behindert. Das Übereinkommen über Hafenstaatmaßnahmen – das erste verbindliche gezielte internationale Übereinkommen gegen die illegale, ungemeldete und unregulierte Fischerei (IUU-Fischerei) – ist Teil des unlängst erarbeiteten Rahmens für die Bekämpfung dieser Fischerei. Es trat 2016 in Kraft und hat derzeit 66 Vertragsparteien (mit der Europäischen Union). Es soll die IUU-Fischerei verhindern, beseitigen und von ihr abschrecken, indem beteiligte Schiffe am Anlaufen von Häfen und an der Anlandung ihrer Fänge gehindert werden. Zwischen 2018 und 2020 hat sich der durchschnittliche Durchführungsstand der internationalen Übereinkünfte zur Bekämpfung der IUU-Fischerei global von 3/5 auf 4/5 leicht verbessert. Dadurch rückt die Erreichung des Ziels näher, die IUU-Fischerei zu beenden. Dennoch sind weitere konzertierte Anstrengungen erforderlich.

Freiwillige Leitlinien für die Sicherung einer nachhaltigen Kleinfischerei im Kontext der Ernährungssicherheit und der Armutsbeseitigung

Die Freiwilligen Leitlinien sind ein international vereinbartes Rechtsinstrument, das eine bessere Aufsicht über die Kleinfischerei fördert, so auch in Bezug auf Wertschöpfungsketten, die Vorgänge nach dem Fang und den Handel. Etwa die Hälfte aller Länder hat konkrete Initiativen zur Unterstützung der Kleinfischerei beschlossen. Auf diese Art der Fischerei entfallen etwa die Hälfte der gesamten Fangmenge in den Entwicklungsländern und mehr als 90 Prozent aller Erwerbstätigen in der Fangfischerei und dem Fischereisektor; rund die Hälfte von ihnen Frauen. Diese Kleinfischereigemeinden sind weitgehend marginalisiert und haben oft nur begrenzten oder erschwerten Zugang zu Ressourcen und Märkten. Verschärft wird die Lage durch die COVID-19-Krise, die die Nachfrage weltweit gesenkt und zu Transporteinschränkungen geführt hat.

Seit 2015 wurden in den meisten Regionen mehr Regelungsrahmen verabschiedet, die die Kleinfischerei unterstützen und partizipative Entscheidungsprozesse fördern. Die Umsetzung dieser Rahmen ist zwischen 2018 und 2020 im Weltdurchschnitt insgesamt von 3/5 auf 4/5 gestiegen; so auch in den Regionen Nordafrika und Westasien. In Zentral- und Südasiens macht das Absinken des regionalen Wertes von 3/5 auf 2/5 dagegen auf die Notwendigkeit stärkerer Anstrengungen aufmerksam. Das entsprechende Engagement der Länder nimmt zwar zu, doch ist angesichts der Coronavirus-Pandemie eine stärkere Unterstützung der Kleinfischerei unerlässlich.

Durchführungsstand der internationalen Rechtsakte zur Förderung und zum Schutz der Kleinfischerei – 2018-2020



Die Mittel für die Meeresforschung stehen in keinem Verhältnis zum enormen Wirtschaftsbeitrag der Weltmeere

Meeresforschung kann teuer und logistisch schwierig sein und erfordert hochentwickelte Technologie, Ausrüstung, Forschungsschiffe, Sensoren und Anlagen. Der Anteil der Bruttoinlandsaufwendungen für Forschung und Entwicklung, der in die Meereswissenschaften fließt, liegt deutlich unter dem Anteil für andere Forschungs- und Innovationsbereiche. Im Schnitt waren zwischen 2013 und 2017 nur 1,2 Prozent der nationalen Forschungshaushalte den Meereswissenschaften gewidmet, wobei die Anteile von 0,02 bis 9,5 Prozent reichten. Das ist gemessen am Beitrag der Meere zur Weltwirtschaft, der 2010 vorsichtig geschätzt 1,5 Billionen USD betrug, ein Taschengeld. Die höchsten Haushaltsmittel für Ozean- und Küstenaktivitäten,

darunter die Meereswissenschaften und andere staatliche Programme zugunsten der Ozeane und Küsten, meldeten 2017 die Vereinigten Staaten von Amerika mit 12 Milliarden USD, gefolgt von Japan mit 600 Millionen USD und Australien mit 511 Millionen USD.

Die vollen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Meereswissenschaften sind noch nicht abzusehen, doch eine der unmittelbaren Folgen bestand in einer drastisch reduzierten Meeresbeobachtung, da fast alle Forschungsschiffe in ihre Heimathäfen gerufen wurden. Verankerungsarrays (Bojen und verankerte Systeme mit Instrumenten und Kommunikationsausrüstung) drohen auszufallen und die internationale Meeresforschung auf lange Sicht zu beeinträchtigen.



Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation

beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen

Für eine nachhaltige Entwicklung ist es unabdingbar, die Umweltzerstörung zu beenden und unseren Planeten wiederherzustellen. Dennoch werden Wälder abgeholzt, die Biodiversität sinkt, und Landökosysteme werden in enormem Maß geschädigt – mit tiefgreifenden Folgen für das Überleben und das Wohl der Menschen. Schon ein Fünftel der Landfläche der Erde ist von Bodendegradation betroffen. Der Handel mit Wildtieren und -pflanzen bedroht durch Zoonosen (vom Tier auf den Menschen übertragene Krankheiten), die heute den Großteil der neuen Infektionskrankheiten ausmachen, die menschliche Gesundheit, die wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherheit. Die Pandemie hat erneut gezeigt, dass die Menschheit durch die Gefährdung der Biodiversität ihr eigenes Überleben gefährdet. Zur Bewältigung dieser Probleme werden erhebliche Anstrengungen unternommen, um die nachhaltige Waldbewirtschaftung auszuweiten



Ein Junge streift durch ein artenreiches Gebiet in Argentinien. Ziel des Projekts zur nachhaltigen Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen ist eine bessere Bewirtschaftung der Waldressourcen und die Erhaltung der Artenvielfalt in Schutzgebieten und Waldlandschaften.

und die für die biologische Vielfalt wichtigen Gebiete zu schützen. Durch Rechtsvorschriften und Rechnungslegungsgrundsätze weisen Länder der Natur einen Wert zu und bekämpfen Bedrohungen der Biodiversität, darunter die zunehmende Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten. Es ist an der Zeit, die Gesundheit der Erde in den Mittelpunkt aller unserer Pläne und Maßnahmen zu stellen.

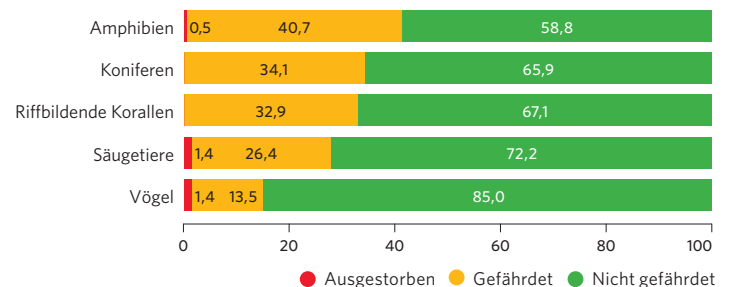
Über ein Viertel der Arten auf der Roten Liste der IUCN ist vom Aussterben bedroht

Menschliche Aktivitäten lassen die biologische Vielfalt heute schneller denn je abnehmen. Die Welt hat die Zielvorgabe für 2020 zur Aufhaltung des Biodiversitätsverlusts verfehlt. Der Rote-Liste-Index der Internationalen Union für die Erhaltung der Natur (IUCN), der das allgemeine Aussterberisiko für verschiedene Arten überwacht, zeigt einen Artenrückgang um 10 Prozent seit 1993. Von den 134.400 bewerteten Arten sind 28 Prozent (mehr als 37.400 Arten) vom Aussterben bedroht, darunter 41 Prozent der Amphibien, 34 Prozent der Koniferen, 33 Prozent der riffbildenden Korallen, 26 Prozent der Säugetiere und 14 Prozent der Vögel. Hauptursachen des Artenverlusts sind landwirtschaftliche und städtische Entwicklung, nicht nachhaltige Entnahme durch Jagd, Fischerei, Fallenstellen und Holzeinschlag sowie invasive gebietsfremde Arten.

Glücklicherweise können Schutzmaßnahmen einen weiteren Artenverlust abwenden. So waren die Bekämpfung invasiver Arten, die Artenerhaltung in Zoos und anderen Sammlungen und der Gebietsschutz für viele Vogel- und Säugetierarten ein Gewinn. Seit 1993 konnte

durch Schutzmaßnahmen das Aussterben von 21 bis 32 Vogelarten und 7 bis 16 Säugetierarten verhindert werden. Da im selben Zeitraum 10 Vogel- und 5 Säugetierarten nachweislich oder vermutlich ausgestorben sind, liegt der Schluss nahe, dass ohne diese Maßnahmen drei- bis viermal mehr Arten ausgestorben wären.

Beste Schätzungen der Anteile der vom Aussterben bedrohten Arten im Rote-Liste-Index, nach Artengruppe – 2021 (in Prozent)



Der Schutz der für die Biodiversität besonders wichtigen Gebiete ist für die ökologische Nachhaltigkeit unerlässlich, doch sind die Fortschritte ins Stocken geraten

Der Schutz der für die Biodiversität besonders wichtigen Gebiete gilt seit langem als Eckpfeiler der Erhaltung der biologischen Vielfalt. 2020 waren für die Biodiversität besonders wichtige Landgebiete im Schnitt zu je 43 Prozent als Schutzgebiete ausgewiesen. Für Süßwasser- und Berggebiete lag dieser Wert bei 42 bzw. 41 Prozent. Dies ist ein Anstieg um 13 bis 14 Prozentpunkte gegenüber 2000. In den letzten fünf Jahren stagnierte die Ausweisung von Schutzgebieten jedoch. Im Durchschnitt liegt mehr als die Hälfte jedes für die Biodiversität besonders wichtiges Gebiets weiter außerhalb von Schutzgebieten.

Gezielte Politikmaßnahmen können diese besonders wichtigen Gebiete und die von ihnen abhängigen Gemeinschaften schützen. In Kamerun hat die Regierung im August 2020 im Ebo-Wald (die Hälfte des für die Biodiversität besonders wichtigen Gebiets Yabassi) einen Holzeinschlag gestoppt. Ebo ist ein großes, intaktes Waldsystem mit 12 Pflanzenarten, die nirgendwo sonst zu finden sind. Auch Gorillas, Schimpansen, Waldelefanten, Preuss-Stummelaffen und viele weitere seltene und vom Aussterben bedrohte Arten sind dort zuhause. Zudem ist der Ebo-Wald die angestammte Heimat von mehr als 40 lokalen Gemeinschaften, deren Lebensunterhalt an die reichhaltigen und vielfältigen natürlichen Ressourcen des Gebiets geknüpft ist.

Trotz Fortschritten bei der nachhaltigen Waldbewirtschaftung schreitet der Waldverlust alarmierend rasch voran

Mit einer Fläche von 4,1 Milliarden Hektar beherbergen Wälder den Großteil der biologischen Vielfalt der Welt. Sie helfen, den Wasserkreislauf zu regulieren und den Klimawandel abzuschwächen, und sie sind für etwa 1,6 Milliarden Menschen direkte Quelle von Nahrung, Einkommen, Wohnraum und Energie. Die nachhaltige Waldbewirtschaftung verfolgt das Ziel, den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Wert aller Arten von Wäldern für heutige und künftige Generationen zu erhalten und zu verbessern. Sie ist von 2000-2010 auf 2010-2020 weltweit erheblich vorangekommen. Die Waldfläche unter Zertifizierung nahm global und in den meisten Regionen zu oder blieb stabil, ebenso wie der Anteil der Wälder in Schutzgebieten oder unter langfristigen Bewirtschaftungsplänen und die oberirdische Waldbiomasse pro Hektar.

Trotz seines langsameren Voranschreitens ist der globale Waldverlust weiter alarmierend. Der Anteil der Waldfläche an der gesamten Landfläche der Erde sank zwischen 2000 und 2020 von 31,9 auf 31,2 Prozent und damit netto um fast 100 Millionen Hektar. In Südostasien und Afrika sowie in den am wenigsten entwickelten Ländern, den Binnenentwicklungsländern und den kleinen Inselentwicklungsländern ist der Waldverlust zumeist aufgrund der Umwandlung von Wald in Agrarland gestiegen. Entwaldung und Walddegradation sind insbesondere in den Tropen weiter ein enormes Problem. Der anhaltende Waldverlust zeigt die Notwendigkeit rascheren Handelns, um die Entwaldung zu verringern, degradierte Flächen zu sanieren und Wälder und Böden nachhaltig zu bewirtschaften. Solche Maßnahmen werden auch die Widerstandsfähigkeit der Ökosysteme gegenüber dem Klimawandel erhöhen, die biologische Vielfalt schützen und die Lebensgrundlagen in ländlichen Gebieten stützen.

Matrix der Fortschritte bei der nachhaltigen Waldbewirtschaftung

Region	Jährliche Veränderungsrate der Waldfläche von 2000-2010 bis 2010-2020	Oberirdische Biomasse in Wäldern, Veränderung 2010-2020	Anteil der Waldflächen innerhalb ausgewiesener Schutzgebiete, Veränderung 2010-2020	Anteil der Waldflächen mit langfristigem Bewirtschaftungsplan, Veränderung 2010-2020	Zertifizierte Waldflächen, Veränderung 2010-2020
Zentral- und Südostasien	▲	●	▲	▲	▲
Ost- und Südostasien	▲	▲	▲	▲	▲
Nordafrika und Westasien	▼	▲	▲	▲	▲
Afrika südlich der Sahara	▼	●	▲	▲	▲
Europa und Nordamerika	▲	▲	▲	▲	▲
Lateinamerika und Karibik	●	▲	▲	▲	▲
Ozeanien*	▼	●	▲	●	▲
Australien und Neuseeland	▲	▼	▲	●	▲
Am wenigsten entwickelte Länder	▼	●	▲	▲	▲
Binnenentwicklungsländer	▼	●	▲	▲	▼
Kleine Inselentwicklungsländer	▼	●	▲	▲	▲
Welt	●	▲	▲	▲	▲

▲ Positive Änderung ● Keine/kaum Änderung ▼ Negative Änderung

* ohne Australien und Neuseeland

Anmerkung: Die jährliche Veränderungsrate der Waldfläche errechnet sich über eine Formel des durchschnittlichen jährlichen Wachstums.

Fast alle Länder haben Rechtsvorschriften in Bezug auf invasive gebietsfremde Arten, doch fehlt es an Mitteln zur Umsetzung

Invasive gebietsfremde Arten sind Tiere, Pflanzen oder andere Organismen, die vom Menschen in Ökosysteme außerhalb ihres natürlichen Verbreitungsgebiets eingeführt wurden, sich dort etabliert haben und die einheimische Biodiversität beeinträchtigen. Sie sind ein Hauptfaktor für den Rückgang der biologischen Vielfalt und das Artensterben und beeinträchtigen Ökosystemleistungen, die Lebensgrundlagen und das Wohl der Menschen und die Volkswirtschaften. Invasive gebietsfremde Arten werden entweder absichtlich – etwa für Jagd- und Fischereizwecke – oder unabsichtlich, beispielsweise als Fremdkörper mit Handelswaren oder als „Anhalter“ mit Fahrzeugen oder Booten in neue Gebiete eingeführt. Mit der größeren weltweiten Mobilität von Menschen und Gütern dürfte die Zahl der etablierten gebietsfremden Arten zwischen 2005 und 2050 um 36 Prozent steigen.

Die Auswirkungen invasiver gebietsfremder Arten, die die Weltwirtschaft jedes Jahr Milliarden Dollar kosten, lassen sich am kosteneffizientesten dadurch bekämpfen, dass die Einführung dieser Arten verhindert wird. Die Regierungen handeln entsprechend. Fast alle Länder (98 Prozent) haben inzwischen innerstaatliche Rechtsvorschriften zur Verhinderung und Eindämmung invasiver gebietsfremder Arten, die jedoch die einzelnen Sektoren unterschiedlich stark erfassen. Die meisten Länder haben Rechtsvorschriften zur Pflanzen- und Tiergesundheit in der Landwirtschaft (92 Prozent bzw. 82 Prozent), weniger Länder jedoch solche, die auf die Umwelt (42 Prozent) oder auf Fischerei und Aquakultur (27 Prozent) ausgerichtet sind.

Ausreichende Mittel sind für wirksame Maßnahmen entscheidend, doch melden nur 55 Prozent der Länder Haushaltsmittel für die Bekämpfung invasiver Arten, und nur 37 Prozent haben globale Finanzierungsmechanismen in Anspruch genommen.



Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige,

rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen

Vom Ziel friedlicher, gerechter und inklusiver Gesellschaften ist die Welt noch weit entfernt. Hunderte Millionen Menschen leben in fragilen und von Konflikten betroffenen Staaten. Ende 2020 war etwa 1 Prozent der Weltbevölkerung – 82,4 Millionen Menschen – aufgrund von Verfolgung, Konflikten oder allgemeiner Gewalt vertrieben. Die COVID-19-Pandemie hat Ungleichheit und Diskriminierung offengelegt und verschärft. In der Tat hat sie die Funktionsfähigkeit von Regierungen erheblich beeinträchtigt und die Rechts- und Schutzsysteme der Staaten auf die Probe gestellt, geschwächt und teils sogar zerstört. Überall auf der Welt trifft die Pandemie die Schwächsten besonders



Eine Frau flieht mit ihren beiden kleinen Kindern vor Kampfhandlungen. Jedes Jahr werden Abermillionen Menschen aufgrund von Verfolgung, Konflikten oder allgemeiner Gewalt zu Vertriebenen.

hart, und Kinder sind stark gefährdet. Die Überwindung der Krise und eine nachhaltige Entwicklung müssen auf Frieden, Stabilität, Achtung der Menschenrechte, wirksamer Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit gründen.

Die Pandemie erhöht für Kinder das Risiko von Ausbeutung, darunter Kinderhandel und Kinderarbeit

Millionen Kinder in aller Welt sind verschiedenen Formen der Ausbeutung ausgesetzt, darunter Kinderhandel und Kinderarbeit. Ihre Gefährdung steigt durch die kombinierten Auswirkungen pandemiebedingter Schulschließungen und wirtschaftlicher Not.

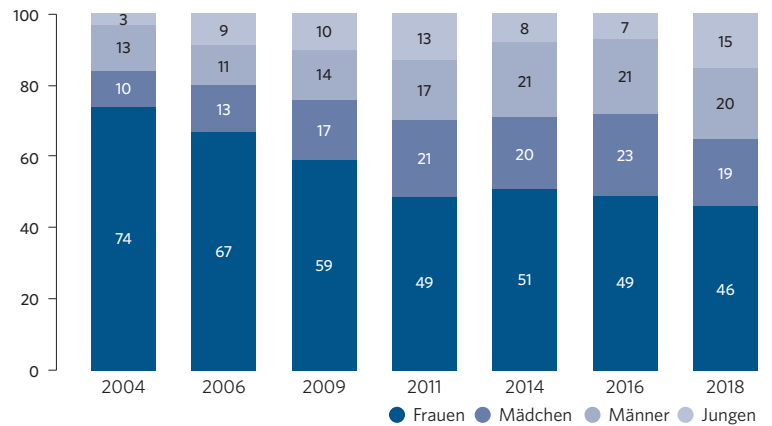
Menschenhandel gibt es in jedem Land, und diejenigen, die dieser kriminellen Aktivität nachgehen, haben es auf ausgegrenzte und verarmte Menschen, darunter Kinder, abgesehen. 2018 waren weltweit ein Drittel der entdeckten Opfer von Menschenhandel Kinder; in Ländern mit niedrigem Einkommen lag ihr Anteil bei der Hälfte. Mädchen werden vorwiegend Opfer sexueller Ausbeutung (72 Prozent der entdeckten Mädchen), während Jungen hauptsächlich Zwangsarbeit ausgesetzt sind (66 Prozent der entdeckten Jungen). Analog zu früheren Wirtschaftskrisen dürften der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit unter Erwachsenen und eine asymmetrische globale Erholung von COVID-19 das Risiko des Menschenhandels erhöhen. Daher könnten Investitionen in die Schaffung von Arbeitsplätzen für Erwachsene und Jugendliche über dem gesetzlichen Mindestarbeitsalter zusammen mit einer Konjunkturerholung in allen Ländern die Gefährdung von Kindern durch verschiedene Formen der Ausbeutung verringern.

Kinderarbeit und Kinderhandel sind miteinander verknüpft. In Ländern, in denen mehr Kinder unter den Opfern des Menschenhandels sind, ist auch die Prävalenz von Kinderarbeit höher. Globale Trends legen nahe, dass die Kinderarbeit zum ersten Mal seit zwanzig Jahren wieder zunimmt. Anfang 2020 leisteten 160 Millionen Kinder (63 Millionen Mädchen und 97 Millionen Jungen) Kinderarbeit (ausgenommen deren schlimmste Formen wie Schuldknechtschaft, Zwangsarbeit und gewerbsmäßige sexuelle Ausbeutung). Das ist fast ein Zehntel aller Kinder. Fast die Hälfte von ihnen (79 Millionen) verrichtete gefährliche Tätigkeiten.

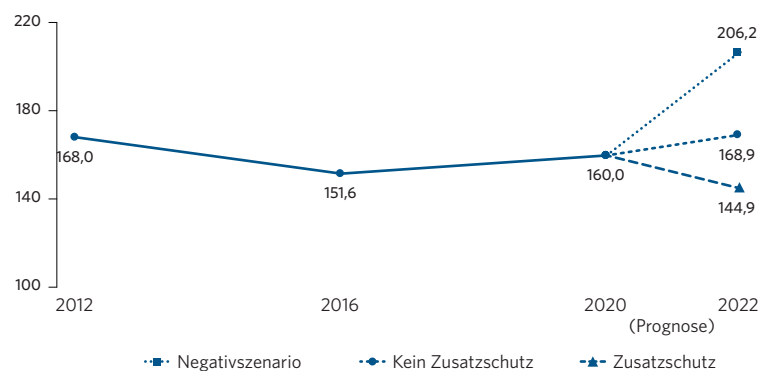
Die Auswirkungen von COVID-19 drohen bis Ende 2022 weitere 8,9 Millionen Kinder in die Kinderarbeit zu drängen, da Kinder wegen Arbeitsplatzverlusten und Einkommensausfällen in der Familie zur Arbeit geschickt werden. Eine rasche Ausweitung einkommen-

stützender Maßnahmen und des Sozialschutzes könnte diesen Anstieg abfedern.

Anteil der entdeckten Opfer von Menschenhandel nach Geschlecht und Alter – 2004-2018 (in Prozent)



Anzahl der Kinder im Alter von 5-17 Jahren, die Kinderarbeit verrichten – 2012-2020 und Prognose bis 2022 (in Millionen)



Anmerkung: Das Negativszenario prognostiziert den Rückgang des Sozialschutzes aufgrund von Sparmaßnahmen und anderen Faktoren. Das Szenario „kein Zusatzschutz“ zeigt einen Anstieg der Armut ohne zusätzliche Schutzmaßnahmen. Das Szenario „Zusatzschutz“ spiegelt eine Ausweitung des Sozialschutzes wider.

Bestechung ist in Ländern mit niedrigem Einkommen fünfmal so häufig wie in Ländern mit hohem Einkommen

Korruption steht einer nachhaltigen Entwicklung entgegen, da sie die Einkommensungleichheit erhöht, in- und ausländische Investitionen verringert und die Dienstleistungsqualität im öffentlichen Sektor erheblich mindert. Dennoch sind Schmiergeldforderungen für den Zugang zu öffentlichen Grunddienstleistungen im Gesundheits-, Bildungs- und Justizwesen und zu Wasser- und Stromversorgung in vielen Ländern alltäglich. Der soziale und wirtschaftliche Entwicklungsstand eines Landes beeinflusst das Korruptionsrisiko

maßgeblich. Nach den neuesten verfügbaren Daten für 2011-2020 aus mehr als 120 Ländern und Hoheitsgebieten liegt die durchschnittliche Verbreitung von Bestechung in Ländern mit niedrigem Einkommen bei 37,6 Prozent, in Ländern mit hohem Einkommen dagegen bei 7,2 Prozent. Die COVID-19-Pandemie hat neben ihren augenfälligeren Auswirkungen auch der Korruption Tür und Tor geöffnet. Korruptionsbekämpfung unterstützt eine inklusivere, auf Integrität und Rechenschaftspflicht gründende Erholung von der Krise.

Trotz Fortschritten in den meisten Regionen sterben nach wie vor viele Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten

Bewaffnete Konflikte führen zu Todesfällen, Verletzungen, Traumatisierung und Vertreibung unter der Zivilbevölkerung und zur Schädigung unverzichtbarer Infrastruktur, auch in der Gesundheitsversorgung. Sie gehen mit grassierenden Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts, auch gegenüber Kindern, einher. Zwischen 2015 und 2020 forderten 12 der tödlichsten bewaffneten Konflikte nachweislich mindestens 176.095 Todesopfer unter der Zivilbevölkerung. Trotz der hohen Zahl entspricht dies im selben Zeitraum einem weltweiten jährlichen Rückgang um 61 Prozent. Afrika südlich der Sahara verzeichnete jedoch einen Anstieg um 66 Prozent. Der globale Rückgang der Zahl der Todesopfer unter der

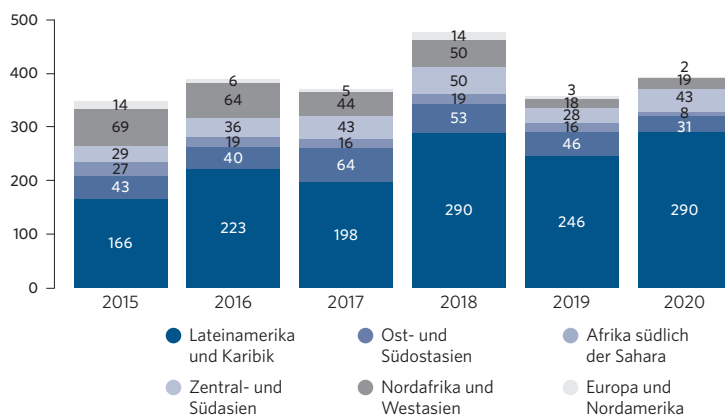
Zivilbevölkerung ist darauf zurückzuführen, dass einige der schlimmsten Konflikte jetzt weniger tödlich sind, sowie auf die kollektiven Bemühungen um einen besseren Schutz der Zivilbevölkerung.

2020 wurden 5 Zivilpersonen je 100.000 Menschen in bewaffneten Konflikten getötet, ein Siebtel von ihnen Frauen oder Kinder. Kleinwaffen und leichte Waffen (27 Prozent) und schwere Waffen und Sprengmunition (24 Prozent) forderten die meisten zivilen Todesopfer. Die Vereinten Nationen haben 2020 wiederholt zu einer weltweiten Waffenruhe aufgerufen, um Zivilpersonen vor der todbringenden Kombination aus bewaffneten Konflikten und COVID-19 zu schützen.

Die Zahl derer, die die Menschenrechte verteidigen, journalistisch oder gewerkschaftlich tätig sind und deswegen ermordet werden, ist nach wie vor inakzeptabel

Seit 2015 wurden in mehr als einem Drittel der Mitgliedstaaten Personen, die die Menschenrechte verteidigen, journalistisch oder gewerkschaftlich tätig sind, getötet. Daran hat die Pandemie nichts geändert. 2020 wurden in 32 Ländern 331 Menschenrechtsverteidiger (18 Prozent mehr als 2019) getötet, und in 14 Ländern gab es 19 Fälle von Verschwindenlassen. 13 Prozent der Opfer waren Frauen. Lateinamerika ist nach wie vor die am stärksten betroffene Region. Im selben Jahr wurden auch 62 Journalistinnen und Journalisten getötet, weniger als in jedem der zehn Jahre zuvor. Straflosigkeit ist eine der Hauptursachen für diese Tötungen, und in manchen Fällen wurden Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung vorgeschoben, um Rechenschaft zu vermeiden. Der Schlüssel zur Verhinderung weiterer Todesfälle liegt im politischen Willen, die Tatverantwortlichen strafrechtlich zu verfolgen. Darüber hinaus sollten die Mitgliedstaaten den entscheidenden Beitrag dieser mutigen Menschen zum Aufbau gerechterer, auf Rechtsstaatlichkeit gründender Gesellschaften öffentlich würdigen.

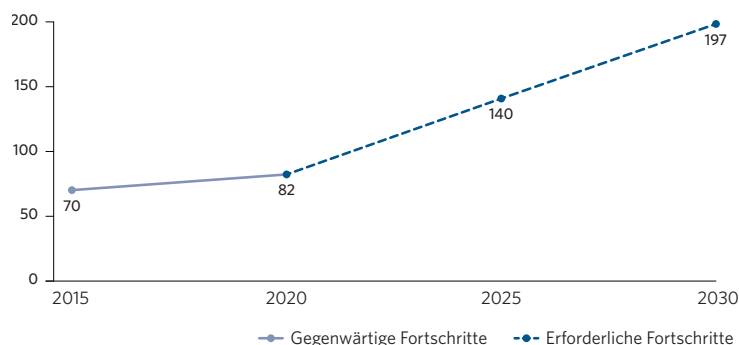
Anzahl der getöteten Personen, die die Menschenrechte verteidigten, journalistisch oder gewerkschaftlich tätig waren, nach Region – 2015-2020



Verstärkte Anstrengungen zur Schaffung nationaler Menschenrechtsinstitutionen, deren Wert sich während der Pandemie erwiesen hat

Nationale Menschenrechtsinstitutionen (NMRI) sind unabhängige Organe, die die Menschenrechte fördern und schützen. Sie waren während der Pandemie unverzichtbar, da sie die Auswirkungen der Krise auf die Gesundheit und andere Bereiche überwacht und ihre menschenrechtlichen Folgen verdeutlicht haben. Auch haben sie falsche und irreführende Informationen bekämpft und sich für den Schutz gefährdeter Gruppen eingesetzt. Unabhängige NMRI, die den internationalen Standards folgen, gab es 2020 in 82 Ländern (17 Prozent mehr als 2015). In einem Drittel der am wenigsten entwickelten Länder folgen die NMRI internationalen Standards (2015: ein Fünftel). Dies ist jedoch nicht genug, um die Zielvorgabe für 2030 zu erreichen. Ohne neue unabhängige NMRI seit 2018 sind Fortschritte in den meisten Regionen erlahmt. Zur Schaffung und Stärkung von NMRI und für einen umfassenderen Zugang zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte sind weitaus stärkere Anstrengungen vonnöten.

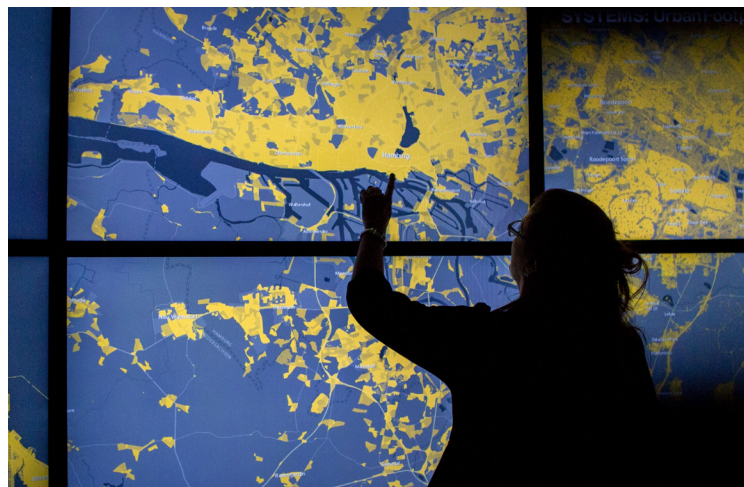
Anzahl der Länder und Hoheitsgebiete mit unabhängigen NMRI, die den Pariser Grundsätzen folgen – 2015-2020 – und zur Erreichung der Zielvorgabe erforderliche Fortschritte – 2020-2030





Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen

Die Pandemie stellt ohnehin schon wacklige multilaterale und globale Partnerschaften weiter auf die Probe. Während die offizielle Entwicklungszusammenarbeit (ODA) 2020 stärker stieg und die Überweisungsströme nicht so stark sanken wie erwartet, fielen die ausländischen Direktinvestitionen um 40 Prozent. Die Pandemie wirkt sich in vielen Ländern in Form von Überschuldung aus und schmälert zudem den fiskalischen und politischen Handlungsspielraum für wichtige Investitionen in die Erholung (darunter der Zugang zu Impfstoffen), den Klimaschutz und die Nachhaltigkeitsziele, was die Erholungsphase zu verlängern droht. Die Verflechtung der Weltwirtschaft erfordert globale Maßnahmen, um sicherzustellen, dass alle Länder, insbesondere die Entwicklungsländer, die einander verstärkenden und parallel verlaufenden Gesundheits-, Wirtschafts- und Umweltkrisen



Die Verknüpfung von Geo- und Statistikinformatoren unterstützt Entscheidungsprozesse und Politikgestaltung, so auch bei der Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele.

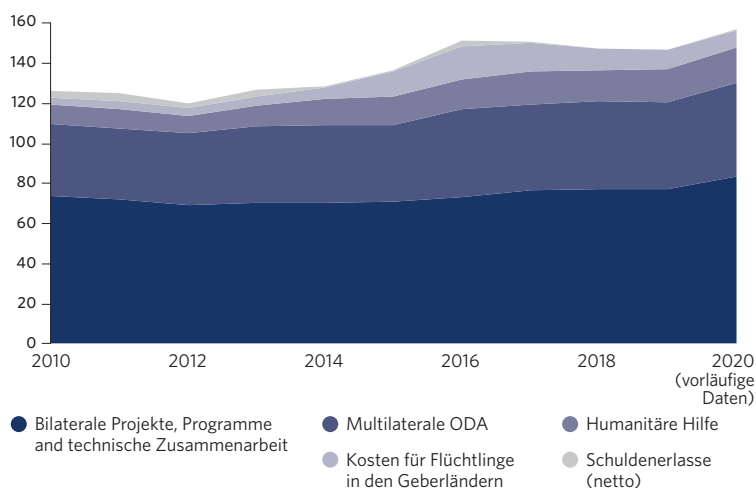
bewältigen und besser wiederaufbauen können. Es ist heute wichtiger denn je, Multilateralismus und globale Partnerschaften zu stärken.

Die Auslandshilfe erreichte in der Krise einen Rekordstand, doch ihre Zusagen erfüllen die Geber weiterhin nicht

Die Netto-ODA der Mitgliedsländer des Ausschusses für Entwicklungshilfe der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung lag 2020 aufgrund der Unterstützung einer inklusiven globalen Überwindung der Pandemie durch die Mitgliedsländer und der Erhöhung der bilateralen staatlichen Kreditvergabe durch einige von ihnen bei 161 Milliarden USD und damit real um 7 Prozent höher als 2019. Die Netto-ODA belief sich 2020 auf 0,32 Prozent des kombinierten Bruttonationaleinkommens (BNE) der Geber für 2020 und lag damit unter dem Zielwert von 0,7 Prozent. Die meisten dieser Länder konnten ihre geplanten ODA-Zusagen aufrechterhalten, und einige waren in der Lage, rasch zusätzliche Mittel zu mobilisieren. Zur Bewältigung der COVID-19-Krise reicht dies jedoch nicht aus.

Die bilateralen Nettoströme in Länder mit niedrigem Einkommen lagen bei 25 Milliarden USD (real um 3,5 Prozent niedriger als 2019). Die bilaterale Netto-ODA für Länder mit niedrigem mittlerem Einkommen stieg um 6,9 Prozent auf 33 Milliarden USD und für Länder mit hohem mittlerem Einkommen um 36,1 Prozent auf 18 Milliarden USD.

Netto-ODA, nach Komponente – 2010-2020 (in Milliarden konstanter US-Dollar) (Basisjahr 2019)



Ausländische Direktinvestitionen, vor allem in ärmere Regionen, sanken 2020 stark

Ausländische Direktinvestitionen fielen 2020 um bis zu 40 Prozent und damit erstmals seit 2005 auf unter 1 Billion USD (2019: 1,5 Billionen USD). Einschränkungen verzögerten bestehende Investitionsprojekte, und die Aussicht auf eine tiefe Rezession veranlasste multinationale Unternehmen zum Überdenken neuer Projekte. Neue Investitionsbeschränkungen waren Teil mancher staatlicher politischer Maßnahmen.

Auslandsinvestitionen des Privatsektors in für die Nachhaltigkeitsziele relevante Sektoren in Entwicklungs- und Schwellenländern fielen 2020 um ein Drittel. Die Investitionstätigkeit sank in allen diesen Sektoren und besonders für die ärmeren Regionen. Die einzige Ausnahme waren erneuerbare Energien, wo neue Projekte weiter zunahm, jedoch nur um ein Drittel so stark wie vor der Pandemie. Die Prognosen für ausländische Direktinvestitionen für 2021 sind düster. Zu den Risiken gehören die jüngste Welle der Pandemie, das niedrige Impftempo und das unsichere globale investitionspolitische Umfeld.

Die Überweisungsströme blieben 2020 trotz der Pandemie robust

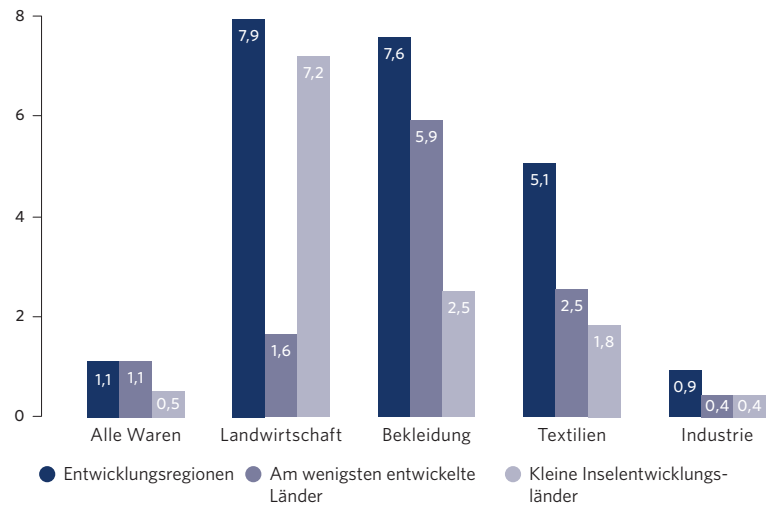
Wider Erwarten lagen die offiziellen Überweisungsströme in Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen 2020 mit 540 Milliarden USD nur um 1,6 Prozent niedriger als 2019. Dies ging auch auf fiskalische Anreize zurück, die für unerwartet gute Wirtschaftsbedingungen in den Gastländern sorgten, auf einen Übergang von Bargeld zu digitalen und von informellen zu formellen Kanälen sowie auf zyklische Erdölpreis- und Wechselkursbewegungen. Die Überweisungen in Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen lagen im zweiten Jahr in Folge über den ausländischen Direktinvestitionen. Rücküberweisungen sind jetzt für die Empfänger ein wichtiger Mechanismus zur Konsumglättung. Damit gewinnen sie als (privates) Element globaler Sozialschutzsysteme an Bedeutung. Die Überweisungen nach Lateinamerika und in die Karibik stiegen um 6,5 Prozent, nach Südasien um 5,2 Prozent und in den Nahen Osten und nach Nordafrika um 2,3 Prozent, während sie nach Afrika südlich der Sahara um 12,5 Prozent, nach Europa und Zentralasien um 9,7 Prozent und nach Ostasien und in den Pazifikraum um 7,9 Prozent sanken.

Die Zielvorgabe einer Verdoppelung des globalen Exportanteils der am wenigsten entwickelten Länder bis 2020 wurde verfehlt

Zwischen 2017 und 2019 pendelten sich die weltweiten gewichteten Durchschnittszölle bei rund 2 Prozent ein, und Exporte der Entwicklungs- und der am wenigsten entwickelten Länder erfuhren zudem eine Vorzugsbehandlung durch die entwickelten Länder. Nachdem die Durchschnittszölle, die letztere auf Importe ersterer anwenden, 2011 auf einen historischen Tiefststand von rund 1,1 Prozent gesunken waren, stagnierten sie, weil keine neuen Verpflichtungen eingegangen wurden. Den mit 7,9 Prozent höchsten Zollsatz erhoben die entwickelten Länder 2019 in dem für die Entwicklungsländer so wichtigen Agrarbereich.

Der Anteil der Exporte der am wenigsten entwickelten Länder am weltweiten Warenhandel blieb 2019 mit 1 Prozent konstant. Nach einem deutlichen Anstieg zwischen 2000 und 2010 stagnierte dieser Anteil in den letzten zehn Jahren, vor allem aufgrund eines Rohstoffbooms. Die Zielvorgabe, den Anteil der am wenigsten entwickelten Länder an den weltweiten Exporten bis 2020 gegenüber 2011 auf 2 Prozent zu verdoppeln, dürfte verfehlt worden sein.

In den Märkten der entwickelten Länder erhobene Zölle auf Importe aus den Entwicklungsregionen, den am wenigsten entwickelten Ländern und den kleinen Inselentwicklungsländern, nach Sektor – 2019 (in Prozent)

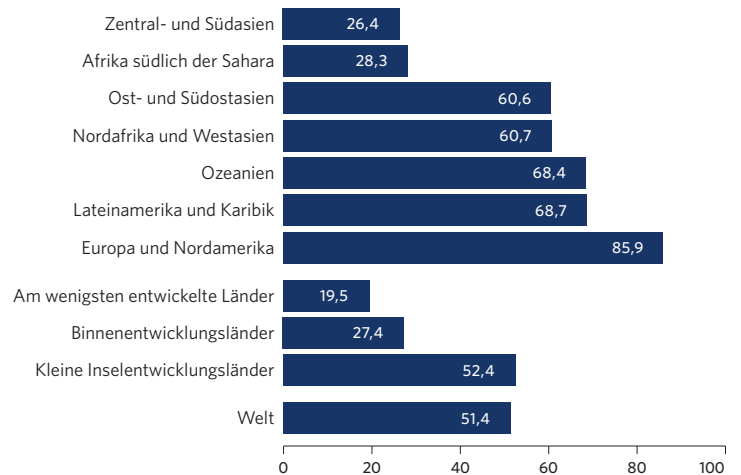


Trotz des enormen Anbindungsbedarfs während der Pandemie ist fast die Hälfte der Weltbevölkerung noch immer nicht online

2019 nutzten 86 Prozent der Bevölkerung in Europa und Nordamerika das Internet, und die meisten Menschen in dieser Region konnten während der COVID-19-Sperren online arbeiten, einkaufen und lernen. In Zentral- und Südasiens und in Afrika südlich der Sahara war nur knapp über ein Viertel der Bevölkerung online. Die Kosten für Internetzugang und internetfähige Geräte sowie mangelnde Kenntnisse sind für weite Teile der Welt die größten Zugangshindernisse.

Um sicherzustellen, dass niemand zurückgelassen wird, bedarf es weiterhin kollektiver Anstrengungen zur Anbindung der verbleibenden 49 Prozent der Weltbevölkerung. Zu diesem Zweck müssen Regierungen, politische Entscheidungsverantwortliche und Netzbetreiber eng zusammenarbeiten. Festnetz-Breitband hat einen erheblichen Einfluss auf die Weltwirtschaft, ist jedoch in den am wenigsten entwickelten Ländern mit nur 1,3 Festnetzanschlüssen je 100 Einwohnerinnen und Einwohnern rar.

Menschen, die das Internet nutzen – 2019 (in Prozent)

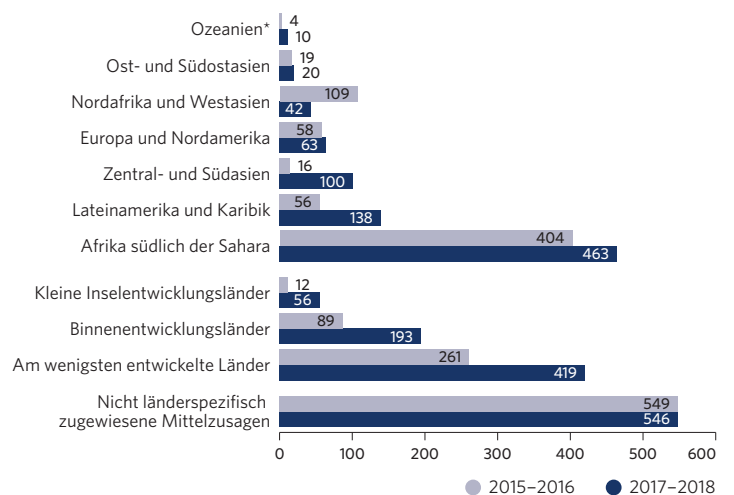


Trotz des sprunghaften Anstiegs der Datennachfrage ist die internationale Unterstützung für Daten und Statistik weiter unzureichend

Seit der Annahme der Nachhaltigkeitsziele sind Gebermittel für Daten und Statistik vier Jahre in Folge gestiegen, und zwar von 591 Millionen USD (2015) auf 693 Millionen USD (2018). Dieser Anstieg war für die kleinen Inselentwicklungsländer, die Binnenentwicklungsländer und die am wenigsten entwickelten Länder erheblich. 2019 flachte die Unterstützung jedoch ab. Die Entwicklungsunterstützung für Daten und Statistik hat mit der während der Pandemie drastisch gestiegenen Nachfrage nach Daten für fundierte politische Entscheidungen nicht Schritt gehalten. Nach einer kürzlichen Erhebung benötigen 63 Prozent der Länder mit niedrigem und niedrigem mittlerem Einkommen mehr Finanzmittel für Daten- und Statistikzwecke, um den Herausforderungen von COVID-19 zu begegnen.

2020 meldeten 132 Länder und Hoheitsgebiete die Umsetzung eines nationalen Statistikplans. In 84 dieser Länder, jedoch nur in 4 von 46 am wenigsten entwickelten Ländern, waren diese Pläne voll finanziert. Die Umsetzung und Finanzierung solcher Pläne könnte dadurch erschwert werden, dass kosten- und arbeitsintensive Aktivitäten wie Volkszählungen und Haushaltserhebungen wegen der Pandemie auf 2021 verschoben wurden.

Gesamte für den Aufbau von Statistikkapazitäten bestimmte ODA – 2015-2016 und 2017-2018 (in Millionen US-Dollar zum Gegenwartswert)



* ohne Australien und Neuseeland

Hinweise für Leserinnen und Leser

Rahmen globaler Indikatoren zur Weiterverfolgung und Überprüfung der Ziele für nachhaltige Entwicklung

Die vorgelegten Informationen beruhen auf den zuletzt verfügbaren Daten (Juni 2021) zu ausgewählten Indikatoren des Rahmens globaler Indikatoren¹ für die Ziele für nachhaltige Entwicklung. Der Rahmen globaler Indikatoren dient zur Überprüfung der Fortschritte auf globaler Ebene und wurde von der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Ziele für nachhaltige Entwicklung erarbeitet und am 6. Juli 2017 von der Generalversammlung angenommen (siehe Resolution 71/313, Anlage).

Datenquellen und Grundlagen dieser Analyse

Die Werte für die meisten Indikatoren in dem Bericht sind regionale und/oder subregionale Aggregate. Sie errechnen sich in der Regel aus dem gewichteten Mittel der Länderdaten, wobei der Gewichtungsfaktor die Referenzpopulation ist; ihnen liegen nationale Daten zugrunde, die von internationalen Stellen aufgrund ihres Mandats und ihrer speziellen Sachkompetenz aus nationalen Statistiksystemen zusammengestellt werden. Die von den internationalen Stellen erhobenen nationalen Daten werden oft zum Zweck der Vergleichbarkeit angepasst und, wo sie nicht vorliegen, geschätzt. Nach dem Beschluss der Statistischen Kommission und Resolution 2006/6 des Wirtschafts- und Sozialrats sollen die für die Zusammenstellung der globalen Indikatoren verwendeten Schätzungen in voller Abstimmung mit den nationalen Statistikämtern vorgenommen werden. Die Kriterien und Mechanismen für die Validierung durch die nationalen Statistikämter sind im Bericht der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Ziele für nachhaltige Entwicklung³ ausgeführt und wurden von der Statistischen Kommission auf ihrer fünfzigsten Tagung gebilligt.⁴

Die Zusammenarbeit zwischen nationalen Statistiksystemen und regionalen und internationalen Organisationen ist für einen wirk-

Mit der Auswahl der in diesem Bericht verwendeten Indikatoren soll keine Priorisierung der Ziele erfolgen, da alle Ziele und Vorgaben gleich wichtig sind. Die genannte Zusammensetzung der Regionen und Subregionen baut auf dem geografischen Unterteilungsschema der Vereinten Nationen auf, wobei einige Änderungen erforderlich waren, um, soweit möglich, sinnvoll analysierbare Ländergruppen zu bilden.²

samen Fluss international vergleichbarer Daten unverzichtbar. Diese Mechanismen können durch die Stärkung der Koordinierungsfunktion nationaler Statistikämter in nationalen Statistiksystemen verbessert werden.

Eine Datenbank mit den zu den Indikatoren für die Nachhaltigkeitsziele verfügbaren globalen, regionalen, Länder- und Metadaten, die diesen Bericht stützt und von der Statistikabteilung der Vereinten Nationen unterhalten wird, ist unter <https://unstats.un.org/sdgs> abrufbar. Aufgrund neuer Daten und überarbeiteter Methoden sind die hierin enthaltenen Datenreihen möglicherweise nicht mit früheren Datenreihen vergleichbar.

Zwar erleichtern die hier vorgelegten Aggregate die Fortschrittsverfolgung, doch kann die Situation einzelner Länder in einer bestimmten Region bzw. zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen und geografischen Gebieten innerhalb eines Landes erheblich von den regionalen Durchschnittswerten abweichen. Die Vorlage von Aggregaten für alle Regionen verdeckt außerdem eine andere Realität: den in vielen Teilen der Welt bestehenden Mangel an geeigneten Daten zur Bewertung nationaler Trends als Informationsgrundlage für die Entwicklungspolitik und zur Überwachung ihrer Umsetzung.

Investitionen in Daten, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen und die Ziele für nachhaltige Entwicklung schneller zu erreichen

Aktuelle, hochwertige, frei zugängliche und aufgeschlüsselte Daten sind Voraussetzung dafür, dass Regierungen, Entwicklungspartner, internationale Organisationen, die Zivilgesellschaft, der Privatsektor und die Allgemeinheit fundierte Entscheidungen treffen können. Die COVID-19-Krise hat verdeutlicht, wie Daten in allen Phasen der Pandemiebekämpfung als wirksame Entscheidungsgrundlage dienen können. Gleichzeitig hat sie ein Licht darauf geworfen, dass oft nicht einmal die grundlegendsten Gesundheits-, Sozial- und Wirtschaftsdaten vorliegen. Ohne geeignete Daten bleiben die gefährdetsten Bevölkerungsgruppen, die Hilfe am dringendsten benötigen, unsichtbar. Weltweit bereitet die Verfolgung der Fortschritte bei den Nachhaltigkeitszielen vielen nationalen Statistiksystemen große Schwierigkeiten, da sie auf allen Ebenen beispiellose Mengen an Daten und Statistiken erfordert.

Aufgrund der anhaltenden COVID-19-Krise bedarf es finanzieller und technischer Unterstützung für Daten- und Statistiksysteme, damit

die Kontinuität der Statistikerstellung gewährleistet, Notmaßnahmen gesteuert und Milderungs- und Überwindungsstrategien vorbereitet werden können. Höhere Investitionen in die nationalen Daten- und Statistiksysteme und die Mobilisierung zusätzlicher internationaler und nationaler Ressourcen sind zwingend notwendig, wenn wir gestärkt aus der Krise hervorgehen und die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele beschleunigen wollen.

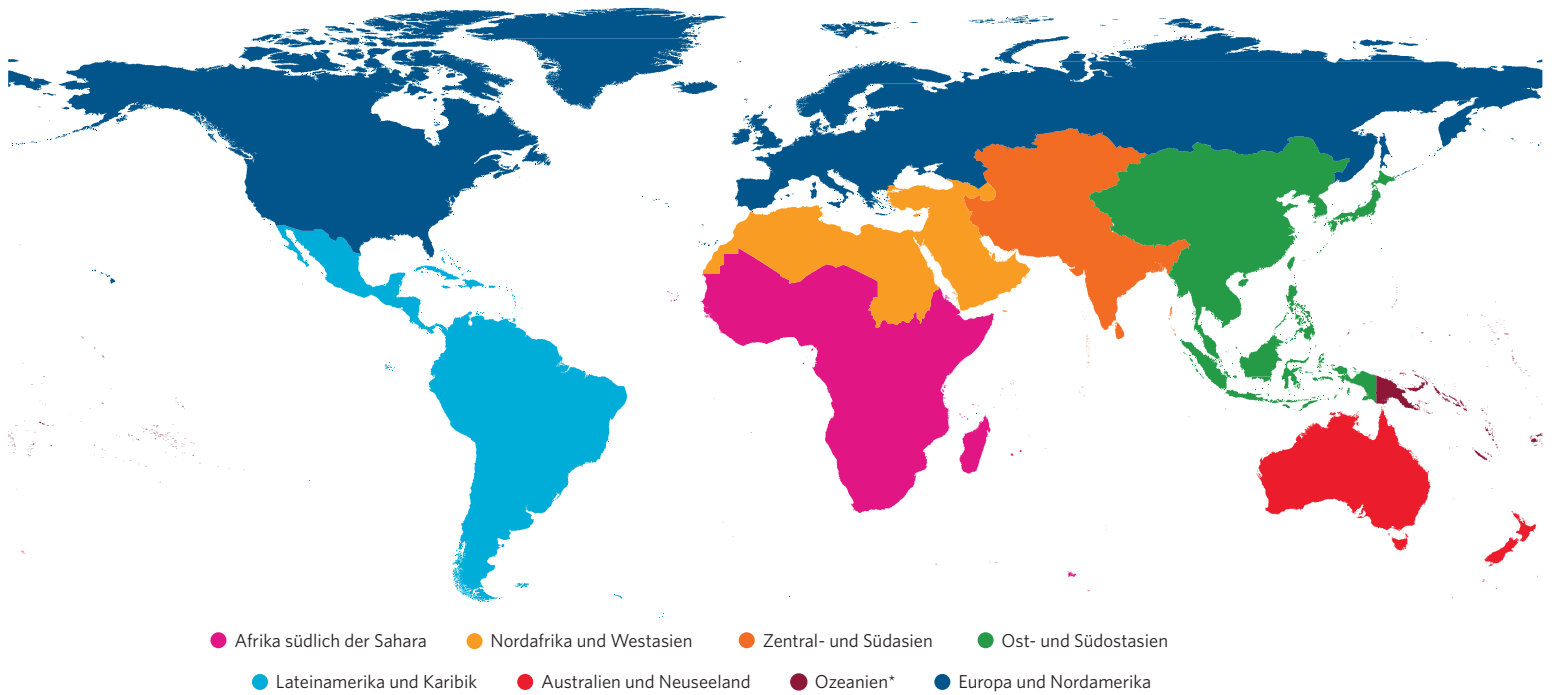
In den letzten Jahren sind die Integration innovativer Datenquellen und die Nutzung neuer Datenlösungen vorangekommen. Dafür waren zum Teil Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft, dem Privatsektor und Hochschulen sowie die Integration von Geoinformationen und statistischen Daten verantwortlich. Allerdings kommen Dateninnovationen nicht allen Ländern gleichermaßen zugute, und die Pandemie hat die Unterschiede im Datenbereich zusätzlich verschärft. In der auf dem Weltforum der Vereinten Nationen 2018 verkündeten Erklärung von Dubai wird betont, dass die Umsetzung des aus dem

¹ Die vollständige Liste der Indikatoren findet sich unter <https://unstats.un.org/sdgs/indicators/indicators-list/>.

² Die Zusammensetzung der Subregionen geht aus dem Abschnitt „Regionale Gruppen“ hervor.

³ Siehe Report of the Inter-Agency and Expert Group on Sustainable Development Goal Indicators (E/CN.3/2019/2), Anhang I.

⁴ Siehe Report of the Statistical Commission on its fiftieth session (E/2019/24-E/CN.3/2019/34).



- Anmerkungen:
- Im gesamten Bericht bezeichnet „Ozeanien*“ Ozeanien ohne Australien und Neuseeland.
 - Die in dieser Karte abgebildeten Grenzlinien und Namen und verwendeten Bezeichnungen implizieren weder offizielle Unterstützung noch Akzeptanz durch die Vereinten Nationen.

ersten Weltdatenforum der Vereinten Nationen 2017 hervorgegangenen Globalen Aktionsplans von Kapstadt für Daten zur nachhaltigen Entwicklung von entscheidender Bedeutung ist. Die Erklärung fordert einen innovativen, nachfrageorientierten Finanzierungsmechanismus, der schnell und effizient den Prioritäten der nationalen Statistiksysteme entsprechen kann, um sowohl nationale als auch internationale Mittel zu mobilisieren. Auf dem im Oktober 2020 virtuell abgehaltenen Weltdatenforum der Vereinten Nationen bekräftigte die Datenfachwelt, dass die Umsetzung des Globalen Aktionsplans von Kapstadt und der Erklärung von Dubai als zentrale Maßnahmen gegen die COVID-19-Pandemie und für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele dringend beschleunigt werden muss.

Regionale Gruppen

In diesem Bericht werden Daten zu den Fortschritten in Bezug auf die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele weltweit sowie für verschiedene Gruppen vorgelegt. Die Ländergruppen beruhen auf den geografischen Regionen, die nach den Länder- und Gebiets-Standardcodes für statistische Zwecke (M49)⁵ der Statistikabteilung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten der Vereinten Nationen definiert sind. Die geografischen Regionen sind aus der Karte ersichtlich. Einige der M49-Regionen wurden aus Darstellungsgründen zusammengefasst.

Die Zugrundelegung geografischer Regionen für die Ländergruppen ist eine wesentliche Veränderung gegenüber dem *Bericht 2016 über die Ziele für nachhaltige Entwicklung* und den Fortschrittsberichten über die Millenniums-Entwicklungsziele. Zuvor wurden Daten für Länder in „Entwicklungs-“ und „entwickelten“ Regionen präsentiert, die ihrerseits in geografische Subregionen untergliedert waren. Zwar besteht im System der Vereinten Nationen keine gängige Norm für die Unterteilung in „Entwicklungs-“ und „entwickelte“ Länder oder Gebiete, doch folgt der Bericht der Unterteilung in Entwicklungs- und entwickelte Regionen bei Daten für einige Indikatoren weiter, jedoch nur zu statistischen Analyse Zwecken und in Anlehnung an die Praxis der internationalen Organisation, von der die Daten stammen.⁶

Zusätzlich enthalten Text und Schaubilder nach Möglichkeit auch Daten für Ländergruppen, die besonderer Aufmerksamkeit bedürfen: am wenigsten entwickelte Länder, Binnenentwicklungsländer und kleine Inselentwicklungsländer.

Eine vollständige Liste der Länder jeder Region, Subregion und Ländergruppe findet sich unter <https://unstats.un.org/sdgs/indicators/regional-groups>.

Der Begriff „Land“ bezeichnet in dieser Veröffentlichung je nach Fall auch Hoheitsgebiete und Gebiete. Mit den in dieser Veröffentlichung verwendeten Bezeichnungen und vorgelegten Materialien wird vom Sekretariat der Vereinten Nationen weder zum Rechtsstatus von Ländern, Hoheitsgebieten, Städten oder Gebieten oder ihrer Behörden noch zum Verlauf ihrer Grenzen Stellung genommen.

⁵ Einzelheiten zum M49-Standard finden sich auf der Website der VN-Statistikabteilung unter <https://unstats.un.org/unsd/methodology/m49>.

⁶ Im Diskussionspapier „Update of the regional groupings for the SDG report and database“ vom 31. Oktober 2016, einzusehen unter <https://unstats.un.org/sdgs/indicators/regional-groups/>, sind diese Veränderungen im Einzelnen beschrieben.

Fotos:

Deckblatt	© UNICEF Äthiopien/Tewodros Tadesse
Seite 5	© UNICEF/Njiokiktjien
Seite 26	© Zorah Miller
Seite 28	© Weltbank/Bart Verweij
Seite 30	© UNICEF Äthiopien/Tewodros Tadesse
Seite 34	© UNICEF/Tanya Bindra
Seite 36	© UN-Frauen/Gaganjit Singh
Seite 38	© IAO/Remar Pablo
Seite 40	© Ignite Rwanda
Seite 42	© IAO/Fiorente A.
Seite 44	© IAO/KB Mpofu
Seite 46	© UNICEF/William Urdaneta
Seite 48	© Weltbank/Scott Wallace
Seite 50	© Rwanda Green Fund
Seite 52	© UN Photo/Mark Garten
Seite 54	© UNEP/Marc Lee Steed
Seite 56	© Weltbank/Robert Davis
Seite 58	© UNICEF/Alessio Romenzi
Seite 60	© Kris Krüg

Karten: Die Karten auf den Seiten 35, 40 und 50 stammen von der Statistikabteilung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten der Vereinten Nationen.

Die Kartierungsdaten wurden von der Sektion Geoinformationen der Vereinten Nationen bereitgestellt.

Informationsgrafiken im Überblick auf den Seiten 8-25:

Gruppe Grafikdesign/Hauptabteilung Globale Kommunikation

Abbildung „Eutrophierung und ihre Folgen“ auf Seite 54:

adaptiert von Dewi Glanville aus *Ocean State Report Summary*, 2. Ausgabe (2018)

Zusätzliche Arbeiten in Gestaltung, Grafikdesign, Lektorat, Satz und Korrekturlesen:

Gruppe Manuskriptbearbeitung und Korrekturlesen/Hauptabteilung Generalversammlung und Konferenzmanagement

Redaktion: Lois Jensen

Übersetzung: Deutscher Übersetzungsdienst der Vereinten Nationen, New York

Copyright © 2021 United Nations

Alle Rechte weltweit vorbehalten

Anträge auf auszugsweise Reproduktion oder auf Vervielfältigung sind an das Copyright Clearance Center (<http://www.copyright.com>) zu richten.

Alle sonstigen Fragen betreffend Rechte und Lizenzen, einschließlich Nebenrechten, sind zu richten an:

United Nations Publications, 300 East 42nd Street, New York, NY, 10017, Vereinigte Staaten von Amerika.

E-Mail: publications@un.org; Website: www.un.org/publications

Veröffentlichung der Vereinten Nationen, herausgegeben von der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten

Dieser Bericht wurde von der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten gemäß Ziffer 83 der Resolution 70/1 der Generalversammlung erstellt, wonach der Generalsekretär gehalten ist, jährliche Fortschrittsberichte über die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erstellen. Die internationalen und regionalen Organisationen und die Büros, Sonderorganisationen, Fonds und Programme des Systems der Vereinten Nationen, die zu dem Bericht beigetragen haben, sind nachstehend aufgeführt. Weitere Beiträge stammen von Statistikämtern mehrerer Länder und von Sachverständigen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft.

Abteilung Meeresangelegenheiten und Seerecht

Allianz der kleinen Inselstaaten

Asiatische Entwicklungsbank

Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA)

Büro der Gesandten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für die Jugend

Büro der Hohen Beauftragten der Vereinten Nationen für die am wenigsten entwickelten Länder, Binnenentwicklungsländer und kleinen Inselentwicklungsländer

Büro der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Gewalt gegen Kinder

Büro der Vereinten Nationen für die Verringerung des Katastrophenrisikos

Büro der Vereinten Nationen für Drogen und Verbrechensbekämpfung (UNODC)

Büro der Vereinten Nationen für Rechtsstaatlichkeit und Sicherheitsinstitutionen/Hauptabteilung Friedensmissionen

Büro zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung/Hauptabteilung Politische Angelegenheiten und Friedenskonsolidierung

Dienst der Vereinten Nationen für Antiminenprogramme

Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Stärkung der Frauen (UN-Frauen)

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO)

Gemeinsames Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids (UNAIDS)

Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD)

Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten

Hohes Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR)

Hohes Kommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR)

Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

Internationale Energie-Agentur

Internationale Fernmeldeunion (ITU)

Internationale Organisation für erneuerbare Energien

Internationaler Währungsfonds (IWF)

Internationales Handelszentrum (ITC)

Internationale Union für die Erhaltung der Natur

Internationale Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO)

Interparlamentarische Union (IPU)

Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen

Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF)

Nachhaltige Energie für alle

Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)

Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO)

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (UN-Habitat)

Sekretariat des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen

Sekretariat des Übereinkommens über die biologische Vielfalt

Statistische Partnerschaft zur Förderung der Entwicklung im 21. Jahrhundert (PARIS 21)

Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)

UN-Energie

UN-Ozeane

UN-Wasser

Weltbankgruppe

Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Welthandelsorganisation (WTO)

Weltorganisation für Meteorologie (WMO)

Weltorganisation für Tourismus (UNWTO)

Wirtschaftskommission für Afrika (ECA)

Wirtschaftskommission für Europa (ECE)

Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC)

Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik (ESCAP)

Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien (ESCWA)

Zusatzinformationen auf Englisch: Website der VN-Statistikabteilung über die Ziele für nachhaltige Entwicklung unter <https://unstats.un.org/sdgs>.



„Die Ziele für nachhaltige Entwicklung sind heute wichtiger denn je. Es ist jetzt an der Zeit, das Wohl der Menschen, der Volkswirtschaften, der Gesellschaften und unseres Planeten zu sichern.“

— ANTÓNIO GUTERRES
GENERALSEKRETÄR DER VEREINTEN NATIONEN

Übersicht über die Fortschritte bei den Nachhaltigkeitszielen 2021



- 1 KEINE ARMUT
- 2 KEIN HUNGER
- 3 GESUNDHEIT UND WOHLERGEHEN
- 4 HOCHWERTIGE BILDUNG
- 5 GESCHLECHTERGLEICHHEIT
- 6 SAUBERES WASSER UND SANITÄREINRICHTUNGEN
- 7 BEZAHLBARE UND SAUBERE ENERGIE
- 8 MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM
- 9 INDUSTRIE, INNOVATION UND INFRASTRUKTUR



- 10 WENIGER UNGLEICHHEITEN
 - 11 NACHHALTIGE STÄDTE UND GEMEINDEN
 - 12 VERANTWORTUNG BEI KONSUM UND PRODUKTION
 - 13 MASSNAHMEN ZUM KLIMASCHUTZ
 - 14 LEBEN UNTER WASSER
 - 15 LEBEN AN LAND
 - 16 FRIEDEN, BERECHTIGKEIT UND STARKE INSTITUTIONEN
 - 17 PARTNERSCHAFTEN ZUR ERREICHUNG DER ZIELE
- 

Übersicht über die Fortschritte bei den Nachhaltigkeitszielen 2021

Die *Übersicht über die Fortschritte bei den Nachhaltigkeitszielen 2021* ist eine Momentaufnahme der globalen und regionalen Fortschritte bei ausgewählten Zielvorgaben unter den 17 Zielen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Die Analyse beruht auf den aktuellsten verfügbaren Daten. Die vollen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie sind jedoch noch nicht abzusehen. Zudem hat die Pandemie seit 2020 die statistische Arbeit weltweit unterbrochen und viele nationale Statistikämter in ihrer Fähigkeit eingeschränkt, die für die Überwachung der Nachhaltigkeitsziele erforderlichen Daten vorzulegen.

Aus der Übersicht geht hervor, dass die Welt schon vor COVID-19 nicht auf Kurs lag, die Ambitionen und Zusagen in der Agenda 2030 zu erfüllen. Die fortdauernde Pandemie verschärft auch tiefsitzende Probleme wie unzureichenden Sozialschutz, schwache öffentliche Gesundheitssysteme und unzulängliche Gesundheitsversorgung, strukturelle Ungleichheiten, Umweltzerstörung und Klimaänderungen. Sie ist zugleich Krise und Chance, den zur Erfüllung des Versprechens der Agenda 2030 nötigen Wandel herbeizuführen.

Die Übersicht enthält einerseits eine Trendanalyse, in der Ampelfarben die Fortschritte bei der jeweiligen Zielvorgabe zeigen (vom Basisjahr bis zum aktuellsten Datenpunkt), und andererseits eine Zustandsanalyse, die anhand einer Skala zeigt, wie weit der aktuellste Stand von der Zielvorgabe entfernt ist. Die Übersicht zeigt ausgewählte Indikatoren und beruht auf dem Datenstand von Juni 2021. Die Trendanalyse geht von einem Basisjahr um 2015 bzw. 2010 aus. Für die meisten Indikatoren stammen die aktuellsten Daten aus den Jahren 2019 und 2020, für einige wenige aus dem Jahr 2017.

Ziele und Zielvorgaben	Welt	Afrika südlich der Sahara	Nordafrika und Westasien	Zentral- und Südasien	Ost- und Südostasien	Lateinamerika und Karibik	Pazifische Inselstaaten*	Entwickelte Länder*
Ziel 1 Armut in allen ihren Formen und überall beenden								
Die extreme Armut für alle Menschen überall auf der Welt beseitigen ¹								
Breiten Sozialschutz erreichen ²								
Ziel 2 Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern								
Sicherstellen, dass alle Menschen ganzjährig Zugang zu sicheren, nährstoffreichen und ausreichenden Nahrungsmitteln haben								
Die Zahl der Kinder unter 5 Jahren mit Wachstumshemmung bis 2025 um 40 Prozent gegenüber 2012 senken ^{3,4}								
Ziel 3 Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern								
Die von medizinischem Fachpersonal betreuten Geburten erhöhen ⁵								

Ziele und Zielvorgaben	Welt	Afrika südlich der Sahara	Nordafrika und Westasien	Zentral- und Südasien	Ost- und Südostasien	Lateinamerika und Karibik	Pazifische Inselstaaten*	Entwickelte Länder*
Die Sterblichkeit bei Kindern unter 5 Jahren auf höchstens 25 je 1.000 Lebendgeburten senken ⁵								
Die Malaria-Epidemie beenden ⁶								
Den Impfschutz der Einjährigen gegen Diphtherie, Tetanus und Keuchhusten ausweiten								

Ziel 4 | Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern

Sicherstellen, dass alle Mädchen und Jungen die Grundschulbildung abschließen								
---	--	--	--	--	--	--	--	--

Ziel 5 | Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen

Kinderheirat beseitigen ⁵								
Die volle Teilhabe und Chancengleichheit von Frauen in den nationalen Parlamenten gewährleisten								

Ziel 6 | Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten

Allgemeinen Zugang zu einer sicher verwalteten Trinkwasserversorgung verwirklichen ⁷								
Allgemeinen Zugang zu einer sicher verwalteten Sanitärversorgung verwirklichen ⁷								

Ziele und Zielvorgaben	Welt	Afrika südlich der Sahara	Nordafrika und Westasien	Zentral- und Südasien	Ost- und Südostasien	Lateinamerika und Karibik	Pazifische Inselstaaten*	Entwickelte Länder*
------------------------	------	---------------------------	--------------------------	-----------------------	----------------------	---------------------------	--------------------------	---------------------

Ziel 7 | Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern

Allgemeinen Zugang zu Elektrizität erreichen								
Die weltweite Steigerungsrate der Energieeffizienz verdoppeln ^{5, 8}								

Ziel 8 | Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern

Das Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum aufrechterhalten ⁹								
Vollbeschäftigung verwirklichen								

Ziel 9 | Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen

Den Anteil der Industrie am BIP erheblich steigern								
Die Ausgaben für wissenschaftliche Forschung und Entwicklung als Anteil am BIP deutlich erhöhen								
Den Zugang zu Mobilfunknetzen erweitern								

Ziel 10 | Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern

Ungleichheit innerhalb von Ländern verringern ^{5, 10}								
--	--	--	--	--	--	--	--	--

Ziele und Zielvorgaben	Welt	Afrika südlich der Sahara	Nordafrika und Westasien	Zentral- und Südasien	Ost- und Südostasien	Lateinamerika und Karibik	Pazifische Inselstaaten*	Entwickelte Länder*
------------------------	------	---------------------------	--------------------------	-----------------------	----------------------	---------------------------	--------------------------	---------------------

Ziel 11 | Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten

Den Anteil der Stadtbewohner, die in Slums leben, verringern								
--	--	--	--	--	--	--	--	--

Ziel 12 | Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen

Den Inlandsmaterialverbrauch je BIP-Einheit verringern								
Die ineffiziente Subventionierung fossiler Brennstoffe je BIP-Einheit rationalisieren								

Ziel 13 | Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen

Die globalen Treibhausgasemissionen reduzieren ^{11, 12}								
--	--	--	--	--	--	--	--	--

Ziel 14 | Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen

Den Anteil der Fischbestände innerhalb biologisch nachhaltiger Grenzen erhöhen ¹¹								
Die Ausdehnung von Schutzgebieten im Verhältnis zu den für die Biodiversität besonders wichtigen Meeresgebieten erhöhen ⁷								

Ziel 15 | Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen

Bis 2020 die Erhaltung, Wiederherstellung und nachhaltige Nutzung der Landökosysteme gewährleisten ⁷								
Bis 2020 die bedrohten Arten schützen und ihr Aussterben verhindern ^{7, 13}								

Ziele und Zielvorgaben	Welt	Afrika südlich der Sahara	Nordafrika und Westasien	Zentral- und Südasien	Ost- und Südostasien	Lateinamerika und Karibik	Pazifische Inselstaaten*	Entwickelte Länder*
------------------------	------	---------------------------	--------------------------	-----------------------	----------------------	---------------------------	--------------------------	---------------------

Ziel 16 | Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen

Die Tötungsrate deutlich senken ¹⁴								
Den Anteil der ohne Urteil Inhaftierten verringern ¹⁴								
Den Anteil der Länder mit unabhängigen Nationalen Menschenrechtsinstitutionen, die den Pariser Grundsätzen folgen, erhöhen								

Ziel 17 | Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen

Die vollständige Auszahlung der öffentlichen Netto-Entwicklungszusammenarbeit durch die Geberländer sicherstellen ¹¹								
Den Technologiezugang durch vermehrte Internetnutzung verbessern								
Den Anteil der Länder mit einem vollständig finanzierten nationalen statistischen Plan erhöhen ¹⁵								

Legende

Trend (Farbe und Pfeil, Pfeilspitze)		Aktueller Stand													
	Erhebliche Fortschritte/auf Kurs		Begrenzte oder keine Fortschritte		Zielvorgabe erreicht oder fast erreicht		Zielvorgabe ist nahe		Zielvorgabe mäßig weit entfernt		Zielvorgabe weit entfernt		Zielvorgabe sehr weit entfernt		Zielvorgabe unzureichende Daten
	Gute Fortschritte, Beschleunigung nötig		Rückschritte												

Anmerkungen

- * Die Kategorie „Pazifische Inselstaaten“ bezieht sich auf Ozeanien ohne Australien und Neuseeland. Die Kategorie „entwickelte Länder“ umfasst Europa, Nordamerika, Australien und Neuseeland.
- ¹ Die für die Trend- und die Zustandsanalyse verwendeten aktuellsten Daten stammen aus Kurzfristprognosen für 2020 mit hoher Unsicherheit.
- ² Aufgrund der verbesserten Datenqualität und -verfügbarkeit sind die Schätzungen für 2020 für Nordafrika und Westasien, Lateinamerika und die Karibik und die pazifischen Inselstaaten nicht mit den Basiswerten vergleichbar. Für diese Regionen liegen nur Zustandsanalysen auf der Grundlage von Schätzungen für 2020 vor.
- ³ Das Basisjahr für die Trendanalyse liegt um 2012.
- ⁴ Die Zustandsanalyse beruht auf der Prävalenz von Wachstumshemmung. Die fünf Stufen der Skala sind, von links nach rechts: sehr hohe, hohe, mittlere, niedrige und sehr niedrige Prävalenz von Wachstumshemmung.
- ⁵ Das Basisjahr für die Trendanalyse liegt um 2010.
- ⁶ Die Trendanalyse beruht auf der *Global Technical Strategy for Malaria 2016-2030* der Weltgesundheitsorganisation, die einen Rückgang der Malaria-Inzidenz um mindestens 90 Prozent bis 2030 vorsieht. Die Zustandsanalyse zeigt den Stand der Malaria-Inzidenz. Die fünf Stufen der Skala sind, von links nach rechts: sehr hohe, hohe, mittlere, niedrige und sehr niedrige Malaria-Inzidenz.
- ⁷ Die Analyse für die „entwickelten Länder“ bezieht sich nur auf Europa und Nordamerika.
- ⁸ Die Zustandsanalyse beruht auf dem Grad der Energieintensität. Die fünf Stufen der Skala sind, von links nach rechts: hohe, hohe mittlere, mittlere, niedrige mittlere und niedrige Energieintensität.
- ⁹ Der Basiswert ist die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen Pro-Kopf-BIP von 2000 bis 2015. Die Trendanalyse vergleicht die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen Pro-Kopf-BIP von 2015 bis 2019 mit dem Basiswert oder dem Zielwert von 2 Prozent.
- ¹⁰ Diese Analyse beruht auf dem Gini-Index. Die fünf Stufen der Skala sind, von links nach rechts: sehr hohe, hohe, hohe mittlere, niedrige mittlere und niedrige Ungleichheit.
- ¹¹ Diese Analyse erfasst nur die globale Ebene.
- ¹² Ausgangsbeschränkungen, Schließungen und andere Maßnahmen gegen COVID-19 ließen die Treibhausgasemissionen 2020 vorübergehend sinken. Im weiteren Verlauf des Jahres erreichten sie jedoch beinahe wieder den vorherigen Stand und dürften ohne entschiedene Maßnahmen zugunsten CO₂-neutraler Wirtschaftssysteme weiter steigen.
- ¹³ Die Zustands- und die Trendanalyse beruhen auf dem Rote-Liste-Index und den regionalen Aufschlüsselungen in dem Index.
- ¹⁴ Die fünf Stufen der Skala sind, von links nach rechts: sehr hoher, hoher, mittlerer, niedriger und sehr niedriger Stand.
- ¹⁵ Die Trendanalyse beruht auf den Fortschritten von 2017 bis 2020.

Zu den regionalen Gruppen, Länderdaten und technischen Anmerkungen zur Übersicht siehe <https://unstats.un.org/sdgs>. Die Erfahrung einzelner Länder einer Region kann erheblich vom regionalen Durchschnitt abweichen.

Quellen

Vereinte Nationen, auf der Grundlage der im Juni 2021 verfügbaren aktuellsten Daten und Schätzungen, bereitgestellt durch: Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Stärkung der Frauen, Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation, Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten, Hohes Kommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Internationale Arbeitsorganisation, Internationale Energie-Agentur, Internationale Fernmeldeunion, Internationale Organisation für erneuerbare Energien, Internationale Union für die Erhaltung der Natur, Interparlamentarische Union, Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen, Sekretariat des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen, Statistische Partnerschaft zur Förderung der Entwicklung im 21. Jahrhundert, Umweltprogramm der Vereinten Nationen, Weltbankgruppe, Weltgesundheitsorganisation.

Foto auf dem Deckblatt © UNICEF/Vinay Panjwani.

Zusammengestellt von der Statistikabteilung, Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten, Vereinte Nationen.